D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Juni '75 Nr. 67 DM 1,50

Die MFA und der revolutionäre Prozeß in Portugal

Rosa Cravos

Die Bewegung der Streitkräfte (MFA) betrachtet den 25. April 75, den Tag, an dem – genau ein Jahr nach dem Sturz der faschistischen Diktatur – das portugiesische Volk zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert verschiedene Parteien wählen konnte, nur als eine Etappe auf dem Weg zur Demokratie und zum Sozialismus – und keinesfalls als die wichtigste. Für die MFA, die nicht nur den Motor der revolutionären Bewegung in Portugal, sondern auch eine Massenbewegung in der Armee selbst darstellt, ist es nach diesem Stichtag nicht leichter geworden, sich und die revolutionären Bewegungen in den Fabriken und Dörfern gegenüber Berufs- und Parteipolitikern zu behaupten.

Wenn es im Informationsbulletin der MFA, einer der interessantesten theoretischen Zeitschriften Portugals, über den Berufspolitiker heißt, daß er „wie ein Geschäftsmann darauf aus ist, sich seinen ‚Markt' zu erobern, wobei er sich bei jedem Schritt für die rentabelste Lösung entscheiden muß", so drückt dies eine Desillusionierung über Politiker aus, die noch vor einem Jahr bei ihrer Rückkehr aus dem Exil von den Soldaten begeistert empfangen worden waren. „Wir glaubten", sagt Kommandant Contreiras, Mitglied des Revolutionsrates, „daß die zivilen demokratischen Kräfte den von uns eingeleiteten Prozeß weiterentwickeln würden. Heute bin ich der Ansicht, daß das ein Irrtum war." Das Verdienst der Parteipolitiker habe darin bestanden, bei den Offizieren den Hang zur Militarisierung der Gesellschaft abzufangen, der revolutionäre Prozeß jedoch habe sich außerhalb der Partei-Schemata vollzogen.

„Die Bedingungen des revolutionären Prozesses haben sich jetzt wesentlich verändert", sagt Kom-

FORTSETZUNG SEITE 17

In dieser Ausgabe:

Kommentare

R. B. Wurm: Verlage 3

Uta Claar: Berufsverbote 4

K. H. Wagner: „Gemeinschaftsfrieden" 5

GSJ Heidelberg: Mannheimer Gefängnisskandal 6

Franz Kössler: Italien 7

SB-Gruß nach Vietnam 8

International

Rosa Cravos: Portugal 1/17

Georg Cremer: NATO – Südafrika 15

Ökonomie

Aike Blechschmidt: Weltwirtschaftskrise 9

Armanski/Schulz/Tergeist: Krise in USA 13

Linker Digest

E. J. Hobsbawm: Armeen 20

Organisation

SB-Information 22

Frauen-AK 23

Stadtteilarbeit 24

Gefangenenresozialisierung 25

Aktionen zum Ärztetag 27

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Die seltsamen Wege des Bundesjustizministers Vogel in Sachen § 218

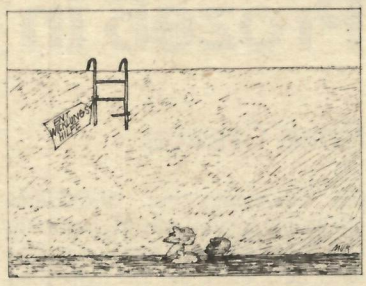
Am 9. April legte BJM Vogel dem Bundeskabinett eine 18seitige „Auswertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Reform des § 218 vor, mit der er voll auf den im Bundestag abgewiesenen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion einschwenkte. In dem Papier vertritt Vogel die Auffassung, daß eine völlige Straffreiheit der Frau von dem Urteil nicht gedeckt ist. Nur in „ganz besonderen Notfällen", nämlich in Fällen der medizinischen, ethischen und eugenischen Indikation dürften auch künftig die Gerichte von Strafe absehen". Hinsichtlich der sozialen Indikation schlägt Vogel eine Einbeziehung in die medizinische Indikation vor, d. h. er will sie gleich ganz unter den Tisch fallen lassen. Vogel gibt sich damit päpstlicher als der Papst: Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 25. 2. 1975 dem Gesetzgeber durchaus die Möglichkeit offen gelassen, Straffreiheit bei „allgemeiner Notlage" (soziale Indikation) der Frau vorzusehen. Das Gericht hatte nur einschränkend ausgeführt, daß der Gesetzgeber den straffreien Tatbestand so umschreiben müsse, „daß die Schwere des hier vorauszusetzenden sozialen Konflikts deutlich erkennbar wird". Damit würde allerdings der Passus über die Beratung völlig sinnentleert werden, da — wie die evangelischen Beratungsstellen in einem Memorandum Anfang Mai darlegten — die betroffenen Frauen schon jetzt aus Furcht vor späteren Nachforschungen Beratungen kaum in Anspruch nehmen, selbst wenn sie nach geltendem Recht gute Chancen auf legale Schwangerschaftsunterbrechung hätten.
Eine weitere Übereinstimmung der Vogel-Position mit den Vorstellungen der CDU/CSU ergibt sich bei der Frage der Beratung. Nach Vogel soll sich die Frau nicht etwa z. B. zwecks medizinischer Indikation an einen Arzt ihres Vertrauens wenden dürfen, sondern eine „sachkundige, vom Staat verantwortete Prüfung ihrer Voraussetzungen" über sich ergehen lassen, denn „den den Schwangerschaftsabbruch vornehmende Arzt darf nicht mit dem Gutachter identisch sein".
Mit diesen Vorstellungen ging Vogel auf offenen Konfrontationskurs mit seinen Fraktionskollegen von SPD und FDP, die in einer Arbeitsgruppe gerade damit beschäftigt waren, die Karlsruher Anmaßungen, nämlich dem Gesetzgeber vorschreiben zu wollen, was in das neu zu formulierende Gesetz detailliert hineinzukommen habe, vehement zurückzuweisen. Die Fraktionskollegen beteuerten denn auch schleunigst, die Vogel-Analyse sei gar kein offizielles Papier des Ministeriums, sondern nur die unverbindliche Ausarbeitung einer Abteilung.

Abtreibung in Ungarn

Die Studentin Zsuzsa Körösi — eine Kusine des Schriftstellers und Soziologen Miklós Haraszti (Stücklohn) — wurde im Juli 1974 vor einen Disziplinarausschuß der Universität in Budapest gestellt. Dieser beschloß, sie nicht zur Diplomprüfung zuzulassen, weil sie eine „sich der demographischen Politik Ungarns widersetzende" Kampagne organisiert und Unterschriften gesammelt habe. Hintergrund ist die seit Sommer 1973 laufende Kampagne in der ungarischen Presse, die eine Beschränkung des gültigen Abtreibungsrechts fordert. Im August 1973 formulierten einige junge Ungarinnen eine Petition, in der die Parlamentsabgeordneten aufgefordert wurden, das gültige Abtreibungsgesetz, das praktisch für jede Frau die Abtreibung bis zum dritten Monat möglich macht, zu verteidigen. Diese Petition wurde von 1553 Personen, unter ihnen auch 50 prominente Persönlichkeiten, unterzeichnet. Als im Okt. 1973 ein Erlaß verabschiedet wurde, der der Mehrheit der betroffenen Frauen eine Abtreibung untersagt, begannen die Repressalien gegen die Unterzeichner der Petition. Ihnen wurde der Paß verweigert und der Verlust des Arbeitsplatzes angedroht. Parteisekretär Kádár sprach vor dem ZK der USAP davon, daß diese Petition Teil der oppositionellen Aktivitäten sei, hinter denen der Soziologe György Pór stecke. Diese Äußerungen nahmen die Behörden zum Anlaß für Repressalien gegen Zsuzsa Köröosi und ihren Mann György Pór. Vgl. im einzelnen die Dokumentation im „diskus" H. 1/75.

Nestlé-Beschmutzer?

Gegen die Arbeitsgruppen Dritte Welt Bern und Zug hat die Firma Nestlé Alimentana AG Vevey Strafanklage wegen Verleumdung und übler Nachrede eingereicht. Das Verfahren ist zur Zeit vor den Berner und Zuger Gerichten anhängig. Der Nestlé-Konzern fühlt sich durch die im Juni erschienene, aus dem Englischen übersetzte Broschüre „Nestlé tötet Babys", sowie durch einen an die Geschäftsleitung gerichteten Offenen Brief in ihrer Ehre verletzt.
In der Broschüre wird gezeigt, wie immer mehr Mütter in den Entwicklungsländern dazu gebracht werden, vom traditionellen Stillen auf die hochgezüchteten Produkte der westlichen Ernährungsindustrie überzugehen. Die Folgen sind für die Säuglinge fatal: Während Muttermilch einwandfrei, gefahrlos und dazu noch gratis ist, brauchen die Ersatzprodukte einen hygienischen Standard (saubere Küchen, sterilisierte Saugflaschen), wie er in der Dritten Welt nur selten anzutreffen ist. Außerdem „strecken" viele Mütter die für sie oft unverhältnismäßig teure Milch: Infektionen, Magen-Darm-Erkrankungen, Unterernährung und, als Resultat, geistige und körperliche Schädigung und Tod sind die Folgen für die Kleinkinder.
Für den verhägnisvollen Trend zur Flasche ist — so die englische Untersuchung — zu einem großen Teil die gewaltige Werbemaschinerie der Milchkonzerne verantwortlich.



Nestlé propagiert ihre Produkte durch einprägsame Radioslogans, verteilt riesige Mengen von Gratismustern unter den jungen Müttern, setzt zur Umsatzsteigerung Krankenschwestern als „Mütterberaterinnen" ein. Sie verteilt Poster für Spitäler als Wandschmuck und versteht es, Ärzte und Spitalpersonal als unfreiwillige Helfershelfer für ihre Werbung einzuspannen.
Ehrverletzend ist nach Ansicht Nestlés die gesamte Schrift, insbesondere der Titel und die Behauptung des Vorworts, Nestlé betreibe „unethische und unmoralische" Werbung und sei „durch ihre Verkaufspraktiken verantwortlich für den Tod und die körperliche und geistige Schädigung Tausender von Kindern". Durch Titel und Vorwort sei der ursprünglich englische Report „in verantwortungsloser Art und Weise verfälscht" worden.
Die Werbepraktiken von Milchproduzenten wie Nestlé auf dem Sektor Kleinkindernahrung sind seit langem Gegenstand der Kritik unter Tropenärzten. Seit etwa zwei Jahren greift diese Kritik nun in vielen Ländern auch auf die Öffentlichkeit über. Nestlé bezweckt wohl mit ihrer Klage, ihr Ansehen wenigstens in ihrem Ursprungsland wieder aufzupolieren. Ob eine Strafklage dazu der richtige Weg ist, wird sich zeigen. Die Arbeitsgruppe Dritte Welt hat jedenfalls dem Richter ein umfangreiches Dossier mit Beweisunterlagen übergeben. Wann genau der Prozeß stattfinden wird, zu dem auch eine Reihe von Zeugen aus dem Ausland erscheinen wird, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

SAFEP
Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik

Linke Bücher und rechte Verlage

Wirtschaftskrise und politische Offensive der Rechten kennzeichnen die gegenwärtige Situation in der BRD. Die intellektuelle Linke steht mit dem Rücken zur Wand. Die von ihr seit Mitte der sechziger Jahre im Kultur- und Bildungsbereich erzielten Einbrüche in bürgerliche Institutionen sind zunehmend bedroht. Da es ihr nicht gelang, eine breitere Basis außerhalb des intellektuellen Milieus zu finden, sieht sie sich in der augenblicklichen Lage immer stärker auf sich selbst zurückgeworfen.

Von der Aufbruchstimmung und dem Optimismus, die die Linke in den späten sechziger Jahren kennzeichneten, ist wenig geblieben. Damals glaubten viele, das „alte System" im Handstreich aus den Angeln heben zu können. Als sich die Studentenbewegung Mitte der sechziger Jahre entfaltete, waren die sozialistischen Traditionen der Arbeiterbewegung durch Faschismus und den Antikommunismus des „Kalten Krieges" fast vollständig verschüttet. Die einst innerhalb der marxistischen Linken geführten Diskussionen und Auseinandersetzungen waren vergessen. Die wenigen Sozialisten, die den gegen sie gerichteten Pressionen jahrzehntelang standgehalten hatten, waren ohne Einfluß.

In vieler Hinsicht war die Studentenbewegung damit ein Neubeginn. Die sich in den sechziger Jahre formierende Linke suchte nach Möglichkeiten zur Analyse der Gegenwart als Voraussetzung politischer Praxis und sah sich dabei zunehmend veranlaßt, auch auf die historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zurückzugreifen. Die neue Linke hatte ein enormes Nachholbedürfnis an kritisch-marxistischem Wissen, das durch den bürgerlichen Buch- und Zeitschriftenmarkt auch nicht annähernd befriedigt werden konnte. Die ersten linken Kleinverlage wie die Neue Kritik, Trikont oder die Oberbaumpresse entstanden. Sie veröffentlichten die ersten marxistischen Schriften der neuen Linken in der BRD, übersetzten relevante ausländische Texte und druckten vergessene, doch unverändert wichtige Arbeiten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Zur gleichen Zeit ermöglichte eine wachsende Zahl von Raubdruckern — so fragwürdig ihre Geschäftsmethoden oft auch waren — den Zugang zu einer Fülle längst verschollener oder von der KPD—DKP und ihren Sympathisanten seit Jahrzehnten diffamierter marxistischer Texte. Der Markt für linke Literatur schien unersättlich: so groß war der Nachholbedarf der Linken, so schnell ihr eigenes politisches Wachstum, so plötzlich der Einbruch linker Literatur in die bis zu diesem Zeitpunkt von konservativ-reaktionärer Literatur uneingeschränkt dominierten Universitäten.

Von diesem Boom versuchten alsbald auch die bürgerlichen Verlage zu profitieren. Nur kurze Zeit dauerte die Diskussion innerhalb der Studentenbewegung, ob ein Linker auch in bürgerlichen Verlagen publizieren dürfe. Die Entscheidung fiel sehr schnell und schon vor Abschluß dieser Diskussion: zu attraktiv erschienen die hohen Taschenbuchauflagen der bürgerlichen Verlage; die niedrigen Preise der Bücher, die dem eigenen Anspruch, „für die Massen zu produzieren", entgegenkamen; die ausgebauten Vertriebswege, die bis in die abgelegenste Kleinstadt reichten; die breitgestreute Werbung usw. Für viele Autoren war auch verlockend, daß politische Auflagen und Beschränkungen seitens der bürgerlichen Verlage zunächst praktisch nicht bestanden (was in linken Verlagen schon damals nicht selbstverständlich war). Zudem trugen die von den bürgerlichen Verlagen inzwischen eingestellten linken Lektoren zur internen Absicherung sozialkritischer Programmteile bei. Das bürgerliche Verlagswesen druckte an linker Literatur, was es bekam. Der größte Teil der schreibenden Linken hatte sich damit jedoch — und das keineswegs unbewußt — in eine schon mittelfristig notwendigerweise gefährliche Abhängigkeit begeben. Waren einerseits die kurzfristigen Vorteile eines derartigen Arrangements mit den bürgerlichen Verlagen unbestreitbar, so war andererseits allen bewußt, daß linke Literatur in Verlagen wie Fischer, Rowohlt, Suhrkamp oder Luchterhand nur solange geduldet werden würde, wie diese ein gutes Geschäft war und die politische Gesamtsituation sich nicht entscheidend nach rechts verschob.

Eine politisch immer verwirrendere Vielfalt kennzeichnete gleichzeitig die Produktion linker Bücher außerhalb des bürgerlichen Verlagswesens: die mit dem Zerfall der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre sich beschleunigende Fraktionierung der Linken widerspiegelte sich auch im linken Verlagswesen. „Miniparteiverlage" und andere politische Richtungsverlage, „undogmatische" Kleinverlage und „sozialistische" Raubdrucker konkurrierten untereinander und mit den linken Programmen der bürgerlichen Verlage. Der Zeitpunkt der Marktsättigung rückte näher. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sichtbar werdenden Stagnationstendenzen in der Linken, die politische Offensive der Rechten und die Ende 1973 einsetzende allgemeine Konjunkturkrise.

Nicht nur das linke Verlagswesen geriet in immer größere Schwierigkeiten. Die bürgerlichen Verlage praktizierten jetzt, was in den Analysen der Linken von Anfang an als die große Gefahr gesehen worden war: die Verdrängung der linken Literatur aus der bürgerlichen Buchproduktion und die erneute politische Gleichschaltung des Buchmarktes, der als Folge seiner Zersplitterung (in der BRD gibt es heute noch mehrere tausend Verlage) den Linken vorübergehend wesentlich günstigere Möglichkeiten eröffnet hatte als die weitaus stärker zentralisierten Medien Fernsehen und Film. 1974 traten die politischen Restaurationstendenzen im bürgerlichen Verlagswesen unter dem Druck der ökonomischen Krise, die den Verlagen hohe Kostensteigerungen bei schrumpfenden Märkten brachte, offen zu Tage. Politische Reihen wurden eingestellt, Programme gestreckt, Titelzahlen gekürzt und zugleich die Preise so drastisch heraufgesetzt, daß ein weiterer Absatzrückgang unvermeidlich werden mußte. Diese Entwicklung setzt sich weiterhin ungebrochen fort. Im April 1975 verordnete einer der „Großen" der Branche, Holtzbrinck, die Einstellung zwei der wichtigsten linken Reihen in der BRD: die im Fischer Taschenbuch Verlag erscheinenden Reihen „Arbeiterbewegung: Theorie und Geschichte" (Herausgeber: Claudio Pozzoli) und die „Texte zur politischen Theorie und Praxis". Im Mai 1975 folgte der erste große Ausverkauf der „edition suhrkamp" (fast 200 Titel gingen in den Ramsch). Die Titelzahl der Neuerscheinungen in der „edition" war bereits früher zusammengestrichen worden, der politische Druck seitens der Kapitalgeber verstärkt und die Preise so erhöht worden, daß der dadurch provozierte sinkende Absatz eines Tages zum ökonomischen Argument für die Liquidierung einer politisch nicht gewollten Reihe werden könnte. Ähnliche Entwicklungen haben sich bereits in anderen Verlagen mit einem linken politischen oder kritisch-sozialwissenschaftlichen Programm vollzogen oder stehen in nächster Zeit bevor (z. B. Athenäum, Rowohlt, Luchterhand).

Die Verdrängung gesellschaftskritischer Literatur aus bürgerlichen Verlagen vollzieht sich heute auf breiter Front als ein Moment der allgemeinen Offensive von rechts. Diese Angriffe erfolgen in der Verlagsbranche auf allen Ebenen: Programmstreichungen und -kürzungen sind nur der nach außen hin sichtbarste Ausdruck dieser Entwicklung; weniger beachtet und doch nicht weniger effektiv ist die von den Verlegern inzwischen verhängte Zensur über die Werbung für linke Programmbereiche, die gezielte Behinderung des Vertriebs linker Bücher, die bereits erwähnte Preispolitik, die Entlassungen linker Lektoren oder die Auferlegung unerträglich restriktiver Arbeitsbedingungen usw. Da selbst der reaktionärste Verleger den Vorwurf der politischen Zensur scheut, wird diese Strategie im allgemeinen mehr oder weniger geschickt hinter dem Schleier ökonomischer Rechtfertigungsversuche in die Praxis umgesetzt.

An eine Umkehr dieses Trends ist gegenwärtig nicht zu denken. Im Gegenteil. Je tiefer die allgemeine ökonomische Krise, desto stärker die Versuche zur ideologischen Gleichschaltung und Formierung des Bewußtseins. Da nichts auf ein baldiges Ende der Rezession hinweist, wächst in den herrschenden Kreisen die Furcht vor schweren sozialen Erschütterungen und damit auch die Entschlossenheit, jeden nur denkbaren Ansatzpunkt einer Entwicklung nach links bereits im Keim zu ersticken: und daß gesellschaftskritische Literatur eine bestimmte — wenn auch vielleicht nicht zentrale Bedeutung für das Entstehen kritischen Bewußtseins und die Entwicklung einer sozialistischen Strategie hat, dürfte niemand bezweifeln.

Diese Eindämmungsstrategie zeigt sich nicht nur am Vorgehen einzelner Privatkapitalisten. Längst haben sich auch der bürgerliche Staat und die Gerichte direkt eingeschaltet: sei es über die Gesinnungsschnüffelei zur Durchsetzung der Berufsverbote, die Versuche, kritische Bücher und Verlage durch die Gerichte unter Druck zu setzen (z. B. die inkriminierte Siemens-Festschrift von F. C. Delius) oder den Plan, die gesetzlichen Zensurmöglichkeiten wesentlich auszubauen („Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens").

Die SPD als Regierungspartei und die Gewerkschaftsführungen zählen zu eifrigen Förderern dieser Entwicklung, deren Folgen sie bei einer Regierungsübernahme durch die CDU/CSU vielleicht schon im nächsten Jahr am eigenen Leib spüren werden: dann werden sogar viele von denen, die heute noch derartige repressive Maßnahmen befürworten, selbst direkt

oder indirekt davon betroffen sein. Dem allgemeinen politischen Selbstverständnis von SPD und Gewerkschaften (der aktiven Bejahung des von der Sozialdemokratie regierten kapitalistischen Gesellschaftssystems der BRD) entspricht auch ihre publizistische Praxis. Die SPD liquidiert nicht nur ihre Tageszeitungen und verzichtet damit auf die Möglichkeit, Springer, Bauer & Co. entgegenzuwirken. Ihre Parteiverlage (J. H. W. Dietz Nachf., Neue Gesellschaft usw.) zeichnen sich durch eine Sterilität aus, die diese zur völligen Einflußlosigkeit verurteilt. Die Gewerkschaften verfügen mit dem Bund-Verlag seit vielen Jahren nicht nur über ein ebenso steriles offizielles Medium; inzwischen sind sie auch angetreten, die Europäische Verlagsanstalt, die in den sechziger und frühen siebziger Jahren zu einem der wichtigsten Verlage der neuen Linken zählte, endgültig zu einer Kopie des Bund-Verlages zu machen (zur Information lese man die im Verlag 2000 in der Reihe „Betrieb und Gewerkschaften" erschienene Broschüre „Politisches Ende der EVA?"). Nach einer kurzen Zwischenphase, in der die Hoffnung bestand, zumindest Teile des linken Programms retten zu können, sollen jetzt auch die letzten Spuren eines gesellschaftskritischen Programms getilgt werden: die der allgemeinen Rechtsentwicklung folgende Praxis der Gewerkschaftsführungen im eigenen Bereich läßt auch noch so begrenzte Spielräume einer kritischen innergewerkschaftlichen Diskussion nicht mehr zu.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Entwicklung? Zum einen gilt es, die den Linken noch verbliebenen Positionen im bürgerlichen Verlagswesen nicht freiwillig aufzugeben, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Sieht man im linken Buch eine politische Funktion und versucht man es für die eigene Praxis relevant zu machen, so beinhaltet das auch den Versuch, die von Bürgerlichen kontrollierten Medien so weit wie möglich zur Verbreitung der eigenen politischen Ideen auszunutzen, denn die finanziellen Reserven, die niedrigen Preiskalkulationen, die günstigen Vertriebs- und Werbemöglichkeiten, die einem größeren bürgerlichen Verlag meist zur Verfügung stehen, wird ein linker Verlag kaum haben. Abhängig ist die Verwirklichung einer derartigen Strategie allerdings vom geschäftlichen Interesse des bürgerlichen Verlegers. Zweifellos befindet sich die Linke heute in einer wesentlich schwächeren Position gegenüber den bürgerlichen Verlagen als noch vor wenigen Jahren. Von Suhrkamp über Fischer bis zur EVA führen die Linken heute Rückzugsgefechte. In ein oder zwei Jahren wird der bürgerliche Buchmarkt voraussichtlich wieder so „sauber" sein wie in den fünfziger oder frühen sechziger Jahren.

Der Linken bleibt heute deshalb — sieht man von der Verteidigung der wenigen im bürgerlichen Verlagswesen noch verbliebenen Positionen ab — keine andere Perspektive, als das eigene Publikationsnetz entsprechend den politischen Notwendigkeiten auszubauen. Jahrelang wurde diese Aufgabe vernachlässigt, wollte doch niemand ernsthaft daran glauben, daß der linke Boom in rechten Verlagen so schnell zusammenbrechen könne. Zwar entstanden Dutzende linker Kleinverlage, die teilweise mit politischen Organisationen mehr oder weniger eng verbunden waren, teilweise aber auch als unabhängige linke Verlage bestanden. Die meisten von ihnen sind wirtschaftlich immer weniger existenzfähig. Ihre Vertriebs- und Werbemöglichkeiten sind äußerst begrenzt. Die politische Berechtigung dieser Zersplitterung ist häufig keineswegs ausgewiesen. Vielfach stehen sie sich politisch näher, als sie es sich selbst bislang eingestanden haben. Kooperationsmöglichkeiten, seien sie technischer, seien sie konzeptionell-politischer Art, sind jedoch bislang im allgemeinen nicht einmal andiskutiert worden.

Die schwierigere wirtschaftliche und politische Lage wird allerdings diesen anarchischen Zustand, der zur Zeit des wirtschaftlichen Booms und der Entfaltung der neuen Linken möglich war, schrittweise beenden. Auch linke Verlage unterliegen — ob man es will oder nicht — bestimmten Marktgesetzmäßigkeiten. Ihre wirtschaftliche und politische Position hat sich in den letzten Jahren zweifellos nicht gefestigt. Angesichts der erschwerten politischen und wirtschaftlichen Existenzbedingungen wird es immer unumgänglicher, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu diskutieren und zu praktizieren. Zu zentral ist die Rolle, die den Publikationen — seien es Bücher, seien es Zeitschriften — im Rahmen der politischen Arbeit zukommt, als daß dieser Schritt weiter hinausgeschoben werden dürfte. Die Diskussion wird zweifellos alles andere als unproblematisch und einfach sein. Die Realität läßt jedoch keine andere politisch sinnvolle Alternative.

R. B. WURM

Ausweitung der Berufsverbote an den Hochschulen

Der harte Kurs gegen Linke und auch nur ansatzweise Systemkritiker, die in relativer Willkür als Verfassungsfeinde abgestempelt werden, hat sich seit dem Ministerpräsidentenerlaß 1972 zunehmend verschärft. Harte Disziplinierungsmaßnahmen in den Ausbildungsbereichen werden ergänzt durch Ausschlußpraktiken nicht-staatlicher Institutionen, zum Beispiel den Unvereinbarkeitsbeschluß des katholischen Kolpingwerkes (200 000 Mitglieder) mit der Mitgliedschaft bei

Jungsozialisten oder der aktiven Mitorganisation von Berufsverboten durch Gewerkschaften (kein Rechtsschutz, ca. 300 Ausschlüsse aus GEW). Diese Repression ist in ihrer Stoßrichtung nicht auf den intellektuellen Bereich reduziert, sie stellt vielmehr einen allgemeinen Angriff auf politische Handlungsspielräume von Klassenbewegung und Basisentwicklung in Gewerkschaften dar. Motor dieser Effektuierung staatlicher Gewaltausübung sind ökonomische und politische Krisenerscheinungen. Unter dem Druck von law and order-Anforderungen von rechts, dem Bankrott der Reformpolitik und wirtschaftlicher Existenzgefährdung werden innere Feindbilder aufgebaut. Mit dem „geistigen Nährboden" des „Anarchismus" und Terrorismus macht der Staat kurzen Prozeß: wo das Material reicht, werden Linke, die schon seit den Anfängen der Studentenbewegung gründlich vom Verfassungsschutz observiert werden, als Radikale „ausgebürgert" oder durch das Klima allgemeiner Angst und Verunsicherung zu Duckmäusertum und politischem Opportunismus getrieben. Staatliche Herrschaftssituationen müssen jede Gesellschaftskritik in ihren Reihen eliminieren, ökonomische Krisentendenzen verlangen eine stabile Ideologie. Nicht umsonst wurde in einem Verwaltungsgerichtsurteil zum Fall Plogstedt (Uni-Angestellte in West-Berlin) im Dezember 1974 erstmalig die Wirtschaftskrise als Begründungsfaktor der Nichteinstellung aufgeführt. „Namentlich bei Berücksichtigung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Krisen, deren Eintritt nicht ausgeschlossen werden kann, erweist sich die Forderung nach Verfassungstreue der öffentlichen Bediensteten als notwendig." (Leviathan 1/75; U. Wesel — Das Gericht und die Krise)

Ganz offensichtlich wird an diesem Urteil, daß es sich beim Bekenntnis zur fdGO nicht um abstrakte, elementare Verfassungsgrundsätze handelt, sondern um das Einverständnis mit dem „System", d. h. der jeweils herrschenden Rechtsinterpretation, das sich in der Exekutive nur zu oft als manifeste Gewalttätigkeit ausdrückt.

„Das Unterfangen, eine hieb- und stichfeste juristische Definition des Kampfes gegen die fdGO zu geben, muß scheitern, weil es den untauglichen Versuch darstellt, den Tatbestand der politischen Gefährlichkeit juristisch abstrakt zu fassen, obwohl es sich doch um einen situationsbezogenen politischen Kampfbegriff handelt." (Alternative 1974, 95/96, U. K. Preuß — Politische Ächtung legalen Verhaltens S. 52)

Eine wichtige neue Qualität der Disziplinierung drückt sich darin aus, daß es in jedem Anstellungsverhältnis im öffentlichen Dienst notwendig wird, Verfassungstreue nachzuweisen. Diesem Zwang unterliegt nicht nur der Beamte, der auf Lebenszeit eingestellt wird und in einem rechtlich fixierten Treueverhältnis zum Staat steht, sondern ebenso der kurzfristig Angestellte bis hin zum 4stündig beschäftigten Tutor an der Hochschule. Die Differenzierung nach der Qualifikation der Tätigkeit fällt ebenfalls heraus, Schulrat wie Friedhofsgärtner sind verpflichtet die fdGO aktiv zu verteidigen. Hand in Hand mit diesen Praktiken geht die Aufhebung des rechtsstaatlichen Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten". Die Umkehrung der Beweislast schiebt dem Angehörigen die Rolle zu, Beweise seines aktiven Grundgesetz-Einsatzes zu liefern. Der Überprüfte wird hierbei der willkürlichen Interpretation seiner Antworten voll ausgeliefert.

Eine entscheidende Kontroverse im Lager der bürgerlichen Parteien bezieht sich auf die Radikalität der Berufsverbote. Die Frage ist, ob der Nachweis der Zugehörigkeit zu einer linken Gruppe oder Partei für die Nichteinstellung ausreicht, oder ob die individuelle Überprüfung jeweiligen politischen Aktivitäten rechtlich notwendig ist. Trotz teilweiser verbaler Liberalität der SPD/FDP richtet sich die Realpolitik in allen Bundesländern am

Anhörungsfragen in der Frankfurter Universität

Durch den Kanzler der Universität Frankfurt sind die ersten Tutoren und Hilfskräfte vorgeladen worden, die zu Fragen des Kultusministeriums über ihre „Verfassungstreue" Stellung zu nehmen, die unter anderem wie folgt lauten:

Waren Sie 1968 in der DDR?
Hatten Sie dort Kontakte zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund?
Haben Sie den Begriff „Imperialismus in der BRD" verwendet?
Haben Sie während des Studiums an politischen Veranstaltungen teilgenommen?
Gehören Sie einer politischen Vereinigung an?
Waren Sie in Ostblock-Ländern?
Wie stehen Sie zum Marxismus?
Haben Sie 1969 an einer Weihnachtsfeier der DKP teilgenommen?
Sind Sie Mitglied der GEW?

Gegendrucke Nr. 1

„DER KAMPF GEHT WEITER, HOLGER"

Dokumente und Diskussionsbeiträge zum Konzept Stadtguerilla

Langer Marsch – Politikon – Böll – Bug-Info – Sigrist – Steffen – IRA – Rote Brigaden – Dutschke – Wir Wollen Alles – Probleme des Klassenkampfs – Links – Schwarze Protokolle – Roter Pfeil – RAF – RZ – 2. Juni – u. v. a. m.

Ca. 160 Seiten, ca. 12 DM

Die Entführung aus unserer Sicht

Bewegung 2. Juni

Fragen an die Stadtguerilla: Interview mit der Revolutionären Zelle

Politladen Mai 75

Ästhetik und Kommunikation

Jahresplan

19
Kulturrevolution in der Sowjetunion
Ästhetik der Kritischen Theorie
Kunst im Dritten Reich
Kultur und sozialistische Planwirtschaft
Revolution und Kultur
Ästhetik der Kritischen Theorie
Ausstellungsbericht Kunst im Dritten Reich
Ästhetische Praxis des Faschismus
Mitarbeiter u.a.: Eckart Gillen, Arwed Gorella, Gernot Erler, H. Günther/K. Hielscher, Olav Münzberg, Dietrich Grünewald, Bredekamp/Verspohl, Woltgang Kunde

20
Visuelle Kommunikation – Kritik und Weiterarbeit
Didaktik und Psychologie
Schichtspezifische Wahrnehmung
Phantasie
Gegenständliche Tätigkeit im Aneignungskonzept (Holzkamp-Diskussion)
Ein Vormittag in der Hauptschule
Medienpädagogik
Mitarbeiter u.a.: Helmut Hartwig, Dieter Hoffmann-Axthelm, Joachim Paech, Jörg Richard, Projektgruppe Kinderfilm, Karl-Heinz Menzen, Gunter Herzog
Red.-Schluß: 15.4.75

21
Marxismus und Kulturgeschichte
Sozialdemokratische Kulturgeschichte: Eduard Fuchs
Kulturtheorie und Kulturgeschichte in der DDR
Entstehung und Auflösung bürgerlicher Kulturgeschichte
Anfänge der bürgerlichen Mode
Unterrichtsmodell: Mode
Proletarische und bürgerliche Frauenemanzipation
Karikatur in der 1848er Revolution
Mitarbeiter u.a.: Gerhard Göbel, P. Gorsen/S. Bovenschen, Luciana Zingarelli, Heinrich Dilly, Bertold Hinz, S. Lang/H. Kommer, H. Gaßner/E. Gillen, Eberhard Knödler-Bunte
Red.-Schluß: 15.6.75

22
Schulversuche in der BRD
Glocksee-Schule – Ein Schulversuch in Hannover: Tagesberichte, Planung, Perspektiven, theoretische Ansätze
Selbstregulierung des Lernens
Grundschulversuch in München
Lernen in der Institution Schule
Medien. Produktionsbedingungen, Rezeption, Öffentlichkeit
Mitarbeiter u.a.: Projektgruppe Glocksee-Schule, Oskar Negt, Horst Holzer, Utz Maas
Red.-Schluß: 15.9.75

1975 Ästhetik und Kommunikation Beiträge zur politischen Erziehung

Scriptor Verlag
6242 Kronberg/Ts.
Schreyerstraße 2

härteren Kurs aus, wie das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im Fall Lenhard, der „Schieß-Erlaß" in Baden-Württemberg (nach dem CDU-Innenminister benannt) und die Aussagen des hessischen Kultusministers Krollmann bezüglich der Unvereinbarkeit der DKP-Mitgliedschaft mit dem Staatsdienst eindeutig dokumentieren.

Die Forcierung der staatlichen Repressionen durch Berufsverbote zeigt sich in besonders ausgeprägter Form an den Hochschulen, hier sollen präventiv für alle gesellschaftlichen Bereiche Politisierungsmöglichkeiten zerschlagen werden. Die Existenzgefährdung durch drohendes Berufsverbot, Spitzel und Denunzianten des Verfassungsschutzes, die eifrig Material raffen für dreckiges Geld sind Bedingungen der schon verbreiteten Angstatmosphäre. Die individuelle Bedrohung jedes einzelnen bedeutet zunehmend Isolierung, die für Scheinlösungen offen macht, z. B. der politischen Enthaltsamkeit oder der passiven Hoffnung, daß es einen vielleicht nicht trifft. Die Erfahrungen belehren einen schnell des besseren, politische Überprüfungen treffen weitgehend unsystematisch, breit gestreut bis weit ins liberal-demokratische Lager hinein.

Diese Verunsicherung ist nicht nur eine abstrakt psychische Belastung, sondern wirkt sich sehr konkret auf die Arbeitsformen und wissenschaftlichen Inhalte des Studiengangs und der einzelnen Seminare aus. Offene Diskussionen, wo frei politische Meinung vertreten werden kann und materialistische bzw. gesellschaftskritische Theorieansätze werden unter Prüfungs- und Berufsdruck eliminiert. In Baden-Württemberg wurde in einem Fall die Nichteinstellung als Lehrer mit dem Thema bzw. den Inhalten der Examensarbeit begründet („Einfluß von Großkonzernen auf die Bildungsarbeit in BW"). Diesen regressiven Tendenzen kann nur durch eine politische Mobilisierung entgegengewirkt werden, die individuelle Bedrohung und Isolierung in solidarischer Aktion aufbricht. In vielen Universitäten ist der Kampf gegen politische Disziplinierung schon aufgenommen worden. In Konstanz haben sich bei einer Umfrage 57 % der Hochschulbeschäftigten für einen Streik ausgesprochen, in Stuttgart kamen für eine Anzeige in der Tageszeitung gegen Abbau politischer Rechte 227 Unterschriften von Universitätsmitgliedern zusammen.

Besondere Bedingungen der Repressionen herrschen im Moment an hessischen Hochschulen. In zunehmend größerem Umfang sollen Tutoren, wissenschaftliche Hilfskräfte und Angestellte der Universitäten Anhörungsverfahren unterzogen werden. Diese Praktiken beruhen auf einer Anweisung des Innenministeriums, hinter dem der Verfassungsschutz als Initiator und Materiallieferant nur zu deutlich hervorschaut an das Kultusministerium, das wiederum die höchsten Beamten der Universitätsbürokratie, die richterliche Befugnisse besitzen, mit den Anhörungsverfahren betraut. Die Fragenkataloge werden für den jeweiligen Fall vom Verfassungsschutz geliefert, so daß die Hochschule zum Exekutivorgan einer rechtlich anonymen Institution degeneriert. In Marburg weigerte sich der Universitätspräsident aus diesem Grund die Anhörungsverfahren zu praktizieren und riskiert ein Disziplinarverfahren; in Gießen wies der Konvent die Durchführung der Anhörungsverfahren an das Innenministerium zurück. In Frankfurt ist die Situation von einem reaktionären Kräfteverhältnis in Universitätsverwaltung und Konvent geprägt sowie einer weitreichenden Desolatheit der linken Gruppen, deren Basismobilisierung stagniert und politische Praxis auf starre Fraktionskämpfe reduziert ist. Hier hat die Praktizierung der Anhörungsverfahren schon eingesetzt, bereits 6 Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte (hauptsächlich aus lehrerausbildenden Fachbereichen) wurden zur Anhörung aufgefordert, wovon eine Überprüfung schon abgeschlossen ist (siehe Kasten), in 6 weiteren Fällen steht die Aushändigung des Vertrages bereits einige Monate unbegründet aus. Die politische Mobilisierung gegen diese Maßnahmen geht primär von den „berufsständischen" Interessen der Unibediensteten aus, die allerdings so emminent politisch und damit verallgemeinerbar sind, daß über eine solche Aktion die sonstigen Schwächen der politischen Gruppendifferenzern umgangen werden können. Anhörungsverfahren in diesen Kurzzeitjobs in der Uni können nur als Effektivierung und Systematisierung allgemeiner Forcierung von Überprüfungen angesehen werden, die jeden Studenten spätestens nach dem Examen treffen können. Daher ist die bereits erfolgreiche Einbeziehung von GEW und ÖTV Uni-Betriebsgruppen in den Kampf gegen Berufsverbote von besonderer Wichtigkeit für die Herstellung einer Verbindung und Kontinuität zu nicht-universitären Bereichen.

UTA CLAAR

Polizeiverwahrung im Dienste des „Gemeinschaftsfriedens"

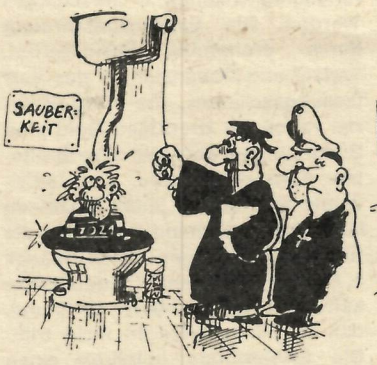
In seiner Rechtfertigung für die 23stündige polizeiliche „Verwahrung" eines Verkäufers der „Kommunistischen Volkszeitung" eilt ein Frankfurter Amtsrichter der rechtlichen Entwicklung eine Nasenlänge voraus: Da die Zeitung („KVZ") „verleumderischen Inhalts" sei, ist ihr Verkäufer festzunehmen. Obendrein „konnte und mußte angenommen werden", daß er „am gleichen Tage (31. 5. 73 – Demonstration gegen den Frankfurter Verkehrsverbund) am Barrikadenbau oder anderen Ausschreitungen" mitwir-

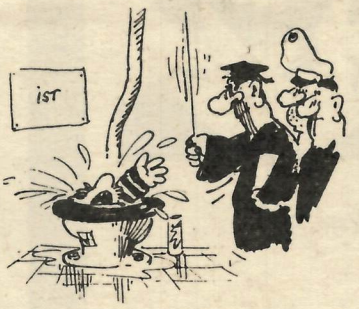
ken würde. Diese Konstruktion der Polizeibehörde ist merk- und denkwürdig zugleich, denn sie nimmt in der Begründung der „Inverwahrnahme" bereits das voraus, was durch die Änderung und Verschärfung des „Strafschutzes" bald positives Recht werden wird: die Bestrafung sogenannter Befürwortung von Gewalttätigkeiten" § 130a StGB).

In der Begründung zum „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens" (Fundstelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 7/2854) wird betont, daß es sich hier um eine Maßnahme „zur Bekämpfung von Gewalt bereits im Vorfeld", also im „Keime" handelt. Der Begriff des „Vorfelds" indiziert eine qualitative Veränderung, die durch den neuen Straftatbestand des § 130a StGB Platz greift: Es geht nicht um die Ausübung unmittelbarer Gewalt, sondern um deren „Befürworten" in Wort und Schrift. Von nun an braucht nicht Handlung allein Gewalt darzustellen, sondern auch ihre Entstehungsbedingungen werden dem Gewaltbegriff subsumiert. Damit akzeptiert der Staat einen Gewaltbegriff, den er seiner „rechtsstaatlichen" Konstitution wegen abzulehnen bestrebt sein muß; einen Gewaltbegriff nämlich, der sich nicht auf die unmittelbare „personale" Gewaltanwendung beschränkt, sondern darüber hinaus Teile ihrer Genesis mit einbezieht.

Damit wird jedoch die bürgerliche Vorstellung, Gewalt läge nur im Bereich der Politik, implizite verworfen. Gewalt wird also wieder an dem Ort angesiedelt, wo sie auch tatsächlich produziert wird: in der Gesellschaft. Die Gewaltförmigkeit der Gesellschaft, ihr antagonistischer Charakter ist damit zugestanden. Ist also Gewalt nicht nur in der „Sphäre" der Politik im engeren Sinne anzutreffen, sondern schon in ihrem „Vorfeld", dann gilt es den „Staatsfeind" dort präventiv zu treffen. Die Rechtfertigung staatlicher Gewaltanwendung muß nunmehr eine dezisionistische Wendung nehmen: sie definiert den „inneren Feind". In der Begründung zum Entwurf des § 130a wird der als „innere Feind" bestimmt, der „durch ständige Verunsicherung von staatlicher Ordnung und Bevölkerung eine vorrevolutionäre Situation zur Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes zu schaffen" versuche. Und: „Ergänzt wird dieses Bild durch eine Vielzahl von planmäßig vorbereiteten gewaltsamen Hausbesetzungen, Besetzungen von Universitätsinstituten und Störungen des Vorlesungsbetriebs an den Hochschulen." Aus diesem Grunde „ist die Schaffung eines Straftatbestandes gegen allgemeine Propagierung von Gewalt geboten. Mit den Strafvorschriften des geltenden Rechts können solche Auswüchse kaum noch nachhaltig bekämpft werden, weil sie häufig in allgemeiner Form (!) gehalten sind ..." Häufig seien sie auch in „theoretisierende Form gekleidet". Auch brauche keine „Aufforderung" vorzuliegen, die an „zumindest potentielle Adressaten gerichtet ist". In allen Fällen des § 130a „wird es entscheidend auf die Gesamttendenz der Darstellung ankommen". Daneben sei auch der „Ruf nach zukünftiger (!) Anwendung von Gewalt sozialschädlich (!) und damit strafwürdig". Damit ließe sich bei entsprechender Rechtsprechung jeder Schritt auf eine sozialistische Transformation der Gesellschaft als gewaltpropagierend auslegen, gelingt der Anklage die Darstellung, dazu erfordere es einer „zukünftigen Gewaltanwendung".

K. H. WAGNER





Mannheimer Gefängnisskandal — Die Justiz versucht, sich selbst freizusprechen!

Am 12. Mai wurden die Gefängniswärter Deis und Otto wegen der Ermordung des Untersuchungsgefangenen Peter Vast von der großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim nach einem publizistisch großangelegten Prozeß zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der 25jährige Vast wurde am 16. 12. 73 in Heidelberg von einer Polizeistreife betrunken hinter dem Steuer eines Autos entdeckt, festgenommen und ins Mannheimer Gefängnis eingeliefert. Als er dort am Abend des 27. 12. nach den Tb-Tabletten verlangte, die ihm der Anstaltsarzt auf Grund einer kurz zuvor erfolgten Lungenoperation verordnet hatte, drangen drei Wärter, die wie üblich in der anstaltseigenen Kantine gezecht hatten, in mit einem Stuhlbein, einem Schlagstock und einem Schlüsselbund so lange auf Vast ein, bis dieser regungslos am Boden liegen blieb. Um die Tat zu vertuschen, schoben sie den leblosen Körper unter die Pritsche seiner Zelle. In dieser hilflosen Lage verstarb Vast einige Stunden später, nachdem er in bewußtlosem Zustand erbrochen und das Erbrochene eingeatmet hatte. Der Gerichtsmediziner stellte später Prellungen an der Kopfhaut, am Knie und am Jochbein sowie innere Blutungen fest, außerdem Schürfwunden in der Nackengegend und am Rücken in Höhe der Afterfurche, Prellungen an den Oberarmen, Lippenverletzungen und Blutungen unter der Hirnhaut. Zunächst gelang es der Gefängnisbürokratie im Zusammenspiel mit Kripo und Staatsanwaltschaft, wie bisher immer, das wirkliche Geschehen zu vertuschen. Bereits nach zwei Tagen schloß die Kripo ein „Fremdverschulden" am Tod Vasts aus, und Staatsanwalt Schindler stellte nach halbjährigen „Ermittlungen" das Untersuchungsverfahren ein. Im Juni 1974 berichtete aber der U-Gefangene Otto Worm in mehreren Briefen an den Frankfurter Gefangenenrat (zum Gefangenenrat siehe Interview in „links" Okt. 74) über die Ermordung Vasts und andere Mißhandlungen („Pfingstschlägerei"). Der Gefangenenrat leitete diese Berichte an die Presse weiter, die Ermordung Vasts und die „Pfingstschlägerei" machten Schlagzeilen. Der Hauptzeuge Worm aber wurde inzwischen in die Psychiatrie Hohenasperg verschubt.

Als Vertuschung und Verharmlosung unmöglich wurden, blies die Justizbürokratie zur Gegenstrategie. Um den „normalen" Vollzug aus der Diskussion zu halten, gab sich das Justizministerium äußerst erschüttert und empört, bauschte zusätzlich noch einige ablenkende Bestechungsfälle im Knast auf und kreierte so den „Mannheimer Gefängnisskandal". Einzelne Mißhandlungen werden völlig isoliert vom sonstigen Knastleben als Exzesse einiger „sadistischer Wärter" (Justizminister Bender) dargestellt und sollen den alltäglichen Vollzug als erstrebenswert erscheinen lassen. Die Publizität, die der Fall erfahren hat, soll ablenken von der alltäglichen Gewalttätigkeit des Knasts:

So berichteten z. B. Gefangene in Briefen aus dem Mannheimer Knast von Folterungen im Keller, Überfällen in den Zellen und Prügelstrafen. Der U-Gefangene Christ wurde am 7. 7. 71 in einem wegen einer eitrigen Gehirnhautentzündung deliriumsähnlichen Zustand stand eingeliefert, von Revierbeamten (!) mit einer Valiumspritze bedacht und in eine „Beruhigungszelle" eingesperrt, in der die Temperatur auf 60 Grad Celsius erhöht wurde. Christ starb in der folgenden Nacht. — Während der Pfingstschlägerei wurde dem Gefangenen Hata eine brennende Zigarette im Gesicht ausgedrückt. — Der Heidelberger Taxifahrer Uwe W. wurde mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt und solange gefoltert, bis er lebensgefährlich verletzt war. Er trägt seitdem eine Gesichtsplastik. — Im November 1973 wurde Bernhard Sch. von drei Wärtern auf den Boden geworfen und mit Stiefeln getreten. — Am 17. 7. 74 wurde ein Gefangener so sehr geschlagen, daß er morgens völlig leblos auf einem Totenkarren in die Krankenstation geschoben wurde, auch er starb tags darauf.

Diese Fälle sind nur ein Bruchteil allein der bekannt gewordenen Mißhandlungen an Gefangenen in Mannheim. Insgesamt wurden zwischen 1970 und dem 1. 7. 74 598 Verfahren, in denen auf Grund von Häftlingsanzeigen aus dem Mannheimer Knast ermittelt worden war, eingestellt, darunter sieben Todesermittlungsverfahren. 403 Ermittlungsverfahren laufen noch (wie lange?).

Die Gewalttätigkeit des Knasts zeigt sich aber auch in den Arbeitsbedingungen, die die Gefangenen zwingen, für DM 1,90 pro Tag acht Stunden lang primitivste Arbeit zu verrichten, — in dem geschmacklosen und vitaminarmen Essen, das vielen länger Einsitzenden die Zähne ausfallen läßt, — in der Isolation von der Frau bzw. dem Mann, — in dem Auseinanderfallen der Familien, — in der Verunmöglichung selbständiger Entscheidungen und dem Verlust jeglicher Eigeninitiative, in dem Eingesperrtsein in winzigen, unhygienischen Zellen, — in mangelhafter medizinischer Versorgung, — in der totalen Abhängigkeit und Anpassung auf Grund eines differenzierten Systems von Korruption und grausamen Hausstrafen. Dieser Gewaltcharakter des Knasts offenbart die Gewalttätigkeit einer Gesellschaft, die großen Teilen keine ausreichende Bedürfnisbefriedigung bieten kann. Sie muß daher diejenigen, die sich nicht an die gesellschaftlichen Regeln (Gesetze) dieser Bedürfnisbefriedigung halten, durch gewaltsame Anpassung „resozialisieren", die Gefährdeten durch „Zufügung von Übeln" abschrecken und die „Unheilbaren" durch Isolation psychisch und physisch vernichten.

Diese strukturelle Gewalt des Knasts erleben auch die Wärter täglich: sie müssen die Unterdrückung der Gefangenen, die von Staatsanwalt und Richter angeordnet wird, selbst konkret vollziehen. Dabei werden ihnen zur Rechtfertigung ihrer täglichen Arbeit die Denkmuster ihrer Vorgesetzten, wie das Schuld- und Sühneprinzip, vorgegeben. Die gewalttätige Struktur des Knasts und die ideelle Gewalt der Ideologie müssen zu Mißhandlungen wie in Mannheim an jedem Tag auch in jeder anderen Anstalt führen.

Der Prozeß gegen Deis und Otto

durfte daher auch nicht in eine Beweisaufnahme über die tatsächlichen Ursachen von Gefangenenmißhandlungen und auch der Ermordung Vasts eintreten. Vielmehr wird die Verantwortung auf einzelne Wärter abgeschoben, die als schwächste Glieder des staatlichen Apparats für dessen Verbrechen geradestehen sollen. Daher ermittelte die eigens vom Justizministerium eingesetzte Sonderkommission unter „Ausschöpfung aller rechtsstaatlich gegebenen Möglichkeiten" eifrigst („Wir können auch anders, wir können auch ein paar Stockwerke tiefer gehen"; „Denken Sie an Ihre Kinder"; Mannheimer Morgen v. 30. 3. u. 10. 5.) gegen einzelne Beamte. Im Fall Vast konnte die Sonderkommission drei Täter vorweisen: Der dritte Angeklagte, Oberverwalter Meisch, erhängte sich nach einem umfassenden Geständnis in seiner Zelle „und hat sich so letztlich trotz seines Versagens als anständiger Beamter erwiesen", wie Staatsanwalt Klass der Witwe Meischs versicherte. Meisch entlastete durch seinen Freitod die Justiz und ihre Repräsentanten.

So wurde praktisch schon vor Beginn des Prozesses die Justiz selbst von jeglicher Verantwortung freigesprochen. Die Strafjustiz konnte daher über ihre eigenen Folgen richten, ohne sich selbst in Frage zu stellen. Sie bewältigt ihre Verbrechen auf Kosten ihrer schwächsten Glieder, indem sie zwei bisherige Wärter nunmehr als Strafgefangene für 15 Jahre in den Knast schickt und versucht damit, noch bestärkt und bestätigt in ihrer Funktion aus dem „Mannheimer Gefängnisskandal" herauszukommen. Diese Strategie müssen wir zu verunsichern und zu verhindern helfen, indem wir die alltägliche Justiz angreifen und auf ihren ursächlichen Zusammenhang zu besonderen „skandalösen" Vorfällen wie denen in Mannheim verweisen. Die alltägliche Empirie der Justiz — auch in anderen Bereichen — muß Gegenstand der Arbeit linker Juristen bleiben, denn: „Die Justizskandale sind in revolutionärem Sinne gleichgültig und sogar schädlich, wenn sie den Blick von dem einzigen und gewohnten Skandal ablenken, der heute Justiz ist" (B. Brecht).

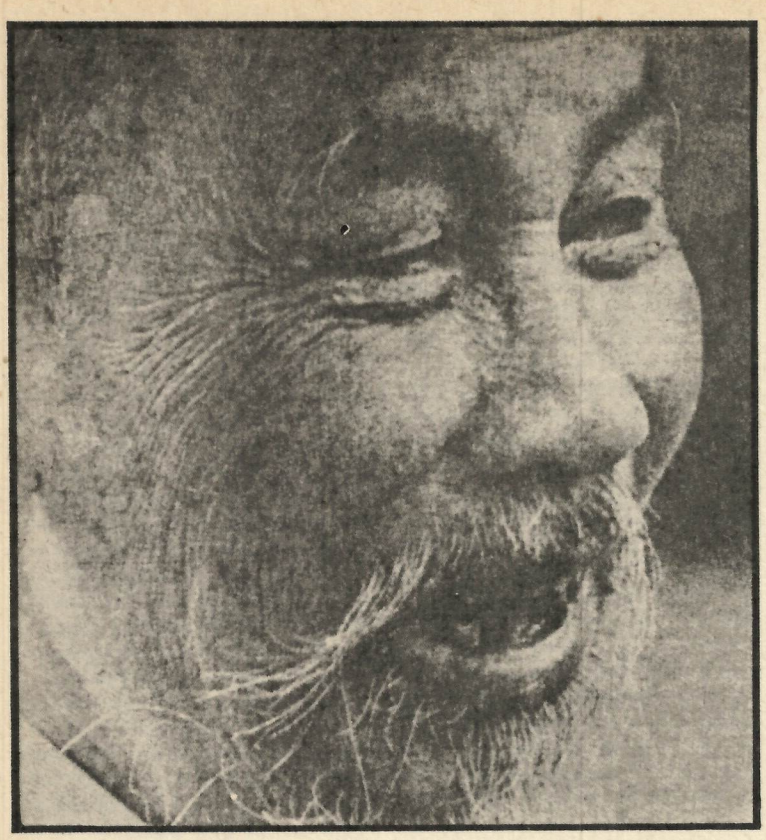
GRUPPE SOZIALISTISCHER JURISTEN HEIDELBERG

(Weitere Informationen: Diese Broschüren-Ankündigung unter SB-Kurzinformationen in dieser „links")

Die korrupte DC und die Chancen der Linken in Italien

Am 15. Juni wählen 33,5 Millionen Italiener neue Gemeinderäte und Landtage. Die Inflationsrate von 25 % im vergangenen Jahr, verbunden mit starker Arbeitslosigkeit, hat die Bedingungen der Arbeiterkämpfe erschwert, sie in die Defensive getrieben. Unentschlossenheit in den Gewerkschaften, Zögern in den traditionellen Arbeiterparteien, haben für einige Monate die entschlossene Initiative der Klassenbewegung behindert. Für das Kapital eine Chance, in den Fabriken auf Kosten der Arbeiter eine Umstrukturierung vorzunehmen, mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Für die Bourgeoisie eine Möglichkeit, jenen autoritären Block herzustellen, der in Fanfani seinen Bezugspunkt hat, der endlich reibungslose Verwertungsbedingungen garantieren soll durch die Zurückdrängung der Gewerkschaftsbewegung und der linken Parteien. Die Volksabstimmung über die Ehescheidung im Mai 1974 hatte diese Funktion und endete mit einer verheerenden Niederlage für die Rechte. Von den USA gelenkte Spaltungstendenzen innerhalb der Gewerkschaften zählen zu diesem Plan. Lange haben sie die Gewerkschaftspolitik durch ihre Drohungen gezwungen, eine gemäßigte Linie einzuhalten. Erst in diesen Wochen ist die Linke zum Angriff übergegangen und hat das Ausschlußverfahren gegen die rechte Minderheit beantragt. Heute ist das Schlachtroß Fanfanis die öffentliche Ordnung, ein Thema, das aufgrund wachsender Kriminalität und politischen Terrors auf eine breite Öffentlichkeit rechnen kann und als Lösung notwendigerweise die Einschränkung demokratischer Rechte und die Stärkung der Repressionsinstrumente des Staates anbietet. Dieses Thema ist nun zum zentralen Punkt auch in der Diskussion der Linken geworden. Denn seit jeher ist in Italien die Kriminalität von mächtigen Persönlichkeiten gedeckt worden, immer versanden die Untersuchungen, wenn es darum geht, Hintermänner aufzudecken. Es kann also nicht darum gehen, den Polizeiapparat mit größeren Rechten auszustatten, das Problem stellt sich vielmehr als politisches, als Notwendigkeit, mit Entschlossenheit gegen die Struktur vorzugehen, auf der die organisierte Kriminalität heute gedeiht. Noch offener stellt sich das Problem, wenn es sich um den politischen Terror handelt. Seit 1969 war es die Taktik, Attentate auf Banken, Bahnen, Parteisitze, linken Extremisten zuzuschreiben. Darin waren sich Polizei und Justiz, DC und Regierung einig. Seit einem Jahr jedoch ist es erwiesen, daß der politische Terror nur aus einer Richtung kommt: faschistische Gruppen, in Verbindung mit putschistischen Sektoren des Heeres, unterstützt von internationalen Geheimdiensten, gedeckt von DC und Staatsapparat, arbeiten innerhalb eines präzisen Planes, der die Spannung im Land bis zu einem Punkt steigern soll, an dem eine autoritäre Lösung der Krise die Zustimmung einer breiten Mehrheit erhält. Im Zentrum dieser Strategie steht eine Partei, die im Parlament vertreten ist und deshalb staatlich finanziert ist, die aber ebenso über Schläger- und Terrortruppen verfügt. In der italienischen Verfassung ist jede Neuorganisierung der faschistischen Partei verboten, trotzdem hat die DC immer verhindert, daß gegen den Movimento Sociale Italiano ein Strafverfahren eingeleitet werden konnte. Das hat einen offenen Grund: die Faschisten unterstützen die DC immer dann, wenn es darum geht, einen Entschluß im Parlament gegen die linke Opposition durchzusetzen. So wurde der italienische Staatspräsident Leone mit den Stimmen der Faschisten gewählt, so kann jede Regierung auf diese Form der Mehrheit zurückgreifen, wenn die sozialistische Partei ihre Zustimmung verweigert. Aus dieser Zusammenarbeit ist eine enge Verbindung mit der DC entstanden, hier liegt der Grund dafür, daß Polizei und Gerichte nie gegen die Faschisten vorgehen. Um diese Komplizenschaft ans Tageslicht zu bringen, hat die revolutionäre Linke seit langer Zeit von den reformistischen Parteien verlangt, daß sie sich für die Anwendung der antifaschistischen Gesetze einsetzen. Sowohl die KPI als auch die SP wollten in dieser gespannten Situation vermeiden, die DC durch eine solche Forderung erneut zu spalten und zu verunsichern. Die Initiative ging also vor einem Monat von den Gruppen der revolutionären Linken aus und fand die Zustimmung von mehr als fünfhundert Fabrikräten: über einhunderttausend Demokraten stellten einen formalen Gesetzesantrag im Parlament zur Auflösung aller faschistischen Organisationen. Bedeutend ist daran weniger der Gesetzesantrag, als vielmehr die Massenbewegung, die um diese Forderung entstanden ist. Gegen die ablehnende Haltung der KP haben sich viele Mitglieder dieser Partei entschlossen, die Initiative zu unterstützen, der sozialistische Bürgermeister von Mailand hat sich verpflichtet, den Faschisten zur Wahlkampagne keinen Platz, keinen Versammlungssaal, keine Sprecherlaubnis zu erteilen. In großen, antifaschistischen Kundgebungen war es möglich, die Zusammenarbeit zwischen DC und Faschisten zu entlarven, den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Entwicklung und autoritären Tendenzen ins Massenbewußtsein hineinzutragen. Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten im April in Mailand, Rom und Florenz haben einmal mehr die Rolle des Polizeiapparates gezeigt: nach einem faschistischen Mord an einem linken Studenten in Mailand fanden in ganz Italien Protestkundgebungen statt. In Mailand wurde einer der Demonstranten getötet, als eine Lastwagenkolonne der Carabinieri mit voller Geschwindigkeit in den Demonstrationszug raste. In Florenz wurde ein Arbeiter getötet, als Spezialeinheiten der Polizei am Rande der Demonstrationen künstlich Zusammenstöße provozierten, indem sie sich als Faschisten verkleideten und Demonstranten angriffen. Hinter diesen Ereignissen steht der Geist Fanfanis. Rechte und linke Extremisten erzeugen nach seinem Plan chaotische Zustände im Land. Nur seine starke Faust kann die „Freiheit" gewährleisten. Kurz vor den Wahlen sollte nun das Parlament über einen Gesetzesantrag beschließen, der eine Reihe demokratischer Rechte für Demonstranten abschafft, wesentliche Kompetenzen der Gerichte auf die Polizei überträgt und dieser praktisch uneingeschränkte Rechte zum Gebrauch der Waffen garantiert. So kann ein Polizist, wenn er zum Beispiel ohne Grund bei Demonstrationen schießt, nicht mehr des Mordes, sondern nur mehr der übertriebenen Selbstverteidigung angeklagt werden. Gegen diese Gesetze haben Gewerkschafter und demokratische Richter, Vertreter des antifaschistischen Widerstandes und Politiker in den Tageszeitungen der revolutionären Linken eine Kampagne begonnen, die in vielen Städten zu Demonstrationen geführt hat. Doch auch in diesem Punkt zog die KPI vor, die Gefahr einer Regierungskrise nicht heraufzubeschwören und verzichtete deshalb darauf, das Gesetz durch Obstruktionspolitik zu Fall zu bringen. Die Änderungsvorschläge der linken Parlamentsopposition wurden mit einer Mehrheit abgelehnt, in der die faschistischen Stimmen ausschlaggebend waren. Das hinderte die sozialistische Partei nicht daran, im ganzen für die Gesetze zu stimmen. Dagegen ist jedoch eine starke linke Bewegung entstanden. Selbst Mitglieder des Zentralkomitees der KPI haben gegen die Position ihrer Partei den Appell gegen die Gesetze unterschrieben. Die Haltung der KP ist natürlich verständlich im Rahmen des Compromesso Storico, der die Zusammenarbeit zwischen KPI und DC vorsieht. Schon beim XIV. Parteikongreß vor wenigen Monaten war klar geworden, daß in der Partei verschiedene Versionen des „Kompromisses" bestehen, daß gegen die von Berlinguer vertretene Form eine starke, linke Opposition besteht. Für die revolutionäre Linke entsteht daraus die Aufgabe, stärker als bisher eine alternative Linie auszuarbeiten und die gesamte Linke in einen Neubegründungsprozeß einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen den zwei stärksten revolutionären Gruppen, PdUP per il Comunismo und Avanguardia Operaia, ist auf dieser Ebene weiter vorangeschritten. Die gemeinsame Beteiligung an den Landtagswahlen in fünf Ländern hat einen Prozeß der strategischen Diskussion eingeleitet, der auf lange Sicht zur Bildung einer einheitlichen revolutionären Organisation führen soll. Lotta Continua, die dritte große Gruppe, hat sich zwar an der Aktionseinheit zum Verbot des MSI beteiligt, will aber bei den Wahlen die KPI unterstützen. Mit dem Argument, die Wahlen seien für die revolutionäre Politik kein geeigneter Boden.

FRANZ KÖSSLER



Gruß nach Vietnam

Genossen der Befreiungsbewegung, zum Zeitpunkt Eures Sieges und der Befreiung ganz Südvietnams können wir es sagen: wir haben oft während der vielen Jahre Eures Kampfes und unserer Mobilisierung und Vietnam-Demonstrationen nicht geglaubt, Ihr könntet diesen Krieg gewinnen. Wir haben Angst gehabt, Ihr würdet von der brutalen Militärmaschine Washingtons zerschlagen werden. Hinter dieser Befürchtung steckte nicht nur die Erfahrung so vieler von der Konterrevolution zerschmetterter revolutionärer Bewegungen, nicht nur das Erlebnis des systematischen Bombenkrieges im 2. Weltkrieg, sondern auch unsere häufige Hilflosigkeit gegenüber der manipulativen und integrierenden Macht von Herrschaftsstrukturen, wie sie in unseren kapitalistischen Industrieländern hoch entwickelt sind, und die es immer wieder vermögen, das Proletariat von der Verfolgung seiner eigenen Interessen abzubringen. Anders als etwa in Italien oder Frankreich gibt es in der BRD keine starke Arbeiterbewegung, auf die wir uns hätten stützen können, und die hier solidarisch Eure Sache vertreten hätte. Vielmehr waren es vorwiegend Studenten, Lehrlinge, junge Arbeiter, Angestellte und Schüler und solche Liberale, die den Begriff der Demokratie ernst nahmen, die in oft verzweifelter Anstrengung zu verdeutlichen suchten, warum Ihr in Vietnam kämpft und warum wir Euch unterstützen müssen.

Das ist den vielen zersplitterten sozialistischen und kommunistischen Fraktionen, die insgesamt die Vietnambewegung in der BRD darstellen, freilich nur in beschränktem Maße gelungen. Zwar konnte die Vietnambewegung erreichen, daß sich die westdeutsche Regierung in den letzten Jahren zurückhaltender als früher auf der Seite ihres US-NATO-Partners engagierte, und sicher konnte verhindert werden, daß das antikommunistische Klima des Kalten Krieges in Europa einfach auf Vietnam übertragen wurde, aber eine völlige Beendigung der moralischen und materiellen Unterstützung der USA als Weltpolizist des Kapitals durch die BRD, das freilich erreichten wir nicht, – allenfalls eine Einschränkung. Erst heute scheint die Bundesregierung bereit zu sein, in „Wahrung der gegebenen Handelsinteressen“ Euch anzuerkennen.

Was wir hier in unserem Lande leisten konnten, war nicht mehr, aber auch nicht weniger, als den Inhalt Eures Kampfes, der nicht nur nationalen, sondern auch der sozialen Befreiung, in den Köpfen eines Teiles der Menschen bewußt zu machen. Das allerdings hat die westlichen Regierungen unruhig gemacht und die Frage auftreten lassen, ob die Herrschaft des Kapitals im internationalen Maßstab heute noch mit der Kanonenbootpolitik hemdsärmeliger Texaner gesichert werden können.

Doch wichtiger als die Ergebnisse unserer Vietnam-Mobilisierung werden die Veränderungen sein, die die brutale Aggresion der USA und Euer entschiedener und ausdauernder Kampf und Euer letztlich daraus resultierender Erfolg im Bewußtsein der sogenannten freien westlichen Welt bewirkt haben. Diese Veränderungen spiegeln sich in den verschiedenen Phasen unserer Vietnam-Kampagen wider. Traten wir zuerst nur für Frieden in Vietnam ein und erinnerten die USA an ihr eigenes wohlverstandenes Interesse, so wurde uns durch die Reaktionen von Regierung und veröffentlichter Meinung der Herrschenden bald deutlich, daß zwischen den moralischen Normen dieser bürgerlichen Gesellschaft und ihrem realen Verhalten eine unüberbrückbare Kluft besteht. Freiheit war die Freiheit der Herrschenden, Demokratie ein Satz von formalen Regeln, hinter denen die Selbstbestimmung der Völker notfalls zu verschwinden hatte. Die Legitimation von bürgerlicher Herrschaft zerbrach in unseren Köpfen. Radikaldemokratische Positionen wandelten sich so zu sozialistischen. Die Forderung nach Frieden in Vietnam war angesichts struktureller und manifester Gewalt nicht mehr ausreichend. Wir verstanden: es ging um die Öffnung des Weges zu nationaler und sozialer Befreiung und damit um den Zugang zu der Möglichkeit, sich aus Unterentwicklung zu befreien. Wir lernten die Parole: Für den Sieg der Befreiungsbewegung! Wir lernten ferner: die nationale Befreiung ist wenig, wenn nicht gleichzeitig in der sozialen Struktur auch die Herrschaft des metropolitanen Kapitals beseitigt wird. Dekolonisation ohne soziale Revolution mußte im Neo-Kolonialismus enden und den Zustand von Unterentwicklung damit fortsetzen. Von daher erschloß sich uns der Begriff der strukturellen Gewalt und die Erkenntnis der Unterdrückungsmechanismen, die sich daraus ableiten, – von der Unterwerfung der nationalen ökonomischen Entwicklung unter den Weltmarkt bis zur Eintreibung des hohen Pachtzinses bei vietnamesischen Bauern durch die Thieu-sche Polizei.

Manchmal hatten wir Schwierigkeiten, Eure Lektionen zu lerner. Manche den Linken verabsolutierten die militärische Seite Eures Kampfes und übersahen, wie sehr Eure militärische Aktionen auf der Basis sozialer und politischer Arbeit aufbauten, kurz, wie sehr Ihr darauf bedacht wart, den Fisch nicht aufs Trockene geraten zu lassen.

Schließlich haben wir durch Euren Kampf und gerade durch seine letzte Phase lernen können, daß die scheinbar so perfekte und übermächtige Militär- und Integrationsapparatur der imperialistischen Vormacht USA keineswegs frei von Widersprüchen und Schwächen ist: daß selbst der Krieg gegen ein kleines Land ihre ökonomischen Fähigkeiten in einer historischen Phase zunehmender Konkurrenz auf dem Weltmarkt übersteigt; daß ihr eigener, aus der bürgerlichen liberalen Ideologie erwachsener normativer Anspruch so sehr in Widerspruch mit ihrem tatsächlichen Verhalten gerät, daß immer wieder die gesellschaftlichen Integrationsmittel versagen; daß ihre Herrschaftseliten selbst ihre Rolle so wenig durchschauen, ihre Ideologie selbst so sehr glauben, daß sie unfähig sind, die tatsächlichen gesellschaftlichen Prozesse zu begreifen und auf sie zu reagieren. Wie in den letzten Wochen stehen sie hilflos vor einem Szenarium, daß sie nicht mehr verstehen und nur noch mit „kommunistischer Aggresion“ und Dolchstoßlegenden kommentieren können.

Euer Kampf um nationale und soziale Befreiung mit dem Giganten USA hat entscheidend dazu beigetragen, daß die USA ihre Weltpolizistenrolle mit dem großen Knüppel in Zukunft nur noch beschränkt spielen können. Natürlich werden sie nicht aufgeben, natürlich werden sie versuchen, indirekte Herrschaft auch weiterhin auszuüben. Aber die Schwelle für direkte großangelegte Interventionen wird höher liegen als bislang. Das gibt den armen Völkern mehr Spielraum zur Veränderung ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Portugal wird in dieser Hinsicht zum Exempel werden können.

Laßt uns zum Abschluß sagen: Eure Revolution wird die Sozialisten in unserem Lande noch lange beeinflussen und motivieren, dies auch und gerade, wenn sie in ihrer Praxis nach Wegen suchen, die der Situation der spätkapitalistischen Gesellschaften angemessen sind. Denn wenngleich auch Eure Strategien auf unsere Situation nicht unmittelbar zu übertragen sind, so werden wir doch nur vorwärts kommen, wenn wir Euren zentralen Grundsatz der komplexen und angemessenen Strategie, die versucht, alle politischen und sozialen Elemente der Gesellschaft in die Auseinandersetzung miteinzubeziehen, aufnehmen und anwenden.

SOZIALISTISCHES BÜRO

Spendet für den Wiederaufbau Vietnams

Das Sozialistische Büro schickte am 1. Mai diesen „Gruß nach Vietnam“ an den bisherigen Sprecher der Pariser Verhandlungsdelegation der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, den Genossen Ly van Sau, mit dem Genossen von uns in den vielen Jahren unserer Mitarbeit in der weltweiten Solidaritätskampagne für Vietnam in direkten Beziehungen standen. Wir haben versucht, in diesem „Gruß nach Vietnam“ aus unserer Sicht die Bedeutung des entschiedenen und ausdauernden und zuletzt auch erfolgreichen Kampfes der vietnamesischen Revolution für die sozialistische Bewegung gerade in den westlichen Industrienationen zu beschreiben. – Vietnam steht heute nach dem Sieg vor riesigen Problemen und braucht nach wie vor umfangreiche materielle Hilfe. Wir rufen alle Genossen auf: Spendet ein weiteres Mal für Vietnam – jetzt für den Wiederaufbau! Spenden (die auch von der Steuer abgesetzt werden können und deshalb gleich entsprechend höher bemessen sein sollten) sind zu überweisen an Hilfsaktionen Vietnam e. V., 4 Düsseldorf, Bilker Str. 35 Postscheckkonto Essen 40090-430.

Die neue und die alte Weltwirtschaftskrise

Aike Blechschmidt

Was heute anders ist — Erster Teil

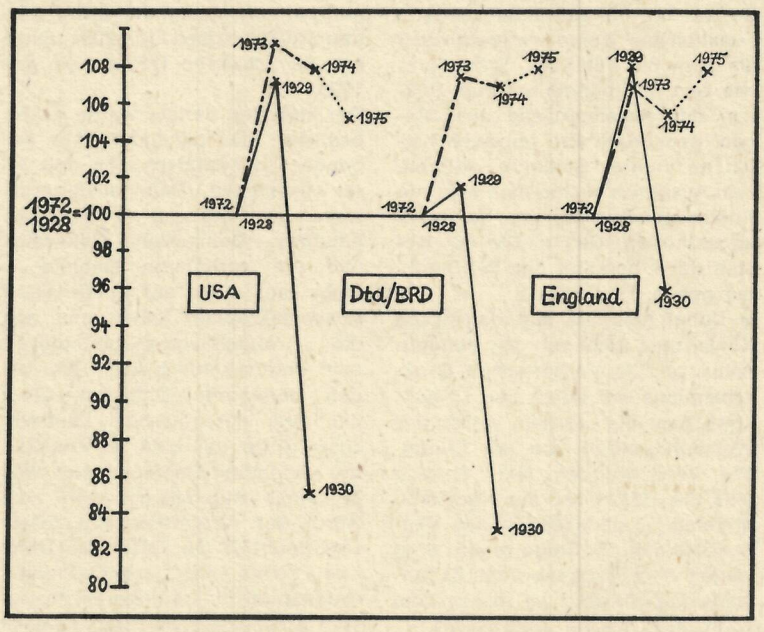
Warum erscheint dieser relativ komplizierte Artike in „links"?
Weil bislang in „links" eine Analyse der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise fehlt.
Weil einige Punkte entwickelt werden können, die zur gerade anlaufenden Thesendiskussion im SB beitragen.
Und schließlich: weil mit diesem Artikel eingelöst wird, was vor 9 Monaten anläßlich der Kritik an Altvater („links" Juli/August 1974) versprochen wurde. Nämlich „in einer der nächsten Ausgaben von „links" eine eigene Position darstellen" zu wollen.
Dieser Artikel ist selbst eine geraffte Zusammenfassung eines längeren Papiers. Gekürzt wurden insbesondere jene Teile, die sich vor allem mit der bürgerlich-politischen Seite befassen. Also z. B. die Auseinandersetzungen zwischen USA und EG/Japan im Zuge der Währungs- und Ölkrise. Die Kürzung führte zum Teil auch zu einer Verkürzung nämlich bei den Begriffen. Z. B. bei dem Gegensatz „Realisierungskrise" — „Verwertungskrise". (1)
Schließlich führte die Kürzung — sozusagen unter der Hand — zu einem Verschweigen der spekulativen Seiten bis hin zu ihrer sprachlichen Verdeckung im Tatsachen-Stil. Der Leser sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier nicht um Geschichtsschreibung handelt, sondern um den Versuch, die letzten 50 Jahre in einem möglichst widerspruchsfreien gedanklichen Rahmen zu deuten.
Diese Absicht hatte auch zur Folge, daß die Anmerkungen primär Verständnisfragen dienen, nicht der empirischen Belegung.
1974 befanden sich die wichtigsten kapitalistischen Länder in einem scharfen Konjunkturabschwung. Inzwischen sinkt in etlichen Ländern die Produktion absolut, ein neuer Aufschwung ist nicht in Sicht und die Prognosen werden pessimistischer. Einigkeit herrscht darüber, daß es sich um die schwerste Krise seit der großen Depression der 30er Jahre handelt. Die Unterschiede zu damals sind freilich beträchtlich.
Wie die Schaubilder zeigen, verläuft der Produktionsrückgang heute weniger scharf als damals; durchschnittlich schnellt die Arbeitslosigkeit nicht in gleichem Ausmaß in die Höhe; und statt Preisverfall herrscht heute anhaltende Inflation.
Man könnte die Aufzählung unterschiedlicher Krisensymptome beliebig fortsetzen. Etwa, daß damals der Börsensturz dem Umschwung in der Produktion zeitlich folgte, während er ihm diesmal um über ein Jahr vorauseilte. Oder daß damals der Welthandel schrumpfte, während er heute — verlangsamt — expandiert. Aber es wäre falsch, auf die unterschiedlichen Erscheinungsformen allzu großes Gewicht zu legen. Nicht nur deshalb, weil auch Parallelen da sind (und wer vermag da gegeneinander aufzurechnen?). Sondern vor allem darum, weil m. E. die eigentlichen Ursachen der Krise grundverschieden sind.
Dazu vorweg folgende Thesen, die dann im weiteren auszuführen sind:

- Die Krise von 1929 war primär eine Realisierungskrise. (1) Die Waren hätten damals sehr wohl profitabel produziert werden können, hätte es nicht am Absatz gehapert. Dahinter stand die unter den damaligen Verhältnisse nicht aufhebbare Stagnation des Weltmarktes,die ihrerseits ein Ergebnis des 1. Weltkrieges war. Die Schwierigkeiten lagen somit in den Institutionen der damaligen Zirkulation.
- Gegenwärtig handelt es sich dagegen in erster Linie um eine Verwertungskrise. (1) D. h. heute liegen die Ursachen der Krise von Anfang an in der Produktionssphäre. Erst als Folge hiervon stellten sich Absatz-, sprich Realisierungsschwierigkeiten ein. 1975 ist eine Krise zu geringer Ausbeutung, bezogen auf die Erfordernisse fortgesetzter Profitwirtschaft. Und zwar:
- Anhaltende Teuerung des variablen Kapitals (Lohngüter) bei mehr und mehr steigendem Aufwand für konstantes Kapital (Maschinen, Rohstoffe) und steigender Revenue des Staates (staatliche Lohnabhängige, Bauten etc.) kennzeichnen die Verwertungsschwierigkeiten der 70er Jahre. Daraus entwickelten sich die eigentlichen Momente der Krise 1974/75.

Hohe Kapitalkonzentration und anhaltende Weltmarktexpansion verleihen diesen Krisenmomenten ebenso ihr erscheinungsmäßiges Profil wie die Verlagerung der Staatseingriffe weg von der Ausgabenpolitik hin zur Geld- und direkten Einkommenspolitik.

- Zu erwarten ist keine klassische Reinigungskrise, sondern eine anhaltende Stagnation, die in einen langsamen Konjunkturaufschwung mit relativ hoher Arbeitslosigkeit übergeht.

Die politischen Folgen der Krise hängen wesentlich vom Stand der jeweiligen Klassenkämpfe ab. Für die BRD heißt das, daß der Klassenkampf von oben gegen die innergewerkschaftliche Opposition verstärkt wird.
In den nächsten Zyklen werden die Verwertungsschwierigkeiten des Produktionssektors zum großen Teil in Form einer Zersetzung des Reproduktions- und Infrastrukturbereiches ausgetragen und nehmen hier die Form von insulären Konflikten an, denen der finanzschwache Staat durch einen „Feuerwehrreformismus" zu begegnen sucht. Darauf wird die Linke mit verstärkter Kaderbildung reagieren.



Preisentwicklung damals und heute (Verbraucherpreise)

Quelle:
1928—1930: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Reihe B Heft 1 1931, S. 50, 55 und 60, Heft 4 1932, S. 49, 54 und 59.
Die US-Zahlen mußten aus einem Vergleich der Großhandelspreise geschätzt werden, da damals in den USA noch kein Index der Verbraucherpreise existierte.
1972—1974: Economic Outlook der OECD Nr. 16, S. 6 und S. 42.
Bei den Werten von 1974 handelt es sich um die Zunahme im letzten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal.

I. Die 20er Jahre: das Kapital will und kann, — und dann geht's doch schief (2)

Betrachten wir die USA als das Land mit den günstigsten Ausgangsbedingungen, d. h., wo die Aufwärtsentwicklung viel weniger als in den anderen Ländern an eine Weltmarktentfaltung gebunden war, da der riesige Binnenraum selbst einen halben Weltmarkt darstellte, der entwickelt werden konnte. Dennoch, so lautet die These, ist die US-Krise 1929 eine Folge der Stagnation des Waren- und Kapitalflusses zwischen den kapitalistischen Ländern, also des eigentlichen Weltmarktes.
Der Gedankengang, der zu dieser These führt, ist folgender:
Die verfügbaren Tatsachen machen plausibel, daß in den 20er Jahren in den USA eine gute Profitabilität herrschte. Denn: (1) Die manifeste, sprich statistisch feststellbare, Profitrate sank von 1919 auf 1929 nur schwach. (2) Dies obwohl gleichzeitig die Produktionskapazitäten weniger ausgeschöpft wurden, als es von der vorhandenen Maschinerie her möglich gewesen wäre. Also: die potentielle Profitrate, nämlich die bei gleichmäßiger Ausschöpfung der Kapazitäten und damit — weil das die Marxschen Begriffe zur Verwertung immer voraussetzen — die Verwertungssituation (1) war besser, als die manifeste, die empirisch allein feststellbare Profitrate vermuten läßt. Denn bei gleicher Maschinerie wird mehr produziert, also sinken die Kosten pro Stück und steigen — bei gleichbleibenden Umständen — die Gewinne, die vom gegebenen Kapital erzielt werden.
Daß also die manifeste Profitrate — und auch diese nur leicht — sank und somit Krisentendenzen einsetzten, war weniger eine Folge der mangelhaften Profitabilität im Verwertungssinne, als vielmehr eine Konsequenz ungenügenden Absatzes. Woran hapert es, daß die profitabel produzierbaren Waren nicht auch profitabel abgesetzt wurden? Die Antwort auf diese Frage müßte die eigentlichen Ursachen der damaligen Krisentendenzen enthüllen.
War eine dem System innewohnende Überproduktion gegeben? Dagegen spricht, daß z. B. die 60er Jahre (als — abgesehen von 1967/68 — die Rüstungsnachfrage an-

teilmäßig zurückging und somit als Erklärung – im Gegensatz zu den 50er Jahren – ausfällt), mit einer in ähnlichem Umfang steigenden Warenfülle fertig geworden sind (und früher gab es schon vergleichbare Perioden), ohne daß am Ende eine so fatale Krise wie die von 1929 stand (die Rezession 1969–72 war nichts dagegen).
Oder: War es der besondere Charakter der Rationalisierung, der die Akkumulation der 20er Jahre beherrschte? Auch hier muß die Rationalisierungswelle nach dem 2. Weltkrieg dagegen gesetzt werden, die nicht in einer vergleichbaren Überproduktionssituation endete.
Allgemein ist zu sagen, daß bei guter Profitabilität kein genereller Grund dagegen spricht, daß der Kapitalismus eine besonders stark ansteigende Warenfülle oder eine Rationalisierungswelle nicht verkraften sollte: bei guter Verwertung beschleunigt sich nur die Akkumulation. Das kann – allgemein gesprochen – lange Zeit gut gehen. (3) Jedenfalls weist der Kapitalismus Expansionsperioden auf, die länger andauerten als ein Jahrzehnt.
Die hier vertretene Erklärung lautet daher anders: Die Steigerung der Produktivkraft, die mit dem 1. Weltkrieg einsetzte und danach verstärkt anhielt, war an eine Ausdehnung der internationalen Arbeitsteilung gebunden, welche eine Expansion des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs, also des Weltmarktes, bedingte. Und genau hier lag der neuralgische Punkt. Dazu folgende Skizze:

a) Die Steigerung der Produktivkraft . . .

war in den 20er Jahren gewaltig: Schätzungsweise nahm die Arbeitsproduktivität um das Dreifache stärker zu als in den 3 Jahrzehnten vor 1914. Gleichzeitig stieg zwar das für die Maschinerie aufgewandte Kapital absolut gesehen stark an, sank aber relativ, d. h. bezogen auf den Produktionsausstoß, der damit erzielt wurde (4).
Dieser Prozeß fand statt in der Landwirtschaft, in der Rohstoffgewinnung und in der Industrie im engeren Sinne. Entscheidend war, daß sich die Fortschritte in der eigentlichen Industrie auf die kapitalistischen Länder in Europa und Nordamerika konzentrierten, während die Fortschritte im Rohstoffbereich und in der Landwirtschaft auch und vorwiegend in den peripheren Gebieten gemacht wurden, also in Südamerika (Fleisch, Häute, Metalle, Gummi), in Kanada (Weizen), in Australien (Wolle), Neuseeland (Fleisch, Wolle), Vorderer Orient (Baumwolle), Südostasien (Gummi, Metalle, Textilfasern).
Vom Standpunkt des Weltkapitals aus gesehen, war das Ganze eigentlich eine prima Sache: Damit konnte eine Entwertung des variablen Kapitals ebenso in die Wege geleitet werden wie die des konstanten. Ersteres erhöhte über eine Senkung der (wertmäßigen) Löhne die Ausbeutungsrate, letzteres weitete die Akkumulationsmöglichkeiten aus.
Aber: dieses Weltkapital existierte nur fiktiv, in Wirklichkeit zerfiel es nach wie vor in nationale Kapitale. Diese konnten in den besagten Genuß der billigeren Kapitalien nur kommen, wenn eine Ausweitung des Handels und des Kapitalverkehrs stattfand: zwischen den Metropolen selbst, aber auch zwischen den Peripheren; vor allem aber zwischen Peripherien und Metropolen.

b) Der Weltmarkt stagniert (5)

Während vor 1914 sowohl der Warenhandel als auch die internationale Kapitalverflechtung (in imperialistischen Bahnen) stark zunahmen, war das nach 1918 nur schwach der Fall. Dabei hätte die Expansion des Weltmarktes gerade jetzt um so schneller voranschreiten müssen, um die Steigerung der Produktivkraft handels- und kapitalmäßig zu verwirklichen bzw. abzusichern. Woher kam der Sand im Getriebe der internationalen Zirkulation?
- Während des 1. Weltkrieges wurden etliche Industriezweige aufgezogen, um früher importierte Waren selbst herstellen zu können. Nach 1918 mußten diese Industriezweige durch Zölle etc. geschützt werden, denn sie produzierten weniger produktiv als die alten und neuen Konkurrenten des Auslandes. Das provozierte Gegenzölle, das Ergebnis war eine allgemeine Behinderung des Handels.
- Die Verschiebung der Imperien und das Herausfallen Rußlands hatten zum Verlust an Absatzgebieten und Kapitalanlagen geführt. Zugleich setzen anhaltende Klassenkämpfe der Nachkriegserholung innerhalb der imperialistischen Metropolen Grenzen, vor allem in Frankreich und in Großbritannien. So war sowohl die stabilisierende Funktion der Kolonien geschwächt als auch die Fähigkeit, Widersprüche kurz und bündig auf dem Rükken der Arbeiterklasse auszutragen, gemindert. Die Imperien hatten an innerer Stabilität verloren, zum Ausgleich suchte man sich von Auslandseinflüssen um so mehr abzuschotten. Das mußte auf Kosten der Liberalität des Weltmarktes gehen.
- Dabei hielt die imperialistische Konkurrenz nicht nur an, sondern nahm zu. Die Vorherrschaft Großbritanniens war durch den 1. Weltkrieg beseitigt worden, womit der Weltmarktpolizist von der Bildfläche verschwunden war. Gerade weil die USA nicht die Nachfolge antraten – sie allein kamen ökonomisch dafür in Frage, waren aber wegen noch fortdauernder Expansionsmöglichkeiten im Innern vital noch nicht daran interessiert –, entwickelte sich zwischen den „Kleinen" (England, Frankreich, Deutschland) ein um so härterer, ruinöser Wettbewerb.
- Je mehr nun einerseits die Produktivkraft, damit die Mehrwertmasse stieg, je weniger aber andererseits der Weltmarkt dafür profitable Anlage in der Produktion bot, um so mehr schwollen die frei verfügbaren Geldkapitalien an. Das nun wiederum hieß, daß sich der imperialistische Wettlauf in die Finanzsphäre ausdehnte: New York, London und Paris eiferten darum, globales Bank- und Finanzzentrum zu werden. Zu den Beschränkungen der Warenzirkulation (Zölle, Mengenbeschränkungen usw.) kamen die der Geld- und Kapitalzirkulation hinzu. Die dadurch verstärkte Hektik der Finanztransaktionen wirkte entstabilisierend auf die Produktion zurück und trug – was den konkreten Krisenausbruch und Krisenverlauf betrifft – zur Krise entscheidend bei.

c) Krisentendenzen

Sie bildeten sich z. B. so: die Unternehmer mußten den gehemmten Weltmarkt als Absatzschwierigkeit wahrnehmen, entweder direkt als wenig elastischer Exportabsatz oder, davon herrührend, als schleppendes Inlandsgeschäft. Da aber wegen der explosiven Produktivitätsfortschritte (noch) genügend Mehrwertmasse vorhanden war, ergab sich für den einzelnen Unternehmer die Möglichkeit der erneuten Flucht in die Rationalisierung: um durch billigere Produktion die individuelle Absatzbeschränkung (auf Kosten der Konkurrenz) zu überwinden. Sofern sich an anderer Stelle die kapitalistische Produktion und Warenzirkulation ausdehnt, kann dies gutgehen. Wenn aber alle – und zwar nur – rationalisieren, ist nach einer vorübergehenden Expansion (getragen von der zur Rationalisierung benötigten Produktionsmittelproduktion) der Absatz um die Nachfrage der wegrationalisierten Arbeiter (und Unternehmer) verengt: die Ausgangsmisere – mangelnder Absatz – reproduziert sich auf höherer Ebene. Das war, schematisch vereinfacht, der Schritt von den frühen Krisen der 20er Jahre hin zur schweren Depression von 1929.
Der konkrete Verlauf wurde davon bestimmt, daß die dazwischen liegende Prosperitätsphasen (mit ihrer jeweiligen Rationalisierungswelle als Rückgrat) in wichtigen Ländern – Deutschland, Österreich und die peripheren Gebiete – mehr und mehr auf kurzfristigen Auslandskrediten fußten und daß die Außenhandelsabhängigkeit sehr unterschiedlich war; total bei den peripheren Gebieten, stark bei den europäischen Ländern, schwach bei den USA. So kriselten die peripheren Gebiete zuerst, was zu einer Kapitalflucht und zum Abruf der Auslandskredite führte und natürlich die Krise verstärkte. Der Strom des internationalen Geldkapitals floß an den am sichersten erscheinenden Platz, nämlich nach New York, und entfachte dort eine der größten Börsen- und Grundstücksspekulationen. Dieser Sog des Geldkapitals nach New York entzog nun seinerseits nicht nur Deutschland und anderen Ländern die Auslandsgelder (womit auch hier die längst vorhandenen Krisenmomente frei wurden), sondern führte in den USA zu jener berüchtigten Schwindelblüte der Produktion bis weit ins Jahr 1929 hinein, aus der dann ein um so größerer Sturz in die Krise folgen mußte.

d) Der materialistische Kern der Weltmarktstagnation

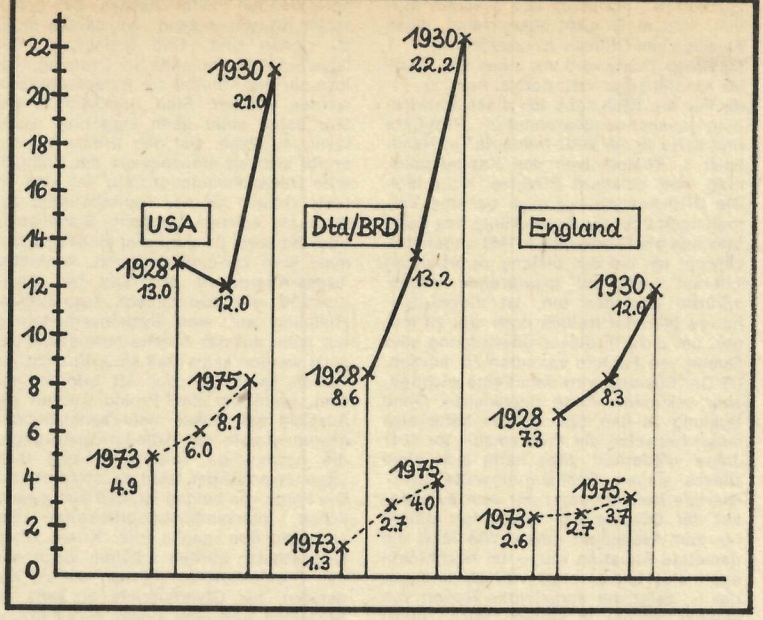
Bisher wurde die Versteinerung der Zirkulationsverhältnisse auf den 1. Weltkrieg und seine Folgen zurückgeführt. Ist damit wieder der Krieg zum Vater aller Dinge geworden? Oder wie lautet dasjenige Argument, das diese Krisenklärung wieder zu einer materialistischen macht? Dazu wird hier auf eine keineswegs neue These verwiesen. Nämlich auf die, daß der 1. Weltkrieg eine Folge der imperialistischen Zuspitzung der Konkurrenz war, welche wiederum aus einer Stagnation der Produktivkräfte gegen Ende des 19. Jahrhunderts folgte. Indem letztere sich in einem klassischen Fall der Profitrate ausdrückte – d. h. steigender organischer Zusammensetzung als zentrales profitratensenkendes Moment – mußten die Kapitale Gegentendenzen zu mobilisieren versuchen, was damals jedem nationalen Kapital den Aufbau eines Imperiums aufnötigte. Das machte die imperialistische Konkurrenz zwangsläufig und führte damit – früher oder später – auch zu einem imperialistischen Krieg.
Die materialistische Kurzformel, auf die die 20er Jahre gebracht werden können, lautet demnach: die schlechte Verwertungssituation der Vorkriegszeit stand der guten Verwertungssituation nach dem 1. Weltkrieg im Wege, vermittelt über jene sich versteinernden Tausch- und politischen Verhältnisse nach 1914, welche der schlechten Kapitalverwertung vor 1914 entsprangen und zur Weltmarktstagnation nach 1918 führten.

II. Dagegen die Jahre vor 1974: Das Kapital wird kurzatmig, – läuft aber doch, – in die Krise (6)

Einerseits hat in wichtigen Ländern während der letzten 25 Jahre eine gewichtige Senkung der Profitrate stattgefunden; andererseits konnten die weniger profitabel produzierbaren Waren bislang ohne größere Schwierigkeiten an den Mann gebracht werden (von 1974/75 abgesehen). Besonders auf dem Weltmarkt blieben die Realisierungschancen trotz durchschnittlich verschlechteter Verwertung gut: der Welthandel wuchs und wächst schneller als die Produktion. In der Krise der 70er Jahre scheint damit eine umgedrehte Grundkonstellation gegeben wie in der Krise 1929. Um das begreiflich werden zu lassen, müssen wir, wie im Teil I, in der Vergangenheit beginnen.

a) Die goldenen 50er Jahre . . .

schlugen sich in einer hohen Profitrate nieder. Einerseits kam es zu einer noch stärkeren Revolutionierung der Produktivkräfte als in den



Arbeitslosigkeit damals und heute

Quelle:
1928—1930: International Labour Review, Band 28, 1933, S. 82 und 83.
Es handelt sich um die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, da damals noch keine Arbeitslosenstatistik geführt wurde.
1973—1975: Economic Outlook der OECD Nr. 16, S. 28 und 34; Handelsblatt vom 11. 12. 1974 und 31. 1. 1975; Frankfurter Rundschau vom 20. 2. 1975. 1974 z. T. Schätzwerte, 1975 Progreßwerte. Offizielle Werte.
Eine Überschlagsrechnung für 1931—33, für die offizielle Werte und die Statistiken der Gewerkschaften vorhanden sind, zeigt zwar Abweichungen, doch kann die Hauptaussage des obigen Vergleichs nicht als Folge der statistischen Technik abgewertet werden.

20er Jahren. Andererseits sorgten zuerst Wiederaufbau, dann Wiederaufrüstung und schließlich, mehr und mehr tragend, ein expandierender Weltmarkt dafür, daß mit der explodierenden Warenfülle keine der damaligen Absatzprobleme auftraten (7). Was sich bereits in den 20er Jahren an guten Verwertungsbedingungen ankündigte, konnte in den 50ern ohne nennenswerte Realisierungsprobleme eingebracht werden. Mehr noch:
Die Revolutionierung führte zu einer Verbilligung des konstanten Kapitals, so daß die Produktion schneller steigen konnte als das dazu vorzuschießende Kapital an Produktionsmitteln. So wurde die Profitrate nicht nur von einer steigenden Ausbeutungsrate (m/v), sondern auch von einer sinkenden organischen Zusammensetzung (c/v) gespeist. Daß diese günstige Position etliche Jahre anhielt, dürfte ein einmaliges Phänomen in der Geschichte des Kapitalismus sein (8, 9). Wichtiger für uns ist aber: diese kapitalistischen Herrlichkeiten der 50er Jahre

b) . . . schaffen Schwierigkeiten in den 60ern

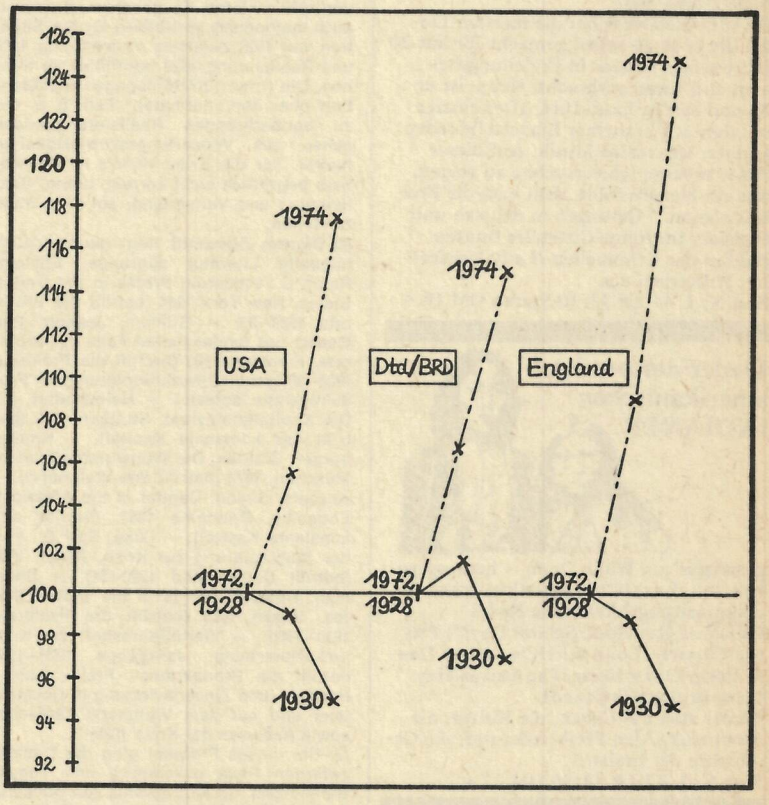
Weil die Produktion so profitabel war, wurde sie so rasch ausgedehnt, daß bald die Arbeitskraftreserven erschöpft waren und damit der Preis der Ware Arbeitskraft steigen mußte. Die anhaltenden Lohn- und Gehaltssteigerungen führten zuerst dazu, daß der Fall der relativen Löhne aufgehalten wurde und schließlich dahin, daß die Lohnquote (der Anteil der Löhne an der Produktion) gleichblieb bzw. sogar stieg.
Der Punkt, auf den es aber ankommt, ist der: das war von der Akkumulation solange zu verkraften, solange das konstante Kapital relativ zur Produktion sank. Als aber — im Zuge der 60er Jahre — das Gegenteil eintrat, mußte es zu Krisenerscheinungen kommen (10). Die These lautet also: Das Zusammentreffen von anhaltender Teuerung des variablen Kapitals (nicht fallende bzw. steigende Lohnquote) einerseits und hinzukommendem relativen Mehreinsatz an konstantem Kapital (steigender Kapitalkoeffizient (11) andererseits ist ein Schlüssel zur gegenwärtigen Krise.

Münchhausen und der Mohr . . .

Ein solches Zusammentreffen ist erstaunlich, denn natürlich erwartet man nach einiger Zeit der Arbeitskräfteknappheit die erneute Bildung einer Reservearmee. Tatsächlich stellen wir aber während den ganzen 60er und den frühen 70er Jahren Vollbeschäftigung fest, obwohl gleichzeitig von Anfang an Arbeitsplätze durch Maschinen ersetzt wurden. Ja, es wurde nicht nur keine innere Reservearmee geschaffen, sondern die anderer Länder sogar angezapft. Was war dafür maßgeblich?

- Der Schwung der Akkumulation war so groß, daß zwar einerseits pro Maschineneinheit weniger Arbeitskräfte benötigt wurden, aber andererseits wegen der vielen zuzüglichen Maschineneinheiten die eingesparten Arbeitskräfte wieder beschäftigt wurden.
- Diese starke Anhäufung von Kapital erforderte eine Ausdehnung des Produktionsmittelsektors. Weil aber große Teile dieses Sektors — vor allem der Maschinenbau — überdurchschnittlich personalintensiv waren, wurde der arbeitskräftefreisetzende Effekt des technischen Fortschritts abermals gemildert. Überdies: bevor hier die Rationalisierungen personalvermindernd „griffen", mußten die dazu nötigen Produktionsmittel ja erst mal auf der alten technischen Basis erstellt werden.
- Die Entfaltung der Produktivkräfte vollzog sich ab einer bestimmten Phase auch durch den Ausbau des tertiären Sektors (Dienstleistungen). Da dieser — zumindest am Anfang — sehr arbeitsintensiv war bzw. ist und da er über seine produktive Bedeutung hinaus, parasitär wuchern konnte, wurden hier viele der in der Industrie „frei"gesetzten Arbeitskräfte absorbiert (12).

In der BRD-Industrie z. B. wurden 1970 etwa ebenso viele Arbeitsstunden geleistet wie 1960. Weil die Arbeitszeit verkürzt wurde, mußte die Zahl der Arbeiter und Angestellten sogar höher liegen. Lange Jahre hindurch befanden sich damit die Unternehmer in einem Münchhausen-Dilemma: Um die Ausbeutungsrate zu steigern, benötigten sie eine lohndrückende Reservearmee, mußten also „Leute loswerden". Dazu aber mußten sie den Produktionsmitteleinsatz steigern, wozu sie wiederum „Leute" brauchten. Damit der Mohr endlich gehen kann, muß er weiter dableiben. Er muß weiter seine Schuldigkeit tun, damit er sie einmal getan haben wird.
Dieser Prozeß dauerte etliche Jahre. In der BRD z. B. bildete sich erst mit der Wende zu den 70er Jahren Ansätze zu einer erneuten industriellen Reservearmee. Denn immer wieder gab (und gibt) es Wellen technischer Neuerungen, die Teile des konstanten Kapitals ganzer Branchen entwerteten und die Unternehmen zu erneuter Akkumulation zwangen, um im Rennen zu bleiben. Die Arbeitskräfte blieben dabei knapp, so daß periodisch lohnmäßig starke Tarifrunden geführt werden konnten. So sehr die Arbeit — insbesondere in Krisen- und Aufschwungphasen — intensiviert wurde, die so erhöhte Ausbeutungsrate wurde — insbesondere in den Boom- und beginnenden Abschwungphasen — durchschnittlich wieder gesenkt (13).
Je höher aber nun der relative Einsatz an konstantem Kapital stieg, desto brensliger wurde die lohnsteigernde Seite der Vollbeschäftigung. Akkumulations-Ist und -Soll strebten auseinander. Diese Lücke zwischen dem Akkumulationspotential, das tatsächlich vorhanden war, und jenem, das tatsächlich hätte vorhanden sein müssen, wurde jahrelang durch eine inflationäre Brücke zu schließen versucht. Aber je länger diese Brücke wurde, d. h. je höher die Inflation anstieg, um so weniger Stabilität wies sie auf. Mit dem Problem des „Verteilungskampfes" schlitterte man über die Inflation mehr und mehr auf eine Akkumulationskrise zu. Der steigende Aufwand an konstantem Kapital erforderte eine sinkende Lohnquote, also einen sinkenden Anteil der Löhne an der Produktion. Die Aufrechterhaltung einer gleichbleibenden Lohnquote durch die Gewerkschaften — und das war in wichtigen Ländern der



Industrieproduktion damals und heute

Quelle:
1928—1930: Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Reihe B, Heft 1 1931, S. 55 und 60, Heft 2 1932, S. 48, 52, 57.
Zum Teil ist nicht die gesamte Industrie erfaßt, sondern nur die wichtigsten Industriezweige.
1972—1975: Economic Outlook der OECD Nr. 16, S. 75, 83 und 89. Die Werte von 1974 sind geschätzt, die von 1975 prognostiziert.

Neue Schallplatten:

... Lieder aus dem chilenischen Widerstand: WER KOMMT MIT MIR?

Von der Gruppe „Karaxu" werden Texte des MIR gesungen. Die Platte ist in Frankreich bereits erschienen und wird von der ‚Chilenischen Dokumentation' für Deutschland neu herausgebracht.
La cancion de Luciano/La Ventana/La Resistencia se organiza/Bolivariana/Solo digo companeros/Quien va conmigo/Los liebertadores/La dignidad se hage costumbre/Ya no somos nosotros/Carta a mi companero/Trabajadores al poder.
Mit Textheft, die Übersetzungen der Texte hat *Wolf Biermann* übernommen.
Best.Nr.L 43 LP 33/30 Stereo DM 18.–

Politrock

DIE NEUE DOPPEL–LP VON DEN SCHERBEN

Lange nichts gehört von uns. Doch jetzt kommt 'ne neue und letzte Platte von den Ton Steine Scherben. In 12 Songs erzählen wir eine Geschichte, die handelt von heute, von gestern und von morgen.
Samstagnachmittag/Komm an Bord/ Guten Morgen/Nimm den Hammer/Ich geh weg/Halt dich an deiner Liebe fest/ Durch die Wüste/Land in Sicht/Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten/Steig ein/Wir sind im Licht/ Heute Nacht.
Stereo Doppel-LP Best.Nr.L 49
ca. DM 25.– (Wir ziehen um. Damit es keine Mißverständnisse und Verzögerungen gibt, nur über Trikont bestellen.)

Die Würde des Menschen ist unantastbar —*Lieder aus der Knastgesellschaft*

DAVID CORNER hat die meisten Lieder die er singt, selbst gemacht. Er hat 20 Jahre seines Lebens in Erziehungsheimen und Knast verbracht. Heute ist er 26 und lebt in Frankfurt. „Der einzige mit dem ich in meiner Einzelzelle reden konnte, war meine Musik. Auf dieser Platte möchte ich versuchen zu zeigen, was ein Mensch fühlt, dem man die Freiheit nimmt." Gesungen in deutsch und englisch. Im Heim/Gitter/Im bunten Haufen der Kriminellen /Lady Justice/ Mr. Policeman u.a.
Best.Nr.L 44 LP 33/30 Stereo DM 18.–

Lieder der nordamerikanischen INDIANER

gesungen von Willie Dunn – herausgegeben von der größten amerikanischen Indianerzeitung Akwesasne Notes.
Ballad of Crowfoot/School Days/I Pity the Country/Louis Riel/Cree Grass Dance Song/Crazy Horse/The Carver/Hey there Broker!/O Canada.
Lieder über das Leben, die Kultur, die Ausrottung, den Freiheitskampf, die Geschichte der Indianer.
Best.Nr.L 47 LP 33/30 DM 22.–

Trikont

8 Munchen 80
Josephsburgstr. 16

Fall – mußte von Jahr zu Jahr größere Krisenmomente hervorbringen. Zur Bildung dieser relativ gleichbleibenden Lohnquote trugen dabei gerade die früher hohen Konzessionsspielräume bei, indem aus den früher relativ hohen Lohnsteigerungen ein Anspruchsniveau für die zukünftigen Lohnerhöhungen entstand. So wirkte die einstige Konzessionsfähigkeit des Kapitals als Bumerang dann, als ein steigender Anteil für das konstante Kapital abzuzweigen war (14). Ebenso fatal wirkte, daß der Staatsanteil in früheren Jahren gesenkt worden war bzw. seine Zunahme stagnierte und nun, wo die Schwierigkeiten von der Seite des konstanten Kapitals aus zunahmen, eine um so stärkere Anhebung der staatlichen Revenue vonnöten war.

Anmerkungen:

(1) Entspricht dem materialistisch-marxistischen Standpunkt, in der Verwertung das übergreifende Moment zu sehen. D. h., Realisierungsschwierigkeiten sind aus Verwertungsschwierigkeiten zu erklären und nicht umgedreht. Von daher verbietet es sich, beide begrifflich auf eine Ebene zu stellen. Letztlich ist dies richtig. Doch gilt dieses „Letztlich" für die Ebene der Logik des Kapials und ist somit –innerhalb der Periode der kapitalistischen Produktionsweise – ohne Zeitdimension konkreter Art (Jahre, Tage etc.) In der Realität vermittelt sich das übergreifende Moment der Verwertung über z. T. lange Zeiträume. Für den konkret vorliegenden Fall, nämlich die Realisierungsschwierigkeiten 1929, ist dieser Zeitraum m. E. mit etwa einem Vierteljahrhundert anzusehen (Verwertungsschwierigkeiten vor dem 1. Weltkrieg – 1. Weltkrieg – Versteinerung der Zirkulationsverhältnisse auf dem Weltmarkt – Realisierungsschwierigkeiten in den 20er Jahren). Die Realisierungsschwierigkeiten von 1929 lassen sich also nicht aus der Verwertungssituation von 1929 erklären. So gesehen ist es also auch methodisch vertretbar, für die Situation von 1929 zwischen Verwertunng 1929 und Realisierung 1929 begrifflich zu trennen. Die Krise 1974/75 dagegen repräsentiert eher den „normalen" Fall, d. h. die zu beobachtenden Realisierungskrisen gehen aus Verwertungsschwierigkeiten hervor. Für die Krise 1974/75 ist es deshalb begrifflich nicht korrekt, beide, Realisierung und Verwertung, auf eine Stufe zu stellen.
(2) Diesem Abschnitt liegt hauptsächlich folgende Literatur zugrunde: Epstein, Ralph C.: Industrial Profits in the United States, New York 1934 (betrifft die Profitrate 1920–30) – Gillman, Joseph: Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt 1969 (betrifft die Profitrate 1920–30 und die Revolutionierung der Produktivkräfte damals). – Helmstädter, E.: Der Kapitalkoeffizient, Stuttgart 1969 (betrifft das konstante Kapital). – Kindleberger, Charles: Die Weltwirtschaftskrise, München, 1973 (betrifft den Weltmarkt). – Kuznets, Simon: Capital in the American Economy, Princeton 1961, (betrifft das konstante Kapital). – Lüke, Rolf E.: Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958 (betrifft Deutschland 1920–32). – Sherman, Howard: Profits in the United States, Ithaka 1968 (betrifft die Profitrate 1930–1960). – Vierteljahresheft zur Konjunkturforschung, Jahrgänge 1928–1936 betrifft die Produktions-, Preis-, Lohn-, Handels- und Zinsentwicklung in Deutschland und auf dem Weltmarkt 1925–1935 sowie Analysen der Krise 1929).
(3) Um dieses Problem ging die Debatte zwischen Rosa Luxemburg und Tugan-Baranowski, deren Ergebnis von Bucharin in den frühen 20er Jahren formuliert wurde (in der Zeitschrift Unter dem Banner des Marxismus).
(4) Das entspricht der Auffassung, die Gillman schon 1957 (damals erschien das in Anm. 2 zitierte Buch in den USA) vertreten hat. Die Kritiken, die in Claus Rolshausen (Hrsg) „Kapitalismus und Krise", Frankfurt/Wien 1970 oder neuerlich von Rudi Schmiede „Grundprobleme der Marxchen Akkumulations- und Krisentheorie", Frankfurt 1973 erhoben wurden, sind m. E. nicht ausreichend, diese Aussage von Gillman zu erschüttern.
(5) Diese These wird vor allem von Charles Kindleberger vertreten (s. Anm. 2).
(6) Für die BRD habe ich diese Entwicklung genauer ausgearbeitet in: „Profitrate und Krise in der BRD-Industrie" in Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus, hrsg. von Volkhard Brandes, Köln 1974. Die BRD-Analyse hat mich bei den Vermutungen über die Entwicklung des Kapitalismus als Ganzes nach 1950 angeleitet. Obwohl ich bei der bislang verarbeiteten Literaur nicht auf gravierende Widersprüche gestoßen bin, ist dieses bisherige Material freilich noch viel zu mager, um nicht in dieser Übertragung eine Quelle von Fehlern vermuten zu müssen.
(7) Der Rüstung wird damit eine wichtige, aber sekundäre Rolle zugewiesen. Ohne Rüstung in den 50er Jahren hätte sich möglicherweise die Problematik der 20er Jahre wiederholt. Man hätte sich ohne dieses gegen Realisierungsnöte absichernde Netz schwerer mit dem Balanceakt der Öffnung der nationalen Märkte hin zum Weltmarkt getan. Wie labil die damalige Situation war – im Nachhinein stellt sich immer alles viel geradliniger dar –, zeigt der sorgenvolle Report von Gunnar Myrdal in seinem Buch „Internationale Wirtschaft. Probleme und Aussichten", Berlin 1958. – Daß die Rüstung aber nicht die Primärquelle der Prosperität ist, sondern daß das die (potentielle und eben zuerst durch die Rüstung angeschobene und später durch die Weltmarktentfaltung mehr gezogene) Enfaltung der globalen Produkivkräfte darstellt, wird daran deutlich, daß die Rüstung der 50er und 60er Jahre relativ zurückging und dennoch die allgemeine Prosperität andauerte.
(8) Für die Einmaligkeit dieser Entwicklung sprechen die Untersuchungen zum langfrisigen Kapitalkoeffizienten, wie sie in dem angegebenen Buch von Helmstädter (s. Anm. 2) wiedergegeben werden. (Mit dem Kapitalkoeffizient ist das Verhältnis von eingesetztem Konstantem Kapital (ohne das zirkulierende und unter Einschluß der unproduktiven Teile usw.) zu erbrachter Produktion gemeint. Sofern dieser Bruch um Veränderungen der Profit- bzw. der Lohnquote bereinigt wird, kann er als Indikator für die organische Zusammensetzung angesehen werden.
Mit der Einschätzung einer sehr lang andauernden Periode, in der das konstante Kapital massiv entwertet wurde (nämlich von 1920 – mit Unterbrechungen – bis weit in die 60er Jahre), stehe ich in Gegensatz zu der Sicht, wie sie von Schöller, W., Semmler, W., Hoffmann, J., Altvater, E. in der Zeitschrift Probleme des Klassenkampfes (Prokla) Nr. 13 und 16 wiedergegeben wird. Für sie beginnt die steigende organische Zusammensetzung schon sehr viel früher und entfaltet nach ihnen sehr bald das Hauptmoment beim Profitratenfall.
Man kann aus den Marxschen Ausführungen zu diesem Thema nichts, aber auch gar nichts „ableiten" bezüglich des konkreten Zeitpunktes, an dem die Haupttendenz beim Profitratenfall, nämlich die steigende organische Zusammensetzung durchzuschlagen beginnt. Dies ist und bleibt eine Frage, auf die es keine „methodische", sondern nur eine empirische Antwort geben kann. Daher ist der Unterschied zwischen der hier vertretenen Auffassung und der der Prokla-Autoren durch Angabe der Berechnungsart und der verwendeten Quellen genau bestimmbar und der Widerspruch zwischen beiden Positionen kein prinzipieller. Mehr ist dazu in dem Anhang gesagt worden, der sich bei dem in Anm. 6 genannten Aufsatz befindet.
(9) Das berühmte Buch von Paul Baran und Paul M. Sweezy „Monopolkapital", Frankfurt 1967, fußt auf einer Analyse und, wie ich meine, auf einer falschen Verallgemeinerung dieser „goldenen" 50er Jahre. Daraus erklärt sich auch ihre Indifferenz hinsichtlich des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate von Marx.
(10) Diese schleichende Zunahme des Aufwandes an konstantem Kapital übersehen m. E. A. Glyn und B. Sutcliffe („Die Profitklemme", Berlin 1974). Sie machen aus der bedeutsamen Rolle der Teuerung des variablen Kapitals einen monokausalen Fakt. Daß gerade in den USA die Lohnquote 1971–75 offensichtlich stark gesunken ist und dennoch die Krise voranschreitet, steht dazu in Widerspruch.
Das Gegenteil bilden die in Anm. 8 genannten Prokla-Autoren, die die Zunahme des konstanten Kapitals zum allein beherrschenden Faktor machen. Die politischen Konsequenzenn, die daraus m. E. zu ziehen sind, sind bedeutsam. Bei Glyn/Sutcliffe ist alles in Ordnung, sofern nur die Arbeiter zur Raison gebracht werden können. Eine Rückkehr in die 50er Jahre steht dann eigentlich nichts mehr im Wege. Bei den Prokla-Autoren ergibt sich als Konsequenz der dramatische Überakkumulationsfall, der eine direkte Gefahr für das kapitalistische System als solches darstellt. Sozialismus oder Barbarei (in der Form eines Faschismus) wird zur unmittelbaren, konkreten Tages-Alternative. Während bei Glyn/ Sutcliffe die ökonomisch begründbare Hoffnung auf eine Systemveränderung nur mehr auf das Arbeiterbewußtsein gesetzt werden kann (daß sie sich nicht zur Raison kapitalistischer Art bringen lassen), steht bei den Prokla-Autoren die Aussicht auf immer mehr zunehmennde Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse gegen die notwendige Verschlechterung ihrer Lage unverrückbar fest (ich interpretiere!) Die Folge von beiden ist, daß die tatsächlichen Interventionsmöglichkeiten des Herrschenden gegen die Krise falsch eingeschätzt werden müßten. Grob: bei den Prokla-Autoren müssen sie zu eng geraten, bei Glyn/Sutcliffe zu weit. Im Schlußteil wird eine eigene Einschätzung gegeben.
(11) Zum Kapitalkoeffiziena siehe Anm. 8.
(12) Es wird also bestritten, daß die Produktion von Dienstleistungen als solche unproduktiv ist, so daß auch das Anwachsen dieses Sektors nicht ohne weiteres mi einer relativen Zunahme der unproduktiven Arbeit gleichgesetzt werden kann. Dies steht, wie ich meine, auch keinesfalls in Widerspruch zu Marx.
(13) Typisch die Entwicklung der BRD (1967–1971, wo im Zuge der wohl stärksten Welle der Arbeitsintensivierung in und nach der Krise 1967 die relativen Löhne stark sanken, dann aber 1970/71 einen Ausgleich erzielen konnten (siehe dazu mein Buch „Löhne, Preise und Gewinne 1967–1974", Lampertheim 1974). Die Entwicklung seitdem ist weniger eindeutig, weil die Einkommenspolitik des Staates und die Finanzierung der steigenden Staatsausgaben über Lohnsteuern immer stärker intervenieren und damit die Interpretation des Zahlenmaterials erschweren.
(14) Das haben Joachim Bergmann, Otto Jacobi und Walter Müller-Jentsch in „Gewerkschaften in der BRD", Frankfurt/Köln 1975 herausgearbeitet.

INITIATIVE JUGENDPOLITISCHES FORUM
(Bund Demokratischer Jugend/Bund Deutscher Pfadfinder, Deutsche Jungdemokraten, Naturfreundejugend Hessen, Sozialistische Aktion)

DOKUMENTATION ZUM
JUGENDPOLITISCHEN FORUM
vom 6. - 8. Dezember 1974 in Frankfurt (M)
MATERIALIEN - PROTOKOLLE - ERGEBNISSE

Nach der Absage des 5. Jugendhilfetages durch die AGJ führte die INITIATIVE Jugendpolitisches Forum eine Tagung durch, auf der 2.500 Teilnehmer (Jugendliche, Sozialarbeiter, Lehrer) drei Tage in Arbeitsgruppen über die Themen:

1. Arbeitssituation und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen
2. Familienkonflikte und Familienflucht von Jugendlichen
3. Freizeitsituation und Selbstorganisation von Jugendlichen

diskutierten.
Die hier vorliegende Dokumentation faßt die Diskussionen der Vorbereitungsphase, die Protokolle der Arbeitsgruppen und die Resolutionen des Forums zusammen.

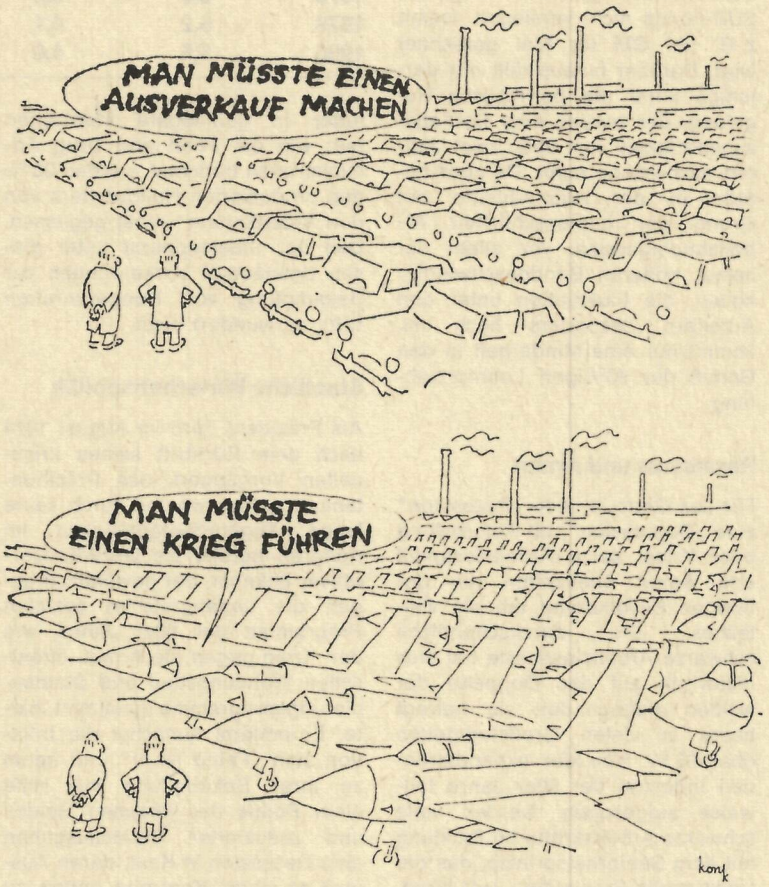
ca. 250 Seiten
Preis: DM 8,– erscheint Anfang Juni

Bestellungen an: Verlag Jugend und Politik GmbH
6000 Frankfurt (M) 90
Emserstr. 29

Ökonomische und soziale Krise in den USA

Gerhard Armanski
Peter Schulze
Peter Tergeist

Erster Teil



Wirtschaftskrise und Massenelend haben in diesem Frühjahr in den USA ein solches Ausmaß erreicht, daß einzelne Großstädte sich gezwungen sehen, Vorbereitungen für den erwarteten Ausbruch von Hungerunruhen einzuleiten. In Los Angeles, deren Polizei von der Verfolgung der Black Panthers und der Ausräucherung der Symbionese Liberation Army im Frühjahr 1974 noch in guter Erinnerung ist, erklärte der zuständige Polizeioffizier: „Ich weiß nicht, ob wir Hungerunruhen erleben werden oder nicht, aber das Potential ist da ... die Polizei muß Vorbereitungen treffen ..." (Newsweek, 3. 2. 75, S. 27).

Für die USA hat eine Untersuchung der ökonomischen Krise von der Erkenntnis auszugehen, daß seit Jahrzehnten nur Kriege und verstärkte Rüstungsanstrengungen vorübergehend relative Vollbeschäftigung, Kapazitätsauslastung und wirtschaftliches Wachstum haben sichern, bzw. ein Abgleiten in ökonomische Krisen verhindern können. Erst der 2. Weltkrieg führte, im Gegensatz zur New Deal Propaganda, wirklich aus der Depression heraus; der Koreakrieg beendete die Rezession von 1949, und schließlich war es die militärische Intervention in Südostasien, die in den 60er Jahren einen lang andauernden Boom mit sich brachte. Doch die kapitalistische Kriegswirtschaft, die vorübergehend die Arbeitslosigkeit reduzieren und hohe Profite garantieren kann, trägt durch Kreditaufblähung und inflationäre Entwicklung bereits den Keim zur nächsten Krise in sich. Nach dem Ende der offenen militärischen Aggression der Vereinigten Staaten haben dann auch zunächst die Nixon- und jetzt die Ford-Administration auf verschiedenen, z. T. entgegengesetzten (neoliberalen vs. dirigistischen) Wegen verzweifelt versucht, die drohende Wirtschaftskrise zu verhindern, die jetzt doch als sechste und zugleich stärkste der Nachkriegszeit mit voller Wucht aufgebrochen ist.

Nixon hatte durch dirigistische Maßnahmen, sogar mit anfänglichem Erfolg, versucht, erste bedeutende Krisenerscheinungen, wie die Negativentwicklung von Zahlungs- und Handelsbilanz, sowie die drohende Verschärfung der in den 60er Jahren noch „schleichenden" Inflation zu überwinden. Nach Beendigung der 1971 angeordneten Lohn- und Preiskontrollen stieg jedoch die Inflationsrate, durch Rohstoffverknappung und Erdölverteuerung zusätzlich angeheizt, rapide auf zweistellige Zahlen an und erreichte im Jahre 1974 12,1 %. Der Gesamtpreisindex hat sich heute gegenüber 1967 um mehr als 50 % erhöht. Dazu sinken seit November 1973 Bruttosozialprodukt und Industrieproduktion. Beide Indikatoren sind im Frühjahr 1975 gegenüber den entsprechenden, schon von der Krise erfaßten Vorjahresmonaten um 8–10 % zurückgegangen; der Abfall der Industrieproduktion erreichte im Januar 1975 mit einem monatlichen Rückgang von 3,6 % sogar die höchste Rate seit 1937. Die offizielle Kapizitätsauslastung wird mit 74 % angegeben; die Arbeitslosigkeit hat mit 8,7 % im April ihren Höchststand seit 1940 erreicht. Das Realeinkommen der Lohnabhängigen, das seit Mitte der 60er Jahre nicht gestiegen ist, fiel allein 1974 um 5,6 %.

Die in den USA am deutlichsten werdende Kombination und Gleichzeitigkeit von rezessiven und inflationären Komponenten steht in der Wirtschaftsgeschichte des entwickelten Kapitalismus einzigartig dar. Das Jahr mit dem höchsten Produktionsrückgang seit der Weltwirtschaftskrise weist gleichzeitig auch die höchste Inflationsrate auf. Bürgerliche, vor allem Keynesianische Ökonomiemodelle (wie die Phillips-Kurve) stehen blamiert da: Inflation kann die Rezession, Rezession die Inflation nicht mehr verhindern. Die Indikatoren des seit langem angekündigten Aufschwungs hätten vor wenigen Jahren noch selbst als Krisenerscheinungen gegolten. Hier sind die Projektionen der Ford-Administration:

Die Automobilindustrie

Die Überproduktion als Moment der gegenwärtigen Krise wird besonders an der Automobilindustrie deutlich, von der – mittelbar oder unmittelbar – etwa 13 Millionen Amerikaner abhängig sind. Bereits seit November 1973 ist sie von einer umfassenden Absatzkrise betroffen, die zu weitgehenden Produktionseinschränkungen, zur Stillegung von Fabriken und zu riesigen Autohalden geführt hat. Die Arbeitslosenzahl in der Automobilindustrie schnellte bisher auf über 250.000, das sind mehr als ein Drittel der Gesamtbeschäftigten, hoch. Im letzten Jahr sank der Absatz insgesamt um 23 %; noch die letzten Zahlen vom März 1975 beinhalten einen Rückgang von 20 % gegenüber dem Vorjahresmonat, der seinerseits schon einen Verkaufsrückgang von 24 % gegenüber März 1973 aufwies. Ford und General Motors waren gezwungen, ihre Dividenden für 1974 stark zu beschneiden; Chrysler ließ seine sogar zum ersten Mal seit den 30er Jahren ausfallen. Es kennzeichnet die Automobilindustrie und deutet auf ihren Zentralisations- und Monopolisierungsgrad hin, daß trotz Absatzrückgang die Preise für die neuen 75er Modelle um 500 bis 1000 Dollar über dem Vorjahresniveau liegen. Der Reklamerummel um vorübergehende Bargeldrabatte im Februar – März währte nur kurz und erwies sich nicht als der geplante Ausweg aus der Absatzkrise.

Für den UAW-Vorsitzenden Leonard Woodcock ist die Autoindustrie im Stadium des Zusammenbruchs. Großstädte wie Flint und Detroit haben darunter besonders zu leiden. Die Arbeitslosenzahl schnellte in der Automobilhochburg Detroit von 9,1 % Anfang 1974 auf jetzt 23 % hoch; in Michigan ist sie mit 13,7 % die höchste aller Einzelstaaten. Als Arbeitsminister Peter Brennan, selbst früherer Gewerkschaftsführer in der Bauindustrie, Anfang des Jahres in Detroit mit vor dem Arbeitsamt Schlange stehenden Automobilarbeitern sprechen wollte, wurde er unter kräftigen Schimpfwörtern von den aufgebrachten Arbeitslosen davongejagt.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung

Der „Employment Act" von 1946 verlangt von der Bundesregierung die Sicherstellung „maximaler Beschäftigung". Doch seit dem Ende des zweiten Weltkrieges schwankt, durch strukturelle Ursachen wie Automation und Kapitalexport verursacht, schon die „normale" Arbeitslosenrate in den USA zwischen 4 und 6 %. Die Regierung entzieht sich der Verantwortung vor dem Gesetz, aber auch dem Elend dieser strukturellen Arbeitslosigkeit, indem sie ihre Definition der Vollbeschäftigung willkürlich so weit faßt, daß sie auch diese Raten noch einschließt. Darüber hinaus werden erhöhte Arbeitslosigkeit, wie in letzter Zeit besonders die Äußerungen von Finanzminister Simon und Notenbankpräsident Burns anzeigen, kaltblütig zur Bekämpfung inflationärer Entwicklungen eingeplant.

Das Bureau of Labor Statistics meldet für März 1975 eine Arbeitslosenrate von 8,7 %, das sind 8 Millionen Menschen, die höchste Zahl seit der Weltwirtschaftskrise. Nach Kategorien aufgeschlüsselt, liegt sei bei Frauen (10 %), Fabrikarbeitern (12 %), bei Schwarzen (14 %), Jugendlichen (22 %) und insbesondere schwarzen Jugendlichen (35–40 %) noch weitaus höher. Doch selbst diese Zahlen sind

manipuliert und spiegeln nicht das ganze Elend wider. Sie schließen nämlich nur diejenigen ein, die sich zum Zeitpunkt der Erhebung innerhalb der letzten 30 Tage aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben. Wer die Suche aufgegeben hat – nach einer AFL-CIO-Statistik über 1 Million Menschen – wird von den Daten gar nicht erst erfaßt. Nur so ist es erklärlich, daß z. B. vom Januar auf Februar 1975 die Arbeitslosenrate mit 8,2 % als konstant gemeldet wurde, obwohl die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um 540 000 abgenommen hatte. Der Index blieb nur deshalb konstant, weil gleichzeitig 580 000 Amerikaner die Arbeitssuche aufgegeben hatten. Rechnet man darüber hinaus noch die vier Millionen unfreiwilligen Kurz- und Teilzeitarbeiter mit, kommt man auf über 12 Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte von insgesamt 83 Millionen Arbeitskräften.

Erst durch eine Betrachtung der einzelstaatlich geregelten und völlig unzureichenden Arbeitslosenversicherung läßt sich das Elend der Arbeitslosigkeit in den USA in seiner ganzen Tragweite erfassen. Mit durchschnittlich 65 Dollar liegt die Unterstützung beträchtlich unter dem offiziellen Armutsniveau. Dazu kommt, daß aus den verschiedensten Gründen, vor allem einer zu kurzen Beschäftigungszeit, nur 75–80 % der Arbeitslosen unter den staatlichen Versicherungsschutz fallen.

Die Unzulänglichkeit des Systems der Arbeitslosenversicherung, wie überhaupt des gesamten amerikanischen Sozialversicherungswesens, hat dazu geführt, daß, stärker als in Europa, neben Lohngesichtspunkten auch betriebliche Sozialleistungen, wie Versicherungsschutz, in die Tarifverträge eingehen. In letzter Zeit wird oft auf die von der UAW ausgehandelte betriebliche Arbeitslosenversicherung (Supplemental Unemployment Benefits – SUB) verwiesen, die angeblich die Folgen der Krise für den Arbeiter minimiere. In der Tat garantiert sie bis zu einem Jahr etwa 95 % der tariflichen Löhne, allerdings nur so lange die SUB-Fonds nicht versiegen, womit z. B. bei GM für Mai gerechnet wird. Darüber hinaus fällt nur derjenige unter die betriebliche Regelung, der bereits eine Betriebszugehörigkeit von über zwei Jahren nachweisen kann. Da aber gerade in der Autoindustrie auf Grund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen, vor allem der immer höheren Bandgeschwindigkeiten, die Fluktuation unter den Arbeitern besonders hoch ist, kommt nur eine Minderheit in den Genuß der 95%igen Lohnfortzahlung.

Rassismus und Armut

Für das Getto ist jede „Rezession" eine „Depression"; ob Aufschwung oder Krise, seine Arbeitslosigkeit und Armut übertreffen die der übrigen Bevölkerung um ein vielfaches. Die durchschnittliche schwarze Arbeitslosenrate hat sich historisch auf das Doppelte der weißen eingependet; sie beträgt heute in vielen Großstadtgettos über 25 %. Von der expandierenden Industrie der 60er Jahre teilweise aufgesogen, werden viele schwarze Arbeitskräfte im Einklang mit dem Senioritätsprinzip, das die traditionelle Praxis des „last hired, first fired" zu verewigen droht, wieder auf die Straße geworfen; viele strukturell Arbeitslose haben sich darüber hinaus schon seit langem mit einem „lumpenproletarischen" Dasein zufrieden- und die Arbeitssuche aufgegeben.

Konjunkturelle Schwankungen und die Untätigkeit der Republikanischen Administrationen seit 1968 haben den von der Johnson-Regierung 1964 mit großem Propagandaaufwand in Szene gesetzten „Krieg gegen die Armut" längst entscheidend zurückgeworfen. Ein Drittel aller Schwarzen lebt heute unter der Armutsgrenze (4550 Dollar im Jahr für eine vierköpfige Familie); die Zahl schwarzer Wohlfahrtsempfänger hat sich von 1,3 Mio. im Jahre 1960 auf über 5 Millionen erhöht. Bereits 1968, d. h. in einer kriegsbedingten Aufschwungsphase, ergab die Untersuchung eines Komitees zur „Erforschung von Hunger und Unterernährung in den Vereinigten Staaten", daß etwa ein Drittel bis die Hälfte aller Armen an Hunger und Unterernährung litten. In den 70er Jahren, in denen die Lebensmittelpreise (seit 1970 um mehr als 40 % gestiegen) den Löhnen bisher weit davongelaufen sind, hat sich das Problem noch verschärft. Die Bewerbungen um subventionierte Lebensmittelmarken sind im letzten Jahr um 85 % gestiegen; Zeitschriften bieten Rezepte zur Umwandlung von Tierfutter in genießbare Mahlzeiten feil; wie die Food and Drug Administration berichtet, werden 30 % des produzierten Hundefutters von den Amerikanern selbst gegessen. Daß der Staatsapparat unter diesen Umständen Vorkehrungen zur Bekämpfung von Hungerunruhen trifft, verwundert nicht.

Jahr	Arbeitslosigkeit %	Inflation %	BSP-Veränderung gegenüber Vorjahr %	Unternehmerprofit Mrd. Dollar
1973	4,9	6,2	+5,9	123
1974	5,6	11,0	– 2,2	141
1975	8,1	11,3	– 3,3	115
1976	7,9	7,8	+4,8	145
1977	7,5	6,6	+5,6	163
1978	6,9	5,2	+6,5	185
1979	6,2	4,1	+6,5	208
1980	5,5	4,0	+6,5	233

Staatliche Wirtschaftspolitik

Als Präsident Ford im August 1974 nach dem Rücktritt seines kriminellen Vorgängers das Präsidentenamt antrat, war er durch seine lange Abgeordnetentätigkeit im Kongreß bereits als Ultra-Konservativer bekannt, der gewöhnlich gegen die umfangreichen sozialen Programme der 60er Jahre, wie den Krieg gegen die Armut, öffentlichen Wohnungsbau und Stadtsanierungsprogramme gestimmt hatte. Er erklärte zunächst die Inflation zum „Feind Nr. 1" und nahm zu ihrer Bekämpfung mit Hilfe einer Politik des knappen Geldes und reduzierter Staatsausgaben eine Rezession in Kauf, deren Ausmaß er unter Kontrolle halten zu können glaubte. In den Worten seines Finanzministers Simon war „die Verlangsamung der Konjunktur ... weit weniger bedrohlich für uns als die Inflation" (Spiegel Nr. 46, 1974). Schon mitten in der Krise legte Ford im Winter ein Budget vor, das nur auf einem einzigen Gebiet, der Rüstung, eine Ausgabensteigerung (auf über 100 Milliarden Dollar), sonst aber nur Reduzierungen, insbesondere im sozialen und Wohlfahrtsbereich, vorsah.

Durch das unkontrollierbar gewordene Ausmaß der Krise und einen, vor allem seit den Novemberwahlen, betont liberalen Kongreß mit populistischen Einschlag gedrängt, sah sich die Ford-Administration schließlich doch gezwungen, ein Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise vorzulegen, wenn sie auch weiterhin vor den „Gefahren der Überstimulierung" warnt und nur einen langsamen Aufschwung wünscht, um den erhofften Rückgang der Inflationsrate nicht zu gefährden (vgl. Projektionen weiter oben). Zwischen Exekutive und Kongreß kam es im folgenden zu einem heftigen, noch andauernden Streit über Art und Ausmaß von Steuererleichterungen zur Wiederbelebung kapitalistischer Wirtschaftstätigkeit. Das äußerst kapitalfreudige Programm der Regierung ist von der Öffentlichkeit heftig kritisiert und vom Kongreß in seiner endgültigen Fassung des Steuergesetzes auch stark verändert worden. Letzterer übernahm zwar in leicht veränderter Form die Vorschläge zur Senkung der Körperschaftssteuer und Erhöhung der Investitionszulage, fügte aber weitgehende Steuererleichterungen für Arme und Einkommensschwache hinzu, die zwar bei weitem nicht den Kaufkraftverlust des letzten Jahres wettmachen konnten, aber, im Gegensatz zu Fords ursprünglicher Intention, die Gewichtung der Steuererleichterungen zum Vorteil von Individuen gegenüber dem Kapital verschob 73 % gegen 27 %). Darüber hinaus verabschiedete der Kongreß ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 5,9 Milliarden Dollar.

Auch in den nächsten Monaten werden sich die Kontroversen zwischen Demokratischer Kongreßmehrheit und Republikanischer Administration über das „richtige" Krisenbekämpfungsprogramm noch fortsetzen. Die Demokraten werden sich insbesondere nicht mit den projezierten Arbeitslosenzahlen zufriedengeben und höhere Staatsausgaben sowie eine niedrige Zinspolitik fordern, zumal mehrere Faktoren, wie die außerordentliche Lagerbildung in Höhe von fast 300 Milliarden Dollar und die nach den letzten Daten abgeschwächte, aber immer noch ungebrochene Inflation, gegen einen schnellen Aufschwung sprechen. Ganz sicher bleiben auch die heftigsten parteilichen Kontroversen im Bereich bürgerlicher Wirtschaftsmodelle und Fiskalpolitik. Die Demokraten denken nicht im entferntesten auch nur an New-Deal-ähnliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Beiden Parteien geht es um die Rückkehr zur prosperierenden, d. h. hohe Profite und Massenloyalität sichernden, kapitalistischen Ordnung; sie erweisen sich auch in der Krise nur als die zwei Fraktionen der einen herrschenden, der „Privateigentums"- oder „Profitsicherungs"-Partei.

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

INFO

Sonder-INFO: Dossier JUGOSLAWIEN: Repressionen gegen die "Praxis"-Gruppe; Studentenresolutionen a. Belgrad

Nr. 7: Jugoslawien - neue Dokumente; ČSSR: Situationsbericht; Rezensionen

Nr. 8: ČSSR; Sommerschule auf Korčula; Stojanović: Zur Organisationsfrage, 1. Teil; Rezension : Lewytzky; u.a.

Nr. 9/10: neueste Entwicklung Jogoslawien; Stojanović, 2. T neuer ungarischer Film; ČSSR Medvedev: zum Arch. Gulag II

Sonder-INFO: Abdruck von Referaten, gehalten auf d. Seminar: "Eastern Europe and Socialism" Beiträge von : Ernest Mandel, Roger Garaudy Zagorka Golubović ("Praxis-Gruppe"), Jiří Pelikán (Mitglied d. ZK der KPTsch 1968) (erscheint im Mai)

Abonnement ab Sonder- INFO und Einzelbestellungen bei A. Brandt 2 Hamburg 60 Großheidestr. 1

Abo: 6 Hefte + Sonderinfos DM 12.-(einschl. Porto) S.-Info: 1.-DM, Heft 7,8,11 DM 1,50, Dop. Nr. 9/10 DM 2.- zzgl. Porto. Lieferung nach Einzahlung d. Betrages auf PschKt Hamburg 286696-201 (A. Brandt, 2 Hamburg 60)

NATO — Südafrika

Aufbau einer informellen Militärallianz

Georg Cremer, Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg

Die Unterstützung, die die westlichen Industrieländer den weißen Regimes im südlichen Afrika gegeben haben, beruhte im wesentlichen auf wirtschaftlicher Unterstützung durch Handel und Kapitalverkehr, diplomatischer Rückendeckung und Militärhilfe, ohne die der Krieg gegen die Befreiungsbewegungen nicht möglich gewesen wäre.

Die Erfolge der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien, aber auch in Rhodesien und Namibia haben jedoch seit 1970 zu starken, letztlich erfolgreichen Bestrebungen innerhalb der NATO geführt, die weißen Regimes durch ein faktisches Militärbündnis mit der NATO zu stützen. Dies belegt eine für den UN-Ausschuß für Dekolonisation von S. Gervasi erstellte Studie „Die NATO auf dem Wege zur militärischen Zusammenarbeit mit den Weißen Regimes", deren Veröffentlichung auf Druck einflußreicher NATO-Länder verhindert wurde (1).

Interessen an der Erhaltung Südafrikas als Bündnispartner

Die Südafrikanische Republik (SAR) und Namibia verfügen mit Ausnahme von Bauxit und Erdöl über alle Erze und Mineralien, die als industrielle Ausgangsstoffe benötigt werden; sie zählen zu den an Bodenschätzen reichsten Ländern der Erde. Neben Gold und Diamanten, mit denen die SAR an erster Stelle der Weltproduktion steht, verfügt das Land über reiche Reserven an mehr als 30 Mineralien: 2/3 der Weltreserven an Platin, 3/4 derer an Chrom und 1/3 der Uranreserven, zudem „riesige" (Handelsblatt) Eisenerz-, Nickel- und Titaniumlager sowie reichliche Vorräte an Zinn und Blei. Es gehört zu den größeren Kupfer- und Kohleproduzenten (2). Zahlreiche westdeutsche Konzerne sind am Abbau der Erze beteiligt.

Auf die niedrigen Löhne für schwarze Arbeiter, die im Bergbau nur 1/17 der Löhne für weiße Arbeiter betragen (3), ist es wohl zurückzuführen, daß südafrikanische Rohstoffe zum Teil erheblich billiger sind, als die anderer Länder. So betrug 1968 der Anteil Südafrikas an den Chromimporten der BRD mengenmäßig 43,2 %, wertmäßig jedoch nur 29,7 % (vergleichbare Zahlen für Mangan: 22,3 % und 16,7 %; für Quecksilber 47 % und 6,2 %) (4).

Den ausländischen Investor erwarten umfangreiche staatliche Förderungsmaßnahmen: 7 Jahre Steuerfreiheit, verbilligte Tarife für Dienstleistungen, günstige Abschreibungssätze (5), freie Gewinnrückführung, in bestimmten Regionen Bargeldzuschuß und freies Land (6). Unterstützt durch die hohe Arbeitslosigkeit für nicht ausgebildete Arbeiter, garantiert das Apartheidregime durch das Verbot gewerkschaftlicher Organisierung für afrikanische Arbeiter und die brutale Unterdrückung jedes Streiks niedrige Löhne: Der Durchschnittslohn für afrikanische Arbeiter liegt mit 130 DM (7) weit unter der mit 300 DM berechneten Armutsgrenze, die das Minimum zum Erhalt einer Familie darstellt. Mehr als die Hälfte der afrikanischen Arbeiter westdeutscher Niederlassungen werden unterhalb der Armutsgrenze bezahlt (8). Solcherlei Vorzüge werden auch vom investierten Kapital selbst nicht bestritten: So bezeichnete der stellvertretende Direktor von Hoechst Südafrika eine Kapitalerhöhung seiner Niederlassung um 25 Mio. DM als „in Übereinstimmung stehend mit der Entscheidung von Hoechst, seine Investitionen in Westdeutschland ‚wegen dem zusammenwirkenden Druck schärferer Umweltgesetzgebung und der schnell wachsenden Kosten für Arbeit und internationalen Transport' zu beschränken" (9).

Die besonders günstigen Kapitalverwertungsmöglichkeiten haben zu hohen Investitionen von Seiten der BRD und der anderen NATO-Länder geführt; dies bindet die NATO-Länder auch dann an das südliche Afrika, wenn die besonderen Vorteile zurückgehen sollten.

Die BRD ist seit 1974 größter Handelspartner Südafrikas. Die Importe der BRD aus Südafrika bestehen zu 50 % aus wichtigen Bergbauprodukten (10). Wertmäßig fällt der gesamte Außenhandel mit Südafrika weniger ins Gewicht; die SAR steht an 18. Stelle des BRD-Außenhandels (11).

Nach der Unabhängigkeit von Angola und Mozambique nimmt die Bedeutung Südafrikas als verläßlicher Stützpunkt in Afrika zu.

Auch wenn die Wahrnehmung dieser Interessen bisher von den rassistischen Regimes garantiert wurde und diese Regimes durch die Unterdrückung aller politischen Rechte der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit besondere Vorteile gesichert haben, heißt dies nicht, daß nur unter diesen Regimes ein mit den kapitalistischen Ländern verbündetes und von diesen abhängiges südliches Afrika denkbar ist. Es stellt sich die Frage, ob Entwicklungen, vergleichbar mit denen in den portugiesischen Kolonien, eintreten können. Auf gewisse Änderungen der bestehenden repressiven Regimes drängt zum einen die südafrikanische Regierung, die nach der baldigen nationalen Unabhängigkeit von Mozambique und Angola eine enorme Verbesserung der Kampfmöglichkeiten (von den befreiten Nachbarländern Südafrikas aus) für die Befreiungsbewegungen erwartet. Zum anderen ist die expandierende südafrikanische Industrie daran interessiert,

sich der Wirtschaftsblockade durch die schwarzafrikanischen Länder zu entledigen, da sie auf den schwarzafrikanischen Markt angewiesen ist: Aufgrund der niedrigen Löhne sind ihre Absatzmöglichkeiten in der SAR selbst beschränkt. Auch erschweren bei ihrem derzeitigen Wachstum die Ausbildungsbeschränkungen für Afrikaner erheblich die Deckung ihres Bedarfs an Facharbeitern.

Die Ausbildungsbeschränkungen wurden jedoch nur in wenigen Fällen verändert. Einig ist sich die weiße Minderheit mit den westlichen Industrieländern, daß beschränkte optische Korrekturen notwendig sind. Diese wünschen, daß ihre Verbindungen zur „Dritten Welt" nicht durch ihre intensiven Beziehungen zum Apartheids-Regime belastet werden. Jene sind zu sehr selbst Nutznießer der Apartheid, um ohne massive ökonomische Zwänge oder ohne wirksamen Druck der Befreiungsbewegungen, wesentliche Zugeständnisse zu machen.

Bilaterale Unterstützung der BRD und Militärhilfe

Investitionen und Handelsbeziehungen mit Südafrika werden staatlicherseits gefördert; Exporte werden aus Steuermitteln gegen ein Risiko abgesichert (12). Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation vermittelt Kaufangebote und Gesuche aus Südafrika. 1963 wurde mit Südafrika ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen, das eine doppelte Besteuerung der in Südafrika erzielten Gewinne ausschaltet, also eine bedeutende Förderung des Investitionsstroms nach Südafrika darstellt (13). Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung vermittelt Fachkräfte nach Südafrika und mildert damit den inneren Widerspruch des Apartheidregimes, nicht genügend ausgebildete Arbeiter zur Verfügung stellen zu können (14).

Für Südafrika, daß sich durch die Apartheidpolitik mehr und mehr isoliert hat, ist die diplomatische Unterstützung durch die EG-Länder und die USA von Bedeutung. Die BRD enthält sich bei der überwiegenden Zahl der Protestresolutionen der UNO gegen Südafrika und stimmt gegen Beschlüsse, die direkte Folgen für Südafrika haben, wie der Ausschluß der SAR von der aktiven Teilnahme an der UNO-Vollversammlung (15).

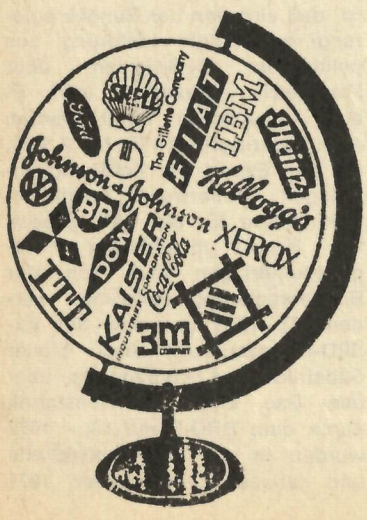
Zwischen der BRD und Südafrika besteht ein Kulturabkommen, das die großzügig betriebene, bis in die Landesfilmdienste reichende Propaganda der Südafrikanischen Botschaft ermöglicht. Das Abkommen gilt ausdrücklich auch für Namibia, erkennt also den Herrschaftsanspruch Südafrikas über Namibia an (16). Die BRD ist das einzige Land, das im annektierten Namibia ein Konsulat unterhält.

Die BRD trug und trägt zum Ausbau des Militärpotentials der SAR bei: Vor kurzem wurden, wie „Wehrkunde" meldete, mit Bundesmitteln entwickelte und in Kooperation mit Frankreich hergestellte Infanterie-Panzerabwehrwaffen von Frankreich aus nach Südafrika geliefert. Die Bundesregierung verzichtete gegenüber Frankreich auf der „Endverbleibsklausel", was gleichbedeutend damit ist, daß eine von der Bundesregierung genehmigte Lieferung aus politischen Rücksichten über Frankreich abgewickelt wird. In einer spanischen Werft werden nach Unterlagen von Blohm & Voß, die den Export der Fertigungsunterlagen mittlerweile bestätigte, 4 Korvetten für die SAR gebaut. Der Export militärischer Fertigungsunterlagen muß von der Bundesregierung genehmigt werden (17). 1973 besuchte der Ex-SPD-Finanzminister Alex Möller Südafrika und verhandelte über den Bau einer Munitionsfabrik durch eine BRD-Firma (18). 1972 wurden in der BRD entwickelte und gebaute Hubschrauber, 1971

Militärtransportflugzeuge an die SAR verkauft (19).
1974 schloß die Essener Steinkohlen- und Elektrizitäts-AG einen Vertrag ab zur Errichtung einer Urananreicherungsanlage in der SAR, die zur Hälfte Uran aus Namibia verarbeitet (20). Es besteht technisch für die SAR, die den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat, die Möglichkeit, mit dem angereicherten Uran Atombomben zu produzieren. Die Errichtung der genannten Anlage unterlag der Genehmigungspflicht der Bundesregierung.

Der Weg zur faktischen Allianz mit Südafrika (21)

Als sich mit den zunehmenden Erfolgen der Befreiungsbewegungen abzeichnete, daß die weißen Regimes auf die Dauer nur mit bedeutender wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung zu halten sind, gewann die Diskussion innerhalb der NATO über eine Ausdehnung des offiziellen NATO-Bereiches (der am nördlichen Wendekreis endet) an Bedeutung. Forciert wurde diese Diskussion von britischen Konservativen, die bereits 1970 die volle Wiederherstellung der wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen einschließlich gemeinsamer Seeübungen gefordert haben.
Da eine offene militärische Allianz mit den weißen Regimes gegen die Befreiungsbewegungen nicht opportun erschien, wurde eine direkte Bedrohung der NATO-Länder konstruiert, die ihren Ursprung südlich des offiziellen NATO-Bereichs haben soll. Gervasi faßt die Argumentation dieser NATO-Kreise aus internem Material und aus Militärpublikationen zusammen:
1. Ein wichtiger Bestandteil der vitalen NATO-Interessen außerhalb des NATO-Bereichs ist die freie Durchfahrt im südlichen Atlantik und dem indischen Ozean, ebenso die Passierbarkeit der Kap-Straße. Um diese Seelinien schützen zu können, muß der NATO-Einfluß auf die Küstenländer aufrechterhalten werden. Eine Bedrohung der Seewege würde sich ergeben, wenn feindliche Mächte in einem der Küstenländer bedeutenden Einfluß ausüben. Ein Sieg der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien ist eine solche Machtübernahme durch eine feindliche Macht und muß als Bedrohung der Seewege verhindert werden.
2. Der Südatlantik und der Indische Ozean sind mit dem Niedergang des britischen Kolonialreiches zu einem Machtvakuum geworden: „Keine einzige NATO-Macht kann den Platz Großbritanniens einnehmen. Die NATO-Staaten als Gruppe haben weder von der Marine noch vom Nachschub her die Möglichkeit, ihre Herrschaft in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten."
3. Dieses Machtvakuum wird zum Teil von der sowjetischen Flotte ausgefüllt, die nach Meinung dieser NATO-Kreise in der Lage sein könnte, die Verbindungswege zu unterbrechen (allerdings wird nicht dargelegt, wie eine Unterbrechung auf einem so großen Gebiet wie den südlichen Ozeanen oder dem Gebiet zwischen dem Kap und der südlichen Eislinie zu bewerkstelligen wäre) und zudem verstärkten Einfluß auf die Küstenländer gewinnen könnte.
4. Der Bedrohung der Kap-Straße kann nur in militärischer Allianz mit den Regimes im südlichen Afrika begegnet werden. Südafrika ist als Bündnispartner der NATO für die „Globalverteidigung" der NATO wegen seiner Häfen, seiner industriellen Infrastruktur und seiner Nachrichtenverbindungen unerläßlich.
In dieser Argumentation wird also die Aufrechterhaltung oder Vergrößerung des NATO-Einflusses in den Küstenländern, und damit der Kampf gegen Befreiungsbewegungen Bestandteil des Schutzes der Kapstraße. Damit hatte man ein Argument konstrutiert, mit dem sich indirekt auf die Schaffung einer faktischen Allianz mit den südafrikanischen Regimes hinarbeiten ließ. Die Befürworter dieser faktischen Allianz erreichten es im Frühjahr 1972, mit ihren Argumenten auf höchste NATO-Ebene vorzustoßen. Das Militärkomitee, der wichtigste Ausschuß der Nordatlantischen Versammlung, einer Körperschaft aus Parlamentariern aller NATO-Länder, setzte einen Unterausschuß zur „Sowjetischen Seebedrohung" ein. Durch die Benennung eines britischen Konservativen zum Berichterstatter wurde gewährleistet, daß die Empfehlungen des Unterausschusses der oben wiedergegebenen Argumentation entsprachen. Ein Arbeitspapierentwurf des Unterausschusses forderte, den Aufgabenbereich der NATO über den Wendekreis des Krebses hinaus zu erweitern, außerhalb des NATO-Bereiches Untersuchungen durchzuführen, für die Verteidigung der Kap-Route gemeinsame Eventualpläne aufzustellen und Nachrichtenverbindungen sofort einzurichten. An der Planung sollten Südafrika und andere interessierte Länder beteiligt werden. Diese Konzeption der faktischen Militärallianz wurde von mehreren NATO-Kommandos gebilligt, war also keineswegs nur die Ansicht besonders reaktionärer Kreise in der NATO. In einer sprachlich abgeschwächten Form, in der der schwindende westliche Einfluß stärker herausgestellt und die direkte Bezugnahme auf Südafrika weniger deutlich gemacht wurde, werden diese Forderungen als Bericht des gesamten Militärkomitees zusammen mit einer Empfehlung der Nordatlantischen Versammlung bei ihrem Treffen in Bonn vorgelegt. In der angenommenen Empfehlung werden die Exekutivorgane der NATO aufgefordert, „a) die Emfpehlungen des Berichts des Unterausschusses des Militärkomitees über die sowjetische Seebedrohung zu studieren, b) SACLANT (oberstes Alliiertes Kommando Atlantik) die Bevollmächtigung zu erteilen, den Schutz der für die europäischen NATO-Staaten lebenswichtigen Schifffahrtslinien im Indischen Ozean und im Südatlantik zu planen, einschließlich Überwachung und Nachrichtenwesen" sowie einen 10-Jahresplan für den Ölbedarf der NATO zu erstellen und nach Wegen zur Vergrößerung gegenwärtiger Vorräte zu suchen.
Auf einer Ministerratssitzung in Brüssel 1973 wurde die geforderte Vollmacht erteilt; es werden somit jetzt Eventualpläne für einen NATO-Einsatz in den südlichen Ozeanen aufgestellt, die zweifelsohne Militäreinrichtungen in Südafrika einbezieht und an der die SAR über Großbritannien beteiligt sein dürfte.
Die Bundesregierung hat einen Zusammenhang der Planungen mit den Regimes im südlichen Afrika bestritten (22), obwohl man ja annehmen darf, daß sie die auf NATO-Tagungen vorgelegten Papiere kennt.
Durch die Aufstellung von Eventualplänen, die Errichtung von Nachrichtenverbindungen und die Erkundung der zur Verfügung stehenden Anlagen schafft sich die NATO die technischen Möglichkeiten, wenn dies einmal nötig sein sollte, in oder von Südafrika aus zu intervenieren. Die Schritte, die diese Möglichkeit schaffen, werden als „Schutz der Kap-Straße" propagandistisch gerechtfertigt, aber aus der NATO-internen Argumentation geht selbst hervor, daß „Schutz der Kap-Straße" das Code-Wort ist für die Aufrechterhaltung und Vergrößerung des NATO-Einflusses in den Küstenländern dieser „Straße".



Afrikakomitees sollen mundtot gemacht werden

Zu Beginn dieses Jahres mußte die Deutsche Afrika-Gesellschaft aufgelöst werden, da die Bundesregierung alle Gelder gestrichen hat. Die finanzielle Austrocknung durch die Einstellung der öffentlichen Haushaltsmittel ist nach Ansicht von Generalsekretär Habicht-Benthien auf den Druck des Auswärtigen Amtes zurückzuführen, dem die politische Linie der Afrika-Gesellschaft und ihre Zeitschrift „Afrika heute" seit langem zunehmend mißfallen hatte. In den ersten Jahren ihres Bestehens hatte die Gesellschaft unter ihrem Vorsitzenden, dem damaligen Bundespräsidenten Eugen Gerstenmaier, eine Politik betrieben, die mit der des auswärtigen Amtes praktisch identisch war. Als aber ein linksliberaler Vorstand gegen die südafrikanische Rassenpolitik Stellung bezog, wurden die Gelder knapper. Jetzt sind sie völlig gestrichen, ein lästiger Kritiker mundtot gemacht worden und das Ziel von Bundesregierung und Wirtschaft erreicht. Nicht anders geschieht es mit der Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA) in Bonn, die sich die Sammlung und Publizierung von Materialien und Informationen zum südlichen Afrika zum Ziel gesetzt hat. Die Gelder vom BMZ und der EKD für zahlreiche Projekte wurden gestrichen oder nicht mehr bewilligt, so daß die ISSA ihre hauptamtliche Kraft nicht mehr halten konnte. Neben finanziellem Austrocknen gibt es aber auch noch andere Methoden, lästigen Kritikern die Arbeit zu erschweren. MdB Lenelotte von Bothmer mußte (auf Druck der SPD) das AGM-Komitee (Komitee für Angola, Guinea und Mocambique) verlassen.
Das „Akafrik" (Aktionskomitee Afrika) Bielefeld wurde im Jannuar 75 zu früher Morgenstunde von 14 Polizisten durchsucht.
Über 400 westdeutsche Firmen ziehen Extraprofite aus der rassistischen Unterdrückung in Südafrika. Diese werden durch die Südafrikapolitik der Bundesregierung abgesichert. Wer darauf hinweist, daß diese Profite nur durch die Unterdrückung und Versklavung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit möglich werden, wird mundtot gemacht.

Anmerkungen

(1) Die Studie ist abgedruckt in „blätter des iz3w" Nr. 38 Sept. 74, S. 40–53 (Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, PF 5328.
(2) Alle Angaben nach: „Südafrika", Beilage zu Handelsblatt (= HB) 24. 10. 74; Republik Südafrika, Wirtschaftliche Entwicklung 1970/71 Marktinformation, Hg. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln 1972.
(3) Issa-Informationsdienst Südliches Afrika (= issa) Nr. 7/8/74 S. 26.
(4) Kursbuch 21, Berlin 1970.
(5) issa 7/8/74 S. 26.
(6) HB 25. 4. 74.
(7) HB 3. 7. 74.
(8) issa 3/4/73 S. 5.
(9) Financial Times 16. 10. 73.
(10) Republik Südafrika a.a.O., S. 128 ff.
(11) Fischer-Weltalmanach '75 S. 342.
(12) HB 15. 9. 73.
(13) Stand der Handelsabkommen, Beilage zu NfA, 9. 1. 75.
(14) blätter des iz3w, Nr. 30 S. 64 (vgl. auch issa, März 1975).
(15) NZZ, 14. 11. 74.
(16) Dokumentation Kulturabkommen, Hg. Amnesty International, Hamburg 1974.
(17) blätter des iz3w, Nr. 39 Nov. 74, S. 40.
(18) Südd. Zeitung, 26. 5. 74.
(19) blätter des iz3w Nr. 39, S. 41.
(20) FR 4. 5. 74.
(21) Alle Angaben aus der Gervasi-Studie (Fußn. 1).
(22) Staatssekretär Berkhan im Bundestag, 11. 7. 74.

Die MFA und der revolutionäre Prozeß in Portugal

Rosa Cravos

FORTSETZUNG VON SEITE 1

mandant Contreiras. „Die Dinge gingen sehr schnell. Jetzt übt bereits das Volk seine Kontrolle über diesen Prozeß aus. Vor allem an der Basis. Durch den Kampf in den Fabriken, durch die Gewerkschaften. Jetzt machen die einfachen Soldaten Vollversammlungen, auf denen sie sagen können, was sie wollen. Und die Soldaten sind mehr Volk als Militär."

Die Fortschritte der Basis

Dieser revolutionäre Prozeß, der sich – wie die Bewegung der Streitkräfte selbst – als „apartidario", als von den Parteien unabhängig versteht, findet seinen Ausdruck in den Arbeiterkommissionen der Industriebetriebe, in Bauern- und Landarbeiterkommissionen, die überall im Land entstanden sind. So bildeten etwa in Alemerim, einer kleinen Ortschaft in der Südprovinz Alentejo, 15 Eltern zusammen mit dem Vorsitzenden der Landarbeitergewerkschaft eine „Kommission zum Studium der Kinderprobleme". Fünfmal bat diese Kommission den Besitzer eines ungenutzten Palais von 30 Zimmern um Überlassung des Gebäudes, jedesmal vergebens. Daraufhin organisierte die Kommission die Besetzung des herrschaftlichen Hauses, zusammen mit 500 Bauern. Beim Besichtigen der prachtvollen Räume staunten die Bauern über diesen Wohlstand direkt neben ihren kargen Wohnungen. Einige warfen zornig den Hut auf den Boden und riefen: „Diese Diebe." Andere bildeten einen Sprechchor: „Nieder mit der Reaktion." Während der Zivilgouverneur der Provinz mit den Bauern über die künftige Verwendung des Gebäudes diskutierte, sagten die Offiziere von der MFA nichts. Sie hörten zu – sichtlich zufrieden. Später meinte ein Offizier: „Der Eigentümer wollte es nicht anders. Die Absichten der Bevölkerung sind gut, wenn auch die Methoden nicht orthodox sind. Aber das ist nach 48 Jahren Faschismus unvermeidlich ... und außerdem ist das der Kampf gegen den Kapitalismus."
Ohne das Land, ohne die Landbevölkerung, so schrieben die Offiziere in ihrer kleinen Zeitschrift, könne in Portugal eine revolutionäre Bewegung nicht siegen. „Die kulturellen Dynamisierungskampagnen", steht da, „zeigten sehr deutlich, wie sehr das Land von den Metropolen an der Küste kolonialisiert ist. Und zwar von den Großgrundbesitzern, an die dieses Land (...) verteilt wurde und die in den Küstenstädten ihre Hauptquartiere errichteten."

Der Widerspruch Stadt – Land

Die Überlegungen der portugiesischen Offiziere ähneln denen ihrer einstigen Gegner in den afrikanischen Befreiungsbewegungen: Auf die Ausbeutung durch die Küstenmetropolen gehe das Mißtrauen der Landbevölkerung gegenüber dem Städter zurück. Daher rühre auch das zuweilen feststellbare Unverständnis für die Kämpfe der Arbeiter in den Städten, die manchmal das Doppelte oder Dreifache der Landarbeiter verdienten. „Deshalb", so folgern die Offiziere der MFA, „muß ein großer Teil des Mehrwertes, den sich die Mitglieder der herrschenden Klassen aneignen, in erster Linie wieder dem Land zugeführt werden, um dort auf radikale Weise die Lebensbedingungen zu ändern. Sonst würde die Landbevölkerung die Gerechtigkeit der Revolution nicht verstehen und möglicherweise unter dem Druck der Reaktion (die nur den Verlust ihrer dicken Gewinne verhindern will) den revolutionären Prozeß zum Zurückweichen bringen."
Ein erster Schritt in diesem Umverteilungsprozeß wurde von der Landbevölkerung selbst eingeleitet: die Besetzungen von (meist unbenutzten) Landsitzen und von Großgrundbesitz. In Almerim wurde aus dem erwähnten Palais eine „Infanteria Popular", ein Kindergarten und eine Stätte für Vorschulerziehung.
Die Vertreter der Parteien (auch der linken) hatten eine Unterstützung der Besetzung abgelehnt. Die Dorfkommision hatte sich deshalb an einige Mitglieder der LUAR (Liga für vereinigte und revolutionäre Aktion, die schon vor dem 25. April 74 im Untergrund kämpfte) gewandt, die 40 Kilometer weiter nördlich in Alveiras da Cima bei der Besetzung eines anderen Landsitzes mitwirkte. Die Militärs von der MFA sichern solche Aktionen zwar ab, die Initiative dazu aber liegt bei der Bevölkerung.
Die Haus- und Landbesetzungen lösen in den Dörfern Konflikte und Diskussionen aus, die eine bessere Vorbereitung auf eine aktive Beteiligung am künftigen politischen Leben des Landes darstellen als jedes Parteiprogramm, das der Bevölkerung bei Wahlveranstaltungen in die Hand gedrückt wurde. Die Besetzung eines Landhauses und die Absicherung dieser Besetzung durch die MFA stellt für die Dorfbewohner die erste greifbare Veränderung der Machtverhältnisse dar. Zugleich weckt sie noch einmal die jahrzehntealten Ängste vor dem allmächtigen Großgrundbesitzer. Erst wenn es den weniger Ängstlichen gelungen ist, in der Diskussion die Befürchtungen eines Teiles der Dorfbewohner auszuräumen, ist die Macht des früheren Dorfherren wirklich besiegt.

Eine Hausbesetzung, ein eigenes Krankenhaus und ein Lernprozeß

Das kleine Dorf Alveiras da Cima hat über Nacht eines der schönsten Krankenhäuser der Gegend, das zugleich als Kindergarten und zur Altenbetreuung dient. Was weder die Gemeinde noch die Regierung in Lissabon auf absehbare Zeit hätten bezahlen können, haben die Bauern durch eine Hausbesetzung erreicht – eine Woche, nachdem die „Kulturelle Dynamisierungskampagne" der MFA in Alveiras stattgefunden hatte, wo zwar nicht über Hausbesetzungen, wohl aber über die katastrophale medizinische, schulische und sonstige kulturelle Versorgung der Bevölkerung gesprochen worden war. Der prächtige Landsitz war zuvor von seinen Eigentümern, einer Aristokratenfamilie in Lissabon, lediglich einige Male im Jahr als

Ist die Pressefreiheit in Portugal bedroht?

Bei ihrem Versuch, Portugal auf einen sozialdemokratischen Weg zu bringen, operiert die Führung der Sozialistischen Partei (PS) in verstärktem Maße mit der Parole von der drohenden „Links-Diktatur", womit sie konkret eine „Machtergreifung" der KP meint. Als Beweis dafür, daß diese Diktatur bereits unmittelbar vor der Tür stünde, wird von Mario Soares vor allem die angeblich akute Gefährdung der Presse- und Informationsfreiheit ins Feld geführt. Die PS-Führer werden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß die Kommunisten sich inzwischen nicht nur fast alle Zeitungen unter den Nagel gerissen hätten, sondern darüberhinaus auch an den Schalthebeln der wichtigsten Rundfunksender sowie des Fernsehens säßen.
Was ist nun eigentlich dran an der so lauthals verkündeten Bedrohung der Pressefreiheit? Beim Lesen der portugiesischen Zeitungen kann man freilich von einer solchen Bedrohung nichts entdecken, und auch nichts davon, daß die Presse von der KP gleichgeschaltet wäre. Selbst in den Blättern, in denen die Kommunisten ohne Zweifel einen maßgeblichen Einfluß haben, werden keineswegs nur KP-Meinungen veröffentlicht, und es findet auch keine Zensur statt. Im „O Seculo" z. B., der größten portugiesischen Tageszeitung, in deren Redaktion eine ganze Reihe von KP-Mitglieder sitzen, kommen sämtliche linke Parteien und Gruppen gleichberechtigt zu Wort – auch die PS. In der illustrierten Wochenzeitschrift des „Seculo" erschien erst kürzlich (am 10. 5. 75) ein fünfseitiges Interview mit Mario Soares. Gleiches gilt für die meisten großen Zeitungen und Zeitschriften. Allerdings findet sich in ihnen auch immer häufiger eine massive Kritik am sozialdemokratischen Kurs der PS-Führung, und diese Kritik kommt keineswegs nur von der KP; sie wird in oft sehr viel schärferer Form, als es die Kommunisten tun, vonseiten der anderen linken Organisationen geübt. Versteht die PS womöglich diese Kritik als Einschränkung der Pressefreiheit?
Nein, der PS-Führung paßt es nicht, daß sich in Portugal tatsächlich eine Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus vollzieht. Die Sache mit der bedrohten Pressefreiheit ist nur ein Vorwand. Die Propaganda mit dem Gespenst der linken Diktatur hat die Funktion, den Meinungsmachern der bürgerlichen Presse, vor allem aber den über die Entwicklung in Portugal „besorgten" westlichen Politikern und dem nicht weniger besorgten internationalen Kapital den notwendigen „Aufmacher" zu liefern für eine Kampagne zur „Rettung der portugiesischen Demokratie", sprich zur Verhinderung einer sozialistischen Alternative. Mit Soares als Gallionsfigur können denn auch bei uns in der BRD die in bewährter „Solidarität" zusammenstehenden Demokraten von CDU bis SPD gemeinsam Druck auf Portugal ausüben, um das Schlimmste zu verhindern ...
Angesichts dieser Kampagne, die in der bürgerlichen Presse der BRD seit langem auf Hochtouren läuft, ist es für die Linke eine der dringlichsten Aufgaben praktischer Solidarität mit dem portugiesischen Volk, eine breite Öffentlichkeitsarbeit zu entfalten, um die Bevölkerung über die wirklichen Ereignisse in Portugal zu unterrichten.

Partystätte benutzt worden. Die leidenschaftlichen Diskussionen, die das Dorf jetzt um dies Haus führt, behandeln sozusagen wie von selbst Themen wie „Feudalismus“ (wie waren die Besitzer ursprünglich zu dem Haus gekommen?) oder die „Gewaltfrage“ (war die Besetzung bisher nicht nur durch die Pistolen der Dorfpolizisten und die Maschinenpistolen der Republikanischen Garde verhindert worden?).

Der Kommission, die von der Dorfbevölkerung von Alveiras gewählt wurde und die Ärzte und Lehrer zu einer ersten Besichtigung des besetzten Landsitzes einlädt, gehören einige Mitglieder des Gemeinderates und einige der LUAR an. Die Mitglieder des neuen Gemeinderats waren nach dem 25. April 1974 zunächst in die Sozialistische Partei eingetreten, weil sie die erste antifaschistische Partei war, die sich im Dorf zeigte. Ein Großteil des Dorfes war dann ihrem Beispiel gefolgt. Später hatten viele die Partei wieder verlassen; nach dem Parteikongreß in Lissabon, der zur Abspaltung des linken Flügels geführt hatte. Auch hier folgte ein Teil des Dorfes wieder ihrem Beispiel. Die Besetzung des Landsitzes ist der erste politische Vorgang, für dessen Beurteilung die Bevölkerung nicht auf die Erfahrung des Bürgermeisters angewiesen ist, sondern sich auf die eigene Erfahrung verlassen kann.

„Jetzt brauchen wir unsere Frauen nicht mehr zur Entbindung im Auto nach Lissabon schaffen zu lassen“, sagt ein Bauer, „und vor dem Wartezimmer des Arztes in Vila Franca braucht man nicht mehr schon um zwei Uhr morgens Schlange zu stehen, bis man mittags drankommt.“ Eine Frau sagt: „Das ist ein Gewinn für uns. Aber hätte man die Hausbesitzer nicht vorher fragen sollen?“ Darauf ein Bauer: „Wenn wir gefragt hätten, hätten wir das Haus nie bekommen ...“ Zwischenruf der Frau: „Aber man sollte die Besitzer nicht wütend machen!“ Darauf der Mann: „Wie kann man von Wut reden, wenn die Besitzer sowieso nie da waren.“ Und dann: „Nur die Gewalt macht die Revolution, und wir sind hier, um die Revolution zu machen, eine gerechte Revolution, damit alle zu ihrem Recht kommen, dem Recht, das uns in der 48 Jahre andauernden Nacht vorenthalten wurde.“

Die Besitzer schickten ihren Rechtsvertreter, die MFA den 29-jährigen Hauptmann Matos Gomes, der zuvor auf Dynamisierungskampagnen im Norden in die Lebensverhältnisse der Landbevölkerung Einblick gewonnen hat. Bei den Verhandlungen wurde dann ein Mietpreis für den Landsitz festgelegt, der lediglich eine symbolische Funktion hat: ein Escudo (10 Pfennig) pro Tag. „Das ist ein revolutionärer Mietvertrag“, meinte Hauptmann Matos Gomes zu dem mit der Hand geschriebenen und von der Dorfkommission unterzeichneten Schriftstück.

Derartige Aussagen von Mitgliedern der MFA stehen im Widerspruch zu den Verlautbarungen der Sozialistischen Partei, die die Hausbesetzungen verurteilt und auch zu denen der Kommunistischen Partei, die die Umwandlung des Herrensitzes in ein Volkskrankenhaus zunächst für „abenteuerlich“ hielt. Sie werden von der Wirklichkeit widerlegt: heute vergeht in Portugal kein Tag, an dem nicht Ländereien, Häuser oder auch Fabriken besetzt werden.

Die Mobilisierung der Basis verändert die Machtverhältnisse

In einem Land wie Portugal, in dem sich derzeit die Verhältnisse schneller ändern als sie interpretiert werden können, orientiert sich die „Bewegung der Streitkräfte“ an der Praxis der Bevölkerung in den Fabriken und Dörfern und vergleicht sie mit ihrem eigenen, gleichfalls in der Praxis gewonnenen Demokratieverständnis. Was das künftige Portugal brauche, so kommentiert die MFA-Zeitung die Basis-Initiativen, sind „schon jetzt Strukturen, die eine Beteiligung der Bevölkerung auf allen Ebenen ermöglichen und die den Embryo eines neuen Typs politischer und ökonomischer Demokratie, regionaler und lokaler Verwaltung, darstellen.“

Ein besetzter Landsitz im Süden Portugals

Diese theoretischen Überlegungen der Offiziere wurden von der arbeitenden Bevölkerung auch dann in Praxis umgesetzt, wenn diese Praxis den kurz zuvor von den Militärs und einer der früheren Übergangsregierungen erlassenen Gesetzen widersprach. Trotz eines ersten, sehr einschränkenden Streikrechtes (dessen Erweiterung die Arbeiter auf Massenkundgebungen verlangen) wurde fast täglich gestreikt. Häufig waren es Streiks, die das „saneamento“, den „Entfaschisierungs“-Prozeß, in den Betrieben vorantreiben sollten. Also politische Streiks, die nach diesem Streikgesetz nicht erlaubt sind. Die Militärs ,die sich mit diesen Arbeitern auseinandersetzen mußten, sehen (wie viele Arbeiter) in den Buchstaben des Gesetzes lediglich die Fixierung der jeweiligen Machtverhältnisse – und die haben sich nach den gescheiterten Rechtsputschversuchen vom 28. September und 11. März entscheidend verändert.

Beispielhaft für diesen Prozeß war eine große Arbeiterdemonstration, die bereits am 7. Februar stattfand. Die Arbeiter repräsentierten eine Bewegung, die sich als von den Parteien unabhängig versteht. Die Demonstration war von den Arbeiterkomissionen organisiert worden, die sich in 37 Lissaboner Großbetrieben gebildet haben (wähl- und absetzbar nur durch die Arbeitervollversammlung). Die Demonstration, die sich gegen zunehmende Arbeitslosigkeit, die zu langsame „Entfaschisierung“ der Betriebe und die damaligen NATO-Manöver vor der Küste Portugals richtete, war im voraus von der provisorischen Regierung und auch von der MFA verurteilt worden. Der Zivilgouverneur von Lissabon (den Kommunisten nahestehend) hatte die Demonstration verboten. Doch schon nach den ersten Diskussionen zwischen Vertretern der Arbeiterkomissionen und Offizieren ließ die MFA durchblicken, daß sie die Demonstration dulden würde. Als dann die 20 000 Arbeiter die Avenida da Libertade zum amerikanischen Generalkonsulat hinaufliefen, traten die Soldaten, die den Auftrag hatten, das Gebäude abzuriegeln, den Arbeitern entgegen, nicht aber, um sie zurückzudrängen, sondern um mit ihnen gemeinsam zu demonstrieren. An die Adresse der Parteien hatte es im Demonstrationsaufruf geheißen: „Die politischen Organisationen, die diese Initiative unterstützen wollen, können dies mit Kommuniques tun. Auf der Demonstration sollen sie jedoch von eigenen Parolen und Transparenten absehen.“

Eine politische Armee

Aus dem breits über ein Jahr andauernden dialektischen Verhältnis Volk – Bewegung der Streitkräfte haben viele Offiziere die Erkenntnis gewonnen, daß die portugiesische Armee nicht mehr zum „Professionalismus“ zurückkehren kann, nicht mehr unpolitisch sein darf, und daß, wer eine unpolitische Armee fordert, dabei vergißt, daß es keine außerhalb der Politik stehende Streitkräfte gibt und geben kann. „Vor allem in Ländern, die Erfahrung mit konterrevolutionärer Kriegsführung, sei es durch einen Kolonialkrieg oder interne Repression haben“, schreibt das „Boletim“ der MFA, „beginnen die Militärs sich davon zu überzeugen, daß die Funktion der Streitkräfte nicht von politischen Absichten getrennt werden kann. An die Stelle der Theorie des internationalen Konfliktes tritt die des sozialen Konfliktes. Diese Wandlung, begleitet von der Einsicht in die Notwendigkeit einer Restrukturierung des Militärapparates, um diesen seiner politischen Funktion und Verantwortlichkeit anzupassen, ist eine Erscheinung, die sich in den Streitkräften einiger unterentwickelter Länder gleichermaßen feststellen läßt.“ Diese Entwicklung werde von der traditionellen zivilen Macht der westlichen Gesellschaft als Bedrohung empfunden, schreibt die MFA und fährt fort: „Dies liegt zum großen Teil am Klassencharakter der zivilen politischen Macht in diesen Gesellschaften. Eine militärische Institution, die sich der gesellschaftlichen Realitäten politisch bewußt und deshalb bereit ist, sich auf die Seite der unterprivilegiertesten Klassen zu stellen – mit ihrer Unterstützung und als Inhaberin der Waffengewalt –, stellt in der Tat eine mächtige Bedrohung bestimmter Interessen und einer bestimmten zivilen Macht dar.“

Basisarbeit innerhalb der Streitkräfte

Die Wahlen haben keine Klärung der Machtverhältnisse in dem Sinne gebracht, daß auf parlamentarische Weise ein deutlicher Trennungsstrich zwischen Regierung und Opposition gezogen worden wäre. Die Opposition gegen den revolutionären Prozeß wird weiterhin nur in den Momenten der konkreten Konteroffensive offen auftreten, ansonsten aber versuchen, mit Hilfe des Wahlergebnisses, d. h. der „Aufteilung“ der Bevölkerung in verschiedene Wählergruppen zu arbeiten. Sie wird sich dabei besonders des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums zu bedienen versuchen, das – wie die ersten etwas detaillierteren Wahlanalysen zeigen – vornehmlich PPD und PS gewählt hat. Die Sozialistische Partei – revolutionär „legitimiert“ durch jenen Teil ihrer Anhängerschaft, der zwar Anti-KP, aber für den Sozialismus gestimmt hat – bietet durch ihr kleinbürgerlich-opportunistisches Wählerpotential eventuell jenem Teil der Streitkräfte einen Ansatzhebel, dem der revolutionäre Prozeß, wie ihn die MFA eingeleitet hat, bereits jetzt zu weit geht. Diese innerhalb der Streitkräfte durchaus stark vertretene Tendenz bezeichnet sich als „demokratisch“ und sie hat bereits mehrfach versucht, durch Flugblätter Anhänger zu gewinnen. Sie wird sich auf die elektoralistische Legitimation eines Parteiführers wie Mario Soares beziehen und diese Legitimation gegen die MFA auszuspielen versuchen.

Die Bewegung der Streitkräfte ist bemüht, gerade auch Offiziere dieser Tendenz stärker in ihre Arbeit einzubeziehen, um ihre Basis in der Armee zu erweitern und um möglichen Versuchen des rechten Flügels der Sozialistischen Partei, von hier aus die Revolutionsbewegung abzubremsen, zuvorzukommen. Ein Teil dieser Arbeit besteht darin, die wenig politisierten Offiziere mit Aufgaben im Zuge der Kulturellen Dynamisierungskampagnen zu betrauen,

„denn der direkte Kontakt mit der Bevölkerung hat uns am ehesten gezeigt, was die Leute wirklich wollen“ ‚sagte ein Hauptmann, der gleichzeitig das Lissaboner „Institut für Militärfragen“ auf eine neue Aufgabe vorbereitet: hier, wo früher der Koordinationsausschuß der MFA und der Revolutionsrat tagten, sollen jetzt Offiziere aus den Militärregionen der Provinz zu politischen Diskussionen mit Angehörigen Lissaboner Einheiten eingeladen werden. Offiziere im portugiesischen Hinterland und vor allem im Norden waren bisher zu sehr von der politischen Diskussion in Lissabon getrennt. „Wir hatten Verbindung mit ihnen“, sagt der Hauptmann, „aber sie bestand lediglich in der Übermittlung militärischer Anweisungen.“ Um zu vermeiden, daß die Diskussion ins Uferlose geht „wie bei den Studentenversammlungen“, wird im Mittelpunkt stets eine praktisch zu lösenden Aufgabe stehen. Beispielsweise berichten Offiziere aus dem Leichten Artillerieregiment Nr. 1, dem bekannten RAL 1, das am 11. März beschossen wurde, über ihre Erfahrungen mit der revolutionären Disziplin in ihrer Einheit. Das RAL 1, das als zuversässigste Einheit der MFA gilt, ist hier am weitesten vorran. So wurde die Trennung zwischen Offiziers – und Mannschaftsmesse aufgehoben. „Es wird also die Praxis diskutiert, nicht die Linie einer bestimmten Partei.“

Wichtiger Nebeneffekt der Diskussion ist die Gewöhnung der Offiziere an Gruppenarbeit, eine Voraussetzung für den Abbau autoritärer Strukturen. Auch das ist ein Zeichen für das Gelingen des Revolutionsprozesses seit einem Jahr: daß Hunderte von Offizieren, Hauptleuten, Leutnants, Sergeanten seit Monaten tags und oft nachts in Gruppen arbeiten, ohne daß es zu irrationalen Front- und Cliquenbildungen gekommen wäre. Im Gegenteil: nach den Versammlungen wirken die Beteiligten gelöst, entspannt, unternehmungslustig. „Wenn die Sitzungen trotz aller scharfen Auseinandersetzungen nicht so laufen würden, wäre schon längst alles zusammengebrochen“, meint ein Beteiligter dazu. Er würde sich wünschen, daß die verschiedenen linken Gruppen, deren Arbeit er für den Revolutionsprozeß für unabdingbar hält, zu einer ähnlichen Zusammenarbeit kämen: „Die MES (Bewegung der Sozialistischen Linken) hat in ihren Reihen viele theoretisch bewanderte Leute, während die LUAR längst nicht so theoretisch-analytisch ist, dafür aber viele Ideen bringt, die von der Bevölkerung in revolutionäre Aktionen umgesetzt werden. Es wäre gut, wenn diese Gruppen enger zusammenarbeiten würden.“

Was für ein Sozialismus?

Mit den Wahlen hatte die MFA ein beträchtliches Risiko auf sich genommen: das eines Sieges der Rechten oder der rechten Mitte. Gewiß, mit dem „Pakt“ hatte sie sich abgesichert und 90 Prozent der Wähler stimmten für die Parteien der Regierungskoalition. Diese Wahlen, die die Mitglieder des Revolutionsrates als eine „pädagogische Übung“, als einen „Versuch“ bezeichneten, waren ein Lehrstück in Volksabstimmung: ein deutliches Zeichen dafür, daß die Portugiesen das Experiment des Sozialismus „auf portugiesisch“ weiter zu verfolgen gedenken.

Die Linke, eingeschlossen die Sozialistische Partei, konnte 58 Prozent der Stimmen für sich buchen. Gewiß, man muß sich vor Vergleichen hüten, aber die Volksfront Allendes kam mit nur 33 Prozent der Stimmen an die Macht. Und Griechenland, das während des zweiten Weltkrieges lange Zeit einen bewaffneten Kampf für die nationale Unabhängigkeit führte, wählte nach der Ablösung des Obristen-Regimes zunächst einmal massiv rechts.

In den kommenden Wochen wird – wenn die Rechte nicht mit Hilfe bestimmter Parteipolitiker dies aufzuhalten versuchen wird – mit einer Beschleunigung des revolutionären Prozesses zu rechnen sein. Einerseits dürften die Initiativen aus der Bevölkerung noch zahlreicher werden. Die Frage der Betriebs- und Produktionskontrolle in den Unternehmen wird noch intensiver diskutiert werden. Um so mehr, als die Kommunistische Partei in noch geringerem Maße als vor den Wahlen Gehör finden wird, wenn sie Versuche unternimmt, sich der kämpferischen Dynamik und der Entfaltung der Basisinitiativen zu widersetzen. Links von der KP stehende Zivilisten und Militärs werden der außerordentlichen Organisationsfähigkeit dieser Partei sicher etwas weniger fasziniert gegenüberstehen.

Mehr und deutlicher denn je wird sich in der MFA die Frage stellen, welchen Sozialismus Portugal braucht. Dabei wird die MFA, die der Parteispitze der PS mißtraut, auch die Frage einer zivilen politischen Massenbewegung diskutieren, die sich an der Basis, an deren wichtigsten Initiativen in den Betrieben und auf den Dörfern orientiert. Währenddessen versucht der Generalsekretär der KP, Alvaro Cunhal, wenigstens eine Art Volksfront der linken Parteihauptquartiere zustandezubringen.

Weiter wird sich die Frage des Staatskapitalismus stellen, der sowohl für einen Teil der KP-Wählerschaft wie für einen Teil der kleinbürgerlichen PS-Wähler, der sich vor „revolutionärem Chaos“, vor „Experimenten“ fürchtet, aufgrund seiner Garantie von Sicherheit und Ordnung akzeptabel, wenn nicht wünschenswert erscheint.

Natürlich hängt diese Entwicklung auch von der Haltung ab, die die LUAR (die, nach den Worten von Brigadegeneral Otelo de Carvalho teilweise bewaffnet wurde), die revolutionären Brigaden PRB-BR, die FSP (eine linke Abspaltung der SP), die MES und jener Teil der Demokratischen Volksbewegung MDP, der nicht auf Linie der KP liegt, einnehmen werden.

Arbeiter- und Soldatenräte in Portugal

Anläßlich des 1. nationalen Kongresses der Revolutionsräte der Arbeitern und Soldaten, der am 18./19. April in Lissabon stattfand, erschien in der portugiesischen Wochenzeitung „Expresso“ ein Interview mit Teilnehmern dieses Kongresses, aus dem wir die nachfolgenden Auszüge veröffentlichen. Der vollständige Text dieses Interviews ist in der Portugal-Broschüre enthalten, die das SB Anfang Juni herausbringt (siehe Ankündigung Seite 23).

Ein Arbeiter: Die Revolutionsräte sind Organe der Klassen, gewählt von der Klasse. Sie setzen sich aus drei Elementen zusammen: den Arbeitern, den Soldaten und Matrosen und den revolutionären Offizieren. Politisch gesehen befinden wir uns augenblicklich in einer Sackgasse. Es wurde der sozialistische Weg gewählt, aber wir treten dabei auf der Stelle. Wir sind uns weiterhin im unklaren, welche Richtung das ganze einnehmen wird. Die Räte sind in dieser Situation eine Antwort der Klasse, die die Notwendigkeit sieht, sich selbständig zu organisieren.

Ein Soldat: Die Revolutionsräte entstehen als Arbeitermacht im Gegensatz zur bürgerlichen Macht.

Expresso: Wo entstehen sie?

Ein Soldat: Sie entstehen in den Fabriken, in den Betrieben, auf lokaler Ebene und innerhalb der militärischen Einheiten. Dieser Prozeß schreitet voran und es werden bereits Revolutionsräte innerhalb der Wohnbezirke geschaffen.

Expresso: Wer kann an dem Kongreß teilnehmen?

Ein Arbeiter: Der Kongreß steht allen offen, die an ihm teilnehmen wollen. Angefangen bei den Genossen Fischern, über die Bauern, die Land- und Industrie-Arbeiter bis hin zu den Soldaten, ganz unabhängig von der Partei, der sie unter Umständen angehören. Was die Parteien betrifft, so glauben wir, daß heute keine Partei existiert, die sich Partei der Arbeiterklasse nennen könnte. Wir glauben sogar, daß eine solche Partei solange nicht existiert, wie sie die Arbeiterklasse lediglich vertritt. Wir sind überzeugt, daß eine revolutionäre Partei im Dienst der Klasse stehen muß. Bei dieser Partei wird es jedoch die Klasse selbst sein, die diejenigen, die diese Partei in Zukunft bilden werden, bevollmächtigt. Wir werden es niemals zulassen, daß Parteiführungen die Basis kontrollieren und fesseln. Wir glauben, daß die Revolutionsräte in ihrer Weiterentwicklung den Keim dieser Partei der Arbeiterklasse bilden werden. Aus ihnen wird die zukünftige Revolutionspartei, wie wir sie uns vorstellen, hervorgehen.

Expresso: Wie werden die Räte in den Kasernen funktionieren?

Ein Soldat: Nach dem 25. April gab es auch in den Kasernen einen Mobilisierungsprozeß, bei dem es zunächst um materielle Forderungen und Verbesserungen ging. Früher oder später wurden diese Forderungen erfüllt. Wir glauben, daß in diesem Moment das Problem materieller Forderungen nicht so wichtig ist. Im Vordergrund steht jetzt das Problem der Macht. Die Revolutionsräte entstehen innerhalb der Kasernen als Ausdruck der Macht der Soldaten im Gegensatz zum Kommando der Einheiten. Parallel dazu entsteht auf der Ebene der Betriebe die Arbeitermacht im Gegensatz zur Macht der Betriebsverwaltungen usw. Wesentlich dabei ist jetzt für die Soldaten, daß sie die Forderung nach der Machtübernahme konkret stellen. Diese Forderung führt zwangsläufig zu einer Neustrukturierung der Einheiten. Es ist uns völlig klar, daß die Mehrzahl der Kommandierenden der Einheiten im entscheidenden Moment eine ihrer Klassenzugehörigkeit entsprechende Option treffen werden.

Expresso: Was ist in diesem Moment das Ergebnis der Aktivitäten der Arbeiterkommissionen in den Betrieben? Worin bestehen die Schwierigkeiten?

Ein Arbeiter: Um klar zu machen, worum es geht, möchte ich betonen, daß angesichts der augenblicklichen politischen Situation die Revolutionsräte für die Arbeitermassen der einzige Ausweg sind. Eine Alternative angesichts der politischen Blockierung, die wir in diesem Moment erleben und angesichts derer niemand sagen kann, daß er effektiv die politische Macht in Händen hält. Die Macht ist zu sehr aufgespalten. Sie wird geteilt mit Kapitalisten und verschiedenen reformistischen Tendenzen, die zwar sagen, daß sie für die Arbeiterklasse eintreten, in Wirklichkeit aber keine Politik für die Klasse betreiben. Die Revolutionsräte haben deshalb in diesem Augenblick vor allem die Funktion, die Überwindung dieser Blockierung zu provozieren. Sie entstehen angesichts der Notwendigkeit, die für die Klasse und die Arbeitermassen besteht, sich zu organisieren und sich auf die Verteidigung gegen den Putsch vorzubereiten, den das Bürgertum unter allen Umständen irgendwann versuchen wird. In ihrer ersten Phase werden die Revolutionsräte defensiv erscheinen. Mit ihrer Weiterentwicklung innerhalb der politischen Perspektiven, die sie sich setzen werden, werden sie zu einer Kraft heranwachsen, die imstande sein wird, sich der bürgerlichen Macht zu widersetzen und Wege zur Machtübernahme zu eröffnen.

Wenn Armeen putschen

Die Rolle des Militärs in der Politik war früher ein Gegenstand der Diskussion nur für diejenigen, die sich für Gegenden wie Lateinamerika interessierten, wo sie, weiß Gott, immer noch ein aktuelles Thema ist. Heute ist klar, daß die Frage uns alle angeht. Wenn das Militär von sich aus in die Politik eingreift, ist das immer ein Zeichen der Krise. Es ist ein Symptom des gesellschaftlichen und politischen Versagens. In entwickelten Ländern ist es ein Symptom des Zusammenbruchs des normalen politischen Lebens oder ein Zeichen dafür, daß der Status quo zersetzendem oder revolutionärem Druck nicht mehr standhalten kann. In der Dritten Welt ist es ein ziemlich zuverlässiges Symptom einer unvollständigen oder verhinderten Revolution. Nun, heute sind wir selbst in manchen entwickelten Ländern in solch einer Situation des Zusammenbruchs, möglicherweise sogar hier in England. Es wird oft davon ausgegangen – vor allem auf der Linken –, daß die militärische Intervention, und hier vor allem deren dramatischte und erfolgreichste Form, der Militärputsch, stets nur in einer einzigen politischen Richtung verläuft: nach rechts. Das ist nicht der Fall. Militärische Staatsstreiche gibt es in allen Größen und Gestalten, nicht allein in der offen konterrevolutionären.

Die beiden jüngsten Coups, die den Zeitungslesern am geläufigsten sein dürften, sind der chilenische und der portugiesische. Ihr politischer Charakter ist offensichtlich sehr verschieden, wie immer die portugiesische Entwicklung auf lange Sicht weitergehen wird. Der eine Militärputsch hat alle Parteien und Gewerkschaften verboten, Aktivisten der Linken niedergemetzelt und eingesperrt und scheint von einer ständestaatlich-faschistischen Ideologie inspiriert zu sein. Der andere hat die Parteien und Kommunisten in die Regierung gebracht, praktisch die einzigen Kommunisten, die heute in irgendeinem nichtsozialistischen Land Regierungsverantwortung tragen.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, lassen Sie mich einen Gemeinplatz wiederholen: die meisten Armeen werden, wenn sie überhaupt intervenieren, zumeist eher gegen als für eine Revolution in die Politik eingreifen. Die meisten Armeen neigen dazu, für Labour- oder fortschrittliche Regierungen nicht viel übrig zu haben.

Manche Leute meinen, dies habe zu bedeuten, daß keine Labour- oder fortschrittliche Regierung etwas tun kann, um eine sozialistische Veränderung auf friedlichem und verfassungsmäßigem Wege zustande zu bringen, denn wenn sie es versucht, wird die Armee es nicht zulassen. Auf der anderen Seite wird gesagt, das einzige, was eine solche Regierung tun könne, sei die Mobilisierung des Volkes für eine revolutionäre Auseinandersetzung mit den Streitkräften, was auf dasselbe hinauskommt. Ich will hier nicht die vielfältigen und schwierigen Probleme des Übergangs zum Sozialismus diskutieren. Ich möchte nur sagen, daß alle Massenbewegungen der Arbeiter in der nichtsozialistischen Welt, die ich kenne, vor dem Problem der Koexistenz mit den Streitkräften stehen. Dasselbe gilt für alle Labour- und fortschrittlichen Regierungen, die es ebenfalls meistens mit ihnen nicht gewogenen Streitkräften zu tun haben. Sie müssen mit ihnen leben. Und das Hauptproblem, das vor uns liegt, ist, diese Situation zu verstehen. Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen.

Meine erste Bemerkung ist entmutigend, aber unbestreitbar wahr. Unter normalen Umständen reicht die Armee in praktisch jedem Staat durchaus dazu aus, um Unruhen und Aufstände niederzuschlagen oder jedenfalls nicht von ihnen besiegt zu werden. Das gilt, solange keine revolutionäre oder pararevolutionäre Situation besteht, in der die Einheit der Streitkräfte und der herrschenden Klasse, die sie befehligt, entscheidend unterminiert ist. Unter bestimmten Bedingungen können die von den Aufständischen gebildeten bewaffneten Verbände sich halten oder sogar vorrücken. Mir sind freilich keine Beispiele aus jüngerer Zeit bekannt, in denen Guerillaaufstände dieser Art erfolgreich waren, wenn nicht zwei Faktoren bestanden: erstens, daß es sich beim Gegner um einen Fremden handelt (nach Rasse, Sprache, Religion oder einer anderen allgemeinen anerkannten Kategorie), und zweitens, daß eine Grenze zu einem befreundeten Land besteht, über die der Nachschub und der Rückzug möglich ist. Aber auch unter optimalen Bedingungen ist es selten, daß der Gegner mit ausschließlich militärischen Mitteln besiegt werden kann. Es ist so selten, daß wir diesen Fall ignorieren können.

Die Politik entscheidet

Das Ziel auch des längeranhaltenden Guerillakrieges ist, was immer die offiziellen Theorien besagen mögen, nicht militärisch, sondern politisch: Bedingungen schaffen, unter denen der Wille des Gegners, den Kampf fortzusetzen, gebrochen wird, nicht weil seine Truppen ihre physische Überlegenheit verloren haben, sondern weil sie einem politischen Zerfall ausgesetzt sind. Das kann durch die Krisen und Spaltungen innerhalb ihrer herrschenden Klasse geschehen, oder – wie im Fall des ausländischen Imperialismus – weil der innenpolitische Preis für die Fortsetzung des Kampfes zu hoch ist. Das erste ist in China und Kuba geschehen, das zweite in Algerien, in Vietnam, in Portugiesisch-Afrika und es könnte auch in Irland geschehen. In diesen Fällen ist die militärische Mobilisierung natürlich oft sehr bedeutend. Normalerweise muß das aber nicht sein. Die britische Armee, die in der ersten Phase der Chartistenbewegung (1839) im Norden für Ruhe sorgte, zählte 5000 Mann, und auf dem Höhepunkt des Chartismus 1842 überstieg sie im ganzen Land nicht 10 000 Mann. Die chilenischen Einheiten, die 1973 geputscht haben, waren vermutlich nicht stärker als 90 000 Mann, in einem Land mit elf Millionen Einwohnern und einer Längenausdehnung von über 4000 km.

Ich sage das, um die revolutionäre Romantik der Barrikaden, Bomben und tragbaren Raketen zu entmystifizieren, wie sie jetzt en vogue ist. Barrikaden haben niemals eine große militärische Bedeutung gehabt.

Engels hat einmal bemerkt (im Licht der 1848er Revolution), es sei „eine evidente Tatsache, daß die Desorganisation der Armeen und die gänzliche Lösung der Disziplin sowohl Bedingung wie Resultat jeder bisher siegreichen Revolution war". (Engels an Marx, 26. September 1851). Wir müssen das nicht wörtlich akzeptieren, um den wahren Kern in dieser Beobachtung zu erkennen. Der entscheidende Faktor in Revolutionen ist nicht militärisch, sondern politisch. Wenn die politischen Bedingungen stimmen, sind die militärischen leichter zu handhaben.

Meine Argumentation läuft bis jetzt darauf hinaus, daß die Streitkräfte, sogar recht kleine und nicht besonders tüchtige Streitkräfte, nicht einfach in die Bedeutungslosigkeit gewünscht werden können. In revolutionären Situationen können sie weniger wirksam und weniger entscheidend sein, denn solche Situationen sind nach Lenins Worten nicht nur von einem Zusammenbruch der normalen Fügsamkeit der Massen und einer Zunahme ihrer unabhängigen Aktivität gekennzeichnet, sondern auch durch etwas anderes – und Lenin erwähnt das weit oben in seiner Aufzählung –, durch „eine Krise in der einen oder anderen Form innerhalb der ‚oberen Klassen', eine Krise in der Politik der herrschenden Klasse, die Reibungen hervorruft". Das beeinflußt die Kräfte der Unterdrückung und kann zu ihrer Lähmung führen. Aber man sollte diese Kräfte nicht unterschätzen. Die Tupamaros in Uruguay, die eine sehr ernsthafte Gruppe von Berufsrevolutionären waren, hielten sich für sehr stark, weil sie sich der normalen Polizei unter normalen politischen Umständen als mehr oder weniger gewachsen erwiesen. Aber sobald die Armee außerhalb des normalen gesetzlichen Rahmens intervenierte, entdeckten die Tupamaros schnell die Grenzen ihrer eigenen Kräfte. Soweit man weiß, gibt es die Tupamaros noch immer, aber niemand hat von ihren Aktivitäten viel gehört, seitdem die Armee die Macht ergriffen hat.

Natürlich können wir der Frage ausweichen, indem wir sagen, es sei eben die Aufgabe von Sozialisten, revolutionäre Bedingungen zu schaffen, unter denen das Problem der Streitkräfte weniger schwer zu lösen ist. Aber erstens haben schon eine ganze Reihe revolutionärer Bewegungen die revolutionäre Situation falsch eingeschätzt, zu ihrem Schaden, wie meine Illustrationen gezeigt haben. Vielleicht, so möchte ich meinen, weil sie zu viel Vertrauen in die Schaffung oder jedenfalls Beschleunigung revolutionärer Bedingungen durch die eigene Aktion gesetzt haben. Und zweitens leben wir in einem Land, das zu einer sehr wichtigen Gruppe von Ländern gehört, in denen revolutionäre Bedingungen des russischen Typs oder des chinesischen Typs sehr unwahrscheinlich sind. Situationen des ökonomischen und politischen Zusammenbruchs könnten hier, wenn überhaupt, eher konterrevolutionäre Situationen herbeiführen, wie etwa in Deutschland in der Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir mit Hilfe einer anderen Art von Strategie zum Sozialismus kommen müssen. Und während wir das tun, werden wir mit dem Militär zu rechnen haben.

Zur Politik der Streitkräfte

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft die Politik der Streitkräfte beziehungsweise des Offizierskorps (ich werde mich auf diese beschränken, denn die Politik der Polizei ist ein wenig anders). Es gibt Länder, die die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft haben, so daß nicht nur die Offiziere, sondern auch die Mannschaften Berufssoldaten sind. Ich erwähne das, denn dieser Umstand hat große politische Bedeutung. Sozialisten haben stets eine traditionelle Vorliebe für Armeen von Zivilisten in Uniform gehabt – sie sind also für die allgemeine Wehrpflicht –, weil von diesen vernünftigerweise erwartet werden kann, daß sie reagieren wie Zivilisten. Das tun sie auch. Das entscheidende Beispiel dafür ist die Niederlage des französischen Offizierscoups in Algerien von 1961, der sich vor allem deshalb nicht durchsetzen konnte, weil die Mannschaften der Zivilregierung in Paris gegenüber loyal blieben, also gegenüber General de Gaulle, als dieser sich an sie wandte. (Daß die Soldaten Transistorradios hatten, machte es besonders schwer, sie von der Regierung abzuschneiden.)

Ein anderes in die Augen springendes Beispiel ist der Vietnamkrieg. Amerikanische Konservative haben ganz richtig darauf hingewiesen, daß es ein grundlegender

Fehler war, diesen Krieg mit Wehrpflichtigen zu führen. Nun ist auch eine Berufsarmee nicht immun gegenüber den Appellen der Zivilbevölkerung. Aber ohne Zweifel ist eine Berufsarmee leichter zu isolieren, vor allem, wenn sie – wie heute – einen annehmbaren Sold statt des traditionellen Bettels bekommt. Je mehr eine Armee zu einer Ansammlung spezialisierter und gutbezahlter Elitetruppen wird – Fallschirmjäger sind ein gutes Beispiel dafür –, desto weniger wird sie zu „zivilen" Reaktionen neigen.

Zum dritten möchte ich darauf hinweisen, daß die Armee in politisch stabilen Gesellschaften im allgemeinen der verfassungsmäßigen Regierung loyal gegenübersteht (ich spreche nicht von Ländern, in denen der Militärputsch zum täglichen Leben gehört). Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen, aber die Tatsache als solche steht fest. Es wird oft gesagt, daß die bewaffnete Macht niemals eine größere gesellschaftliche Veränderung dulden würde, also etwa eine Regierung, die den Übergang zum Sozialismus herbeiführen will. Das mag richtig sein, aber bevor wir übereilt diesen Schluß ziehen, sollten wir eines bedenken: was eine „größere gesellschaftliche Veränderung" ausmacht, ist eine sehr subjektive Angelegenheit.

Es hat Armeen gegeben, die sich im Angesicht sozialer und politischer Veränderungen ruhig verhalten haben, die ihre Offiziere (und die Bourgeoisie) ganz gewiß mit Entsetzen, Abscheu und Angst erfüllten, so etwa die französische Volksfront von 1936 (ich weiß schon, daß diese Angst nicht gerechtfertigt war, aber das war nicht die Meinung der französischen Mittelklassen jener Zeit). Andererseits haben Armeen angesichts relativ gemäßigter politischer Entwicklungen revoltiert, wie etwa der spanischen Volksfront von 1936. Heute stürzen die Militärs Regierungen, die weit entfernt vom Sozialismus sind.

Die Streitkräfte haben im allgemeinen nur unter einigen wenigen ganz bestimmten Umständen aus eigenem Interesse und gegen die Regierung gehandelt. Ich möchte darunter die folgenden anführen:

a) Wenn der normale politische Ablauf aus einem oder dem anderen Grund zusammenbricht. Ich möchte dies nicht im einzelnen ausführen, aber es ist ein echtes Gefahrensignal, daß das klassische System bürgerlich-demokratischer Politik in seinen traditionellen Hochburgen wie etwa Großbritannien Anzeichen des Zusammenbruchs zeigt. Zum erstenmal kann eine militärische Intervention in Ländern wie unserem nicht mehr völlig ins Reich des politisch Unmöglichen verwiesen werden. Wenn eine solche Entwicklung in eine Zeit der gesellschaftlichen Krise fällt, ist das Risiko noch höher. Und es wird noch größer, wenn die Bedingungen des politischen Zusammenbruchs sich mit der zweiten Situation vereinigen., nämlich

b) wenn die spezifischen Interessen und tiefverwurzelten Gefühle der Armee als Berufsgruppe von einer Regierung offensichtlich gefährdet und verletzt werden. Das Standardbeispiel ist das einer Armee – vorzüglich einer, deren Selbstvertrauen bereits angeschlagen ist –, die in einem Krieg kämpft, der ihrer Meinung nach von der Zivilregierung total falsch geführt wird. Die Staatsstreiche der französischen Armee 1958 und 1961 wurden von einer Truppe gemacht, die davon überzeugt war, daß die Zivilisten den algerischen Krieg ebenso wie zuvor den vietnamesischen Krieg vermasselt hatten, einen Krieg, der, wenn diese Inkompetenz und Halbherzigkeit nicht wäre, gewonnen werden könnte. Die deutsche Armee versuchte 1944 einen Coup, weil sie wußte, daß der Krieg verloren war und zu einem völligen Desaster führen müßte, wenn er weiterhin im Sinne Hitlers geführt würde. Auch die portugiesische Armee hat eindeutig deshalb rebelliert, weil sie die Regierung dafür verantwortlich machte, das Heer in einen nicht gewinnbaren Krieg verwickelt zu haben, für den schließlich die Truppe den Vorwurf einzustecken hatte. Wenn es hier in England das Risiko einer militärischen Intervention gibt, dann wird es in erster Linie aus einer sehr ähnlichen Reaktion der britischen Armee kommen: gegen die Hilflosigkeit, Halbherzigkeit und allgemeine Mißwirtschaft von seiten der kurzsichtigen Zivilisten in Ulster. Es wäre nicht das erstemal, daß die irische Frage eine Krise der britischen Politik herbeigeführt hätte.

Hüterin von Recht und Ordnung

c) Wenn das, was man „Recht und Ordnung" nennt, zusammenbricht. „Law and order" ist vermutlich die mächtigste konservative Losung, die es gibt, und alle Streitkräfte sind von der Definition her ebenso wie aus eigener Vorliebe konservative Institutionen. Aber die Lösung ist deshalb so mächtig, weil sie zwei ganz unterschiedliche Gedanken zu einem einzigen Ganzen zusammenfügt, einem Ganzen, das schwer zu trennen ist: die Tatsache, daß die meisten Menschen sich gegenüber Umständen, die man gemeinhin Chaos und Unordnung nennen könnte, verwirrt, unsicher, bedroht und angstvoll fühlen, und zweitens, daß die Bedingungen eines geordneten Lebens in stabilen Gesellschaften zufälligerweise die Bedingungen einer bestimmten Form der Klassenherrschaft sind. Wer unter britischen Umständen „Law and order" wünscht, will kapitalistisches Recht und kapitalistische Ordnung. Wer sie in der UdSSR will, unterstützt die sowjetische Regierung.

Aber das Entscheidende ist, daß nicht notwendigerweise die Forde- die Forderung nach „Ordnung" rung nach kapitalistischer Ordnung ist, es sei denn, sie wird von Kapitalisten aufgestellt. Für die meisten Menschen, einschließlich sehr vieler Arbeiter, ist sie einfach die Angst vor vermeidbarer Unsicherheit, vor Ungewißheit, allgemeinem Chaos und Zusammenbruch. Natürlich setzt sich diese Forderung nicht immer durch.

d) Die vielleicht gefährlichste Situation: Armeen können intervenieren, wenn von ihnen erwartet wird, politisch Partei zu ergreifen. Die chilenische Situation scheint mir dies zu illustrieren. Es gibt keinen echten Zweifel daran, daß die chilenischen Streitkräfte zu Anfang der verfassungsmäßigen Regierung relativ loyal gegenübergestanden sind. Tatsächlich wäre ohne ihre Loyalität Allende 1970 nie an die Macht gekommen, nämlich ohne die Niederschlagung der rechtsgerichteten Offiziere, die putschen wollten. Es gibt auch keinen Zweifel, daß die Kommandeure durch eine lange Zeit der raschen und drastischen Veränderungen loyal geblieben sind, durchgeführt von einer Regierung, die aus ihrer Absicht kein Hehl machte, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Sicher war früher oder später eine Auseinandersetzung wahrscheinlich. Alle Revolutionen haben früher oder später die alten Armeen abgeschafft und neue geschaffen, und wenn Allende das getan hätte, wäre es zu Schwierigkeiten gekommen. Aber es gab keinen Grund, das innerhalb der nächsten drei Jahre zu erwarten. Was die Armee zu einer konterrevolutionären Kraft machte, war die Entfremdung riesiger Teile der ursprünglich neutralen oder sogar vage sympathisierenden Mittelschichten gegenüber Allendes Regime. Die Streitkräfte waren auf einmal nicht nur dazu da, um die Ordnung aufrechtzuerhalten im Namen einer verfassungsmäßigen Regierung, mit der sie einverstanden sein mochten oder auch nicht. Von ihnen wurde jetzt erwartet, aktiv die Politik dieser Regierung durchzuführen, das heißt in einem zutiefst gespaltenen Land für eine Seite Partei zu ergreifen. Es ist nicht überraschend, daß sie, vor die Wahl gestellt, sich auf jene Seite schlug, mit der die meisten Offiziere sympathisierten, und nicht auf die andere.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine militärische Intervention in Europa eher zugunsten der Rechten erfolgen würde. Schließlich, daß solche Interventionen infolge der allgemeinen Krise des bürgerlich-demokratischen Herrschaftssystems weniger unwahrscheinlich geworden sind. Man kann nicht bestreiten, daß die beliebteste Formel zur Verteidigung des Kapitalismus heute nicht so wie in den dreißiger Jahren der Faschismus ist, sondern eher eine Verwaltung durch Technokraten, die durch eine Militärdiktatur von allen Hemmungen befreit sind – die griechische oder brasilianische Formel. Welche Mittel haben wir gegen diese Möglichkeit?

Nicht die kindische Spielerei mit Bomben und Gewehren. Doch es gibt zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, die die Grenzen einer militärischen Intervention aufzeigen. Es handelt sich um Argentinien und Ulster. Im ersten Fall hat sich ein 1955 etabliertes Militärregime auf lange Sicht nicht halten können, weil es ganz und gar unfähig war, eine starke und organisierte Massenbewegung mit Wurzeln in der organisierten Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung zu zerstören: den Peronismus.

Im zweiten Fall war ein Generalstreik der protestantischen Arbeiter so machtvoll, daß die Armee selbst gegen die Intervention riet und, als sie dennoch einschritt, damit keinen großen Erfolg hatte. Ich spreche nicht über die politische Farbe dieser seltsamen Arbeiterbewegungen – die der peronistischen ist sehr umstritten, die der Orangemen ist leider nur allzu eindeutig.

Aber wenn die Arbeiterklasse einem Eingreifen der Armee widerstehen oder es hoffentlich überhaupt verhindern soll, dann muß sie stark sein, sie muß einig und diszipliniert sein. Sie muß bereit zum Handeln sein und sie muß – ich wiederhole das –, sie muß das Einverständnis, wenn nicht die aktive Unterstützung der Mehrheit der übrigen Bevölkerung besitzen.

E. J. HOBSBAWM

organisation

Kurzinformationen des SB

Im Zuge der Organisierung des SB haben sich inzwischen bereits mehrere Regionen konstituiert und u. a. **Kontaktadressen** festgelegt, zu denen Interessenten aus der jeweiligen Region Verbindung aufnehmen können, ohne den Umweg über das Offenbacher Büro machen zu müssen. Da die Organisierung regionaler Arbeitsgruppen des SB erst im Anfangsstadium steht, sind die nachfolgenden Adressen keineswegs vollständig und zum Teil auch eher vorläufig. Es ist beabsichtigt, diese Adressenliste nach und nach zu ergänzen und evtl. im Herbst ein SB-Informationsblatt herauszugeben, das dann auch ein möglichst vollständiges Verzeichnis von Kontaktadressen aller Regionen und der SB- bzw. SZ-Gruppen in den größeren Städten enthält. Hier nun die erste vorläufige und noch unvollständige Adressenzusammenstellung:

●

Region West-Berlin: SB-Initiative, c/o Das Politische Buch, 1 Berlin 15, Lietzenburgerstr. 99
Region Nord: noch keine Adresse
Region Niedersachsen: Arbeitsgruppe SB Hannover, c/o Soak, 3 Hannover, Am Taubenfelde 30, Telefon 0511/17618
Region Ostwestfalen: Bärbel Meurer, 48 Bielefeld, Dorotheenstr. 26, Telefon 0521/66386; SB-Gruppe Bielefeld, 48 Bielefeld, Siechenmarschstr. 23, Telefon 0521/68684; Münster c/o Peter-Ulrich Hein, 44 Münster, Edith-Stein-Str. 8; Osnabrück c/o Dieter Otten, 45 Osnabrück, Herderstr. 3, Telefon 0541/430377
Region Ruhrgebiet/Siegerland: Bochum c/o Ulrich Seifert, 463 Bochum, Auf dem Backenberg 13, Telefon 0234/703279; Duisburg c/o SZ-Duisburg, 41 Duisburg, Siegstr. 15, Telefon 02131/340083; Dortmund c/o Jürgen Heinze, 46 Dortmund, Nordstr. 37, Telefon 0231/812978 ;Essen c/o Herbert Querfurt, 43 Essen, Alexanderstr. 39, Telefon 02141/778484; Gelsenkirchen c/o Willi Scherer, 465 Gelsenkirchen, Overwegstr. 16, Telefon 02322/23806; Siegerland c/o Manfred König, 591 Kreuztal 5, Mottenbachstr. 11, Telefon 0271/45135
Region Rheinland: Hermann Koch, 5216 Niederkassel 3, In der Aue 19a, Telefon 02208/4397
Region Nordhessen: Kassel c/o Ulrich Restat, 35 Kassel, Kirchweg 68, Telefon 0561/18629
Region Rhein-Main: Buchladen Verlag 2000 GmbH, 6 Frankfurt, Jügelstr. 1 Studentenhaus, Telefon 0611/775082
Region Baden/Pfalz: ISZ Heidelberg/Mannheim, c/o Mario Damolin, 69 Heidelberg, Burgweg 9–11, Telefon 06221/26935
Region Stuttgart/Württemberg: Sozialistisches Regionalbüro, 7 Stuttgart 1, Neckarstr. 178, Telefon 0711/264345
Region Südbayern: Sozialistisches Zentrum München, 8 München 2, Lindwurmstr. 101 (Rückgebäude)
Anfragen zu Regionen, die in dieser Adressenliste noch nicht verzeichnet sind und soweit sie die verschiedenen zentralen Arbeitsfelder und Projekte des SB betreffen sind zu richten an Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postf. 591, Telefon 0611/832593.

●

Wir hatten das **„express-plakat" zum 1. Mai** rechtzeitig Anfang April im „express" und in „links" angekündigt. Leider sind nur wenige Vorbestellungen gekommen, und erst nachdem das „express-plakat" über den Versand mit den Zeitungen bekannt wurde, wurde es massenhaft bestellt. Das hat dazu geführt, obwohl wir insgesamt eine Auflage von 150 000 Stück gedruckt haben, daß die meisten Bestellungen erheblich reduziert werden mußten oder auch, weil es einfach bis zum 1. Mai zeitlich nicht mehr gelangt hat, nicht mehr ausgeführt werden konnten. Das ist besonders auch deshalb schade, weil, soweit wir im SB auf das „express-plakat" eine Resonanz erhalten haben, diese im großen und ganzen positiv war. Bei zukünftigen derartigen Aktionen müssen wir gemeinsam versuchen, zu einer genaueren Bedarfsplanung zu kommen, denn einerseits wollen wir natürlich den örtlichen und regionalen Bedarf weitestgehend decken, aber andererseits müssen wir schon aus Kostengründen darauf achten, daß wir nicht über den Bedarf hinaus produzieren.

●

Vom 1. bis 4. Mai 1974 trafen sich etwa 45 Vertreter verschiedener AKS- und SB-Sozialarbeitergruppen zu einer Arbeitstagung in Schnakenburg/Elbe, um **Konzeption und Arbeitsweise des Arbeitsfeldes Sozialarbeit im SB** sowie die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte zu diskutieren. Wesentliches Diskussionsergebnis der Tagung war die gemeinsame Erkenntnis, daß die Arbeitsfeld-Organisationsform des SB den Interessen und den Problemen in der Arbeit von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen angemessen ist. Dabei läßt sich im gegenwärtigen Stadium die überregionale Zusammenarbeit am Info Sozialarbeit eher herstellen als die ebenfalls als notwendig erachtete berufsübergreifende Zusammenarbeit im lokalen Zusammenhang. Auch ergeben sich Schwierigkeiten für den Sozialbereich, eine aktive Politik im SB-Zusammenhang so zu entwikkeln, daß dies Konsequenzen für die weiteren Arbeitsfelder und den Betriebs- und Gewerkschaftsbereich sowie die zentralen Publikationsorgane hätte. In der Erkenntnis dieser Probleme liegt allerdings auch eine Chance für ihre Überwindung. – Die Arbeitspapiere und die Protokolle zu diesem Arbeitsseminar werden in den nächsten Wochen zusammengestellt und können beim Redaktionskollektiv des Info Sozialarbeit über das Sozialistische Büro angefordert werden. – Für die nächste Zeitspanne sind folgende Arbeitsseminare geplant: 6.–8. Juni in Hamburg „Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit"; 14.–16. November in Kassel „Arbeitsfeld Sozialarbeit im SB"; 30. 1.–1. 2. 1976 in Siegen „Die Ausbildungssituation von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen".
Folgende nächsten Infos Sozialarbeit sind geplant: ■ Stadtteilbezogene Sozialarbeit ■ Jugendarbeit ■ Ausbildung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen.

●

Nach etwa einjähriger intensiver Diskussion bzw. auch sporadischer Mitarbeit von insgesamt 13 verschiedenen lokalen Lehrergruppen (Westberlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Bielefeld, Dortmund, Aachen, Frankfurt, Heidelberg, Würzburg, Stuttgart, München) liegt jetzt zur kommenden Mitgliederversammlung des SLB (Sozialistischen Lehrerbund im SB) am 7./8. Juni 1975 der **Entwurf** der SLB-Info-Redaktion für **„Thesen zur Situation und Aufgabe sozialistischer Lehrer"** vor. Der Entwurf kann gegen Voreinsendung von DM 2,– vom SB bezogen werden. – Die weitere Diskussion und Bearbeitung des Entwurfs soll nun zügig vorangetrieben werden, so daß diese SLB-Thesen im Herbst dieses Jahres über die Ausgabe 23 des SLB-Info einem größeren Interessentenkreis besonders im Arbeitsbereich Erziehung/Schule zugänglich gemacht werden können. – Ein weiteres Thema der SLB-Mitgliederversammlung vom 7./8. Juni ist die politische Praxis von Sozialisten in der GEW.

●

Der **SLB-Info 22** bringt unter dem Schwerpunktthema „Schulpraktikum" Berichte von Studenten, Mentoren, Tutoren in dem großen Schulpraktikum in Göttingen. Außerdem: Die GEW ein Jahr nach Mainz – wohin geht die GEW nach dem außerordentlichen Bundeskongreß in Köln? (Lieferung gegen Voreinsendung von DM 3,– in Briefmarken über SB.)

●

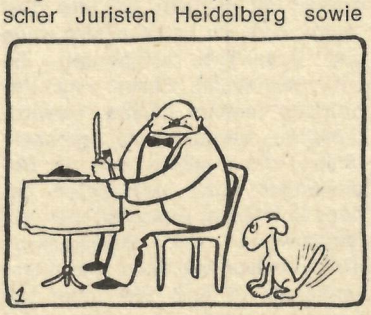
Mitglieder der Gruppe sozialistischer Juristen Heidelberg sowie Sozialarbeiterstudenten haben eine **Dokumentation zum Mannheimer „Gefängnisskandal"** zusammengestellt (siehe auch Kommentar hierzu in dieser „links"). In der ca. 150 Seiten starken Broschüre mit umfangreichem Bild- und Dokumentenmaterial werden sowohl die besonderen Vorfälle in Mannheim geschildert als auch die alltägliche Situation im Mannheimer Knast beschrieben, die exemplarisch für die Situation in den Strafanstalten allgemein ist, heißen sie nun „Klüngelpütz", „Glocke" oder „Landes". Die Broschüre wird gegenwärtig produziert und kann gegen Voreinsendung von DM 7,– vom SB bezogen werden.

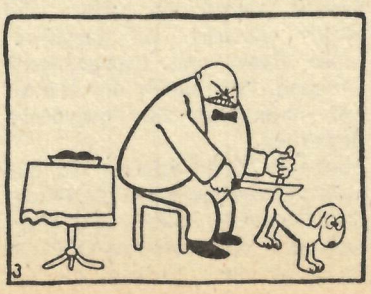
●

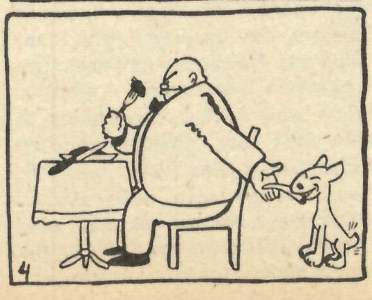
Im Rahmen der SB-Arbeitsgruppentagung im Februar in Sprendlingen trafen sich auch Genossinnen und Genossen verschiedener **Zeitschriften- und Buchproduktionen.** Bei diesem ersten Informationsgespräch wurde vereinbart, am 14./15. Juni 1975 eine Arbeitstagung durchzuführen, auf der Probleme und Möglichkeiten von Kommunikation, Koordination und Kooperation einander nahestehender Publikationen diskutiert werden sollen. Weitere Informationen hierzu über die Koordinationsadresse Ulrich Single, 6451 Bruchköbel 1, Fritz-Schubert-Ring 28, Telefon 06181/73783.

●

In der SB-Broschürenreihe Internationale Solidarität ist jetzt das Heft 8, Jürgen Eckl, **Klassenkampf in Chile,** 200 Seiten, erschienen. Diese Arbeit versucht, den chilenischen Prozeß mit seinen Schwierigkeiten und Möglichkeiten, seinen Erfolgen und Schwächen zu verarbeiten und so die Gründe für eine Niederlage zu bestimmen, die das Umstrittene am „chilenischen Weg zum Sozialismus" mit aller Schärfe zur Diskussion gestellt hat. Der vorläufige Höhepunkt der Klassenkämpfe in Chile unter der Unidad Popular wird vor dem Hintergrund eines historischen Bezugsrahmens analysiert, der verdeutlicht, daß die Eingliederung Chiles in das kapitalistische Weltsystem von Anbeginn durch die Unterentwicklung des Landes gekennzeichnet war. In einem Exkurs über die Struktur des abhängigen Kapitalismus soll hierzu der theo-







retische Begründungszusammenhang gegeben werden. Auf die Situation nach dem Putsch vom 11. September 1973 wird in einem Nachtrag eingegangen. Die Broschüre kann gegen Voreinsendung von DM 10,– vom SB bezogen werden.

●

Weiterhin wird in den nächsten Tagen in der Reihe Internationale Solidarität das Heft 9, eine Portugal-Broschüre, erscheinen: **Portugal auf dem Weg zum Sozialismus?** – Analyse und Dokumente, ca. 150 Seiten. Die in dieser Broschüre zusammengestellten Beiträge sollen einen möglichst umfassenden und differenzierten Einblick in die Entwicklung vermitteln, die sich in Portugal seit dem 25. April 1974 vollzieht. Neben einer Analyse der ökonomischen und sozialen Ausgangsbedingungen enthält sie vor allem Dokumente zur Geschichte und aktuellen Rolle der Bewegung der Streitkräfte sowie zum Kampf der Arbeiter und Bauern und zu deren autonomen Organisationsansätzen. Außerdem werden die Reaktion der bürgerlichen Presse in der BRD sowie die Gegenoffensive des internationalen und vor allem des westdeutschen Kapitals auf den portugiesischen Prozeß untersucht. Die Broschüre kann gegen Voreinsendung von DM 7,– vom SB bezogen werden.

●

Aus dem **Arbeiter-SolidaritätsFonds** des SB wurden in jüngster Zeit zwei Spendenbeträge zur solidarischen Unterstützung für Kollegen in ihrem berechtigten Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt. An die streikenden Zementwerker in Erwitte wurden DM 2000,– und an die Kollegen bei Stübbe in Kalletal DM 500,– überwiesen. Ausführliche Berichte über die Kämpfe beider Belegschaften enthalten die „express"-Ausgaben 2, 4 und 5/1975. Spenden für den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds sind zu überweisen an Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros, 605 Offenbach, Girokonto bei Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach Nr. 17413263-11; das Postscheckkonto der Bank lautet: Postscheckamt Frankfurt Nr. 172480-600.

●

Unter SB-Kurzinformationen in der April-Ausgabe „links" haben wir auf eine **Adressenfälschung** mit einem „links"-Stempel hingewiesen. Inzwischen wurden zwei weitere Adressenfälschungen festgestellt, die sich gegen das SB richten – in einem Fall wurden unter der Absenderangabe „Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591" Raubdrucke verschickt „Clausewitz: Kleine Schriften vom Kriege" (280 Seiten, hellblauer Umschlag, broschiert, herausgegeben Zürich 1973). Das Vorwort zu diesem Raubdruck solidarisiert sich mit der RAF etc. und grenzt sich von Positionen wie sie das SB und der überwiegende Teil der Linken vertreten eindeutig ab. – Im zweiten Fall wurde ein Pamphlet verschickt, in dem eine „Revolutionäre Zelle" die Verantwortung für die Bombenanschläge vom 1. Mai in Mainz, Ludwigshafen und Berlin übernimmt. Die Umschläge, in denen dies verschickt wurde, tragen die gefälschte Absenderangabe „Klaus Vack, Werbegesellschaft, 605 Offenbach 4, Postfach 591". – Da diese Adressenfälschungen natürlich anonym abgewickelt werden, haben wir keine Möglichkeiten, etwas dagegen zu unternehmen. Es liegt zwar auf der Hand, daß es sich hierbei eindeutig um gegen das SB gerichtete Provokationen handelt, aber angesichts der verwirrten Szene können Vermutungen darüber ,aus welcher politischen Ecke diese Adressenfälschungen kommen, nur spekulativ sein. Wenn wir an dieser Stelle wiederum auf diese Adressenfälschungen eingehen, so vor allem deshalb, um auch für zukünftige Zweifelsfälle klarzumachen, daß vom Sozialistischen Büro bzw. im SB-Zusammenhang derartige Aussendungen weder abgewickelt noch gedeckt werden. Es kann also, sollten sich solche Vorgänge wiederholen, grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß es sich um Fälschungen handelt, mit denen das SB nicht im geringsten etwas zu tun hat.

Erste Tagung des Arbeitskreises Emanzipation und Frauenarbeit

Am 19./20. April fanden sich etwa 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Dalle bei Hannover ein, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit im Problembereich Emanzipation und Frauenarbeit zu besprechen. Die Notwendigkeit der Initiierung eines solchen Treffens wurde von zahlreichen sb-Mitgliedern während der Arbeitsgruppentagungen in Harheim sowie Sprendlingen (November 74 bzw. Februar 75) betont. Viele von ihnen bezogen sich dabei auf das regional artikulierte Unbehagen an den sb-Thesen, die in ihrer Erstfassung nur in wenigen Sätzen das Emanzipationsthema allgemein aufgriffen, in der zweiten Fassung diese Thematik ganz aussparten, dafür das spezifische Problem der Unterdrückung der Frau aufnahmen, jedoch nur bezogen auf den Produktions- nicht auf den Reproduktionsbereich.

Die Zielsetzung für das Arbeitstreffen in Dalle umfaßte zum einen die Klärung des Stellenwertes des Koordinationskreises im Zusammenhang des Organisationsprozesses des sb, zum anderen die Verständigung über inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Vorgeschlagen waren folgende Themen:

– Allgemeine Bedingungsanalysen des Verhältnisses von kollektiver zu individueller Emanzipation, besonders im Hinblick auf die Erfahrungen in den Arbeitsfeldern Betrieb und Gewerkschaft sowie kommunaler Bereich.

– Spezifische Analysen zur Frauenbewegung und Frauenarbeit.

Eine kurze Vorstellung der angereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer (u. a. aus Berlin, Bielefeld, Frankfurt, Göttingen, Hamburg, Hannover, Heidelberg) ergab, daß der Großteil aus studentischem Milieu kam. Möglicherweise waren Berufstätige durch die lange Anreise schon aus zeitlichen Gründen verhindert. Nur einige wenige der Anwesenden gaben an, bisher nicht in den verschiedenen Arbeitsfeldern des sb vertreten zu sein, sie äußerten lediglich ein Informationsinteresse.

In der sich an die Vorstellung anschließenden Plenumsdiskussion ergaben sich kontroverse Standpunkte zum Emanzipationsbegriff und zum politischen Stellenwert der Emanzipationsdebatte überhaupt. Die studentischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten überwiegend die Notwendigkeit, den Emanzipationsanspruch weit zu fassen und zunächst die Bedingungen zu analysieren, die eine breite Mitarbeit, insbesondere von Frauen, in politischen Gruppen verhindern. Eine solche Analyse müsse auch und insbesondere die Aufarbeitung der Arbeitsstrukturen in den verschiedenen Feldern und Regionalgruppen im sb umfassen. Diese Emanzipationsvorstellung wiesen einige wenige Teilnehmerinnen, die durchweg nicht aus dem studentischen Bereich, sondern etablierten Berufsverhältnissen kamen, mit der Begründung zurück, daß sie als bloße Vorphase einer sozialistischen Arbeit zu begreifen sei, da sie sich primär auf Selbstveränderung richte. An erster Stelle erhofften sie sich von der Arbeitstagung, daß die gemeinsame politische Zielvorstellung diskutiert und sodann praktisch politische bzw. analytische Arbeitsschritte entwickelt würden, die sich insbesondere auf die Arbeit mit Frauen in Betrieb und Berufsfeld beziehen. Diese konkrete Zielsetzung konnte im Verlauf der Tagung allein deshalb nicht aufgenommen werden, weil nicht genügend Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer über einen entsprechenden Erfahrungshintergrund verfügten.

Aus Diskussionen ergab sich im folgenden jedoch ein Konsens darüber, daß für viele eine Motivation für politische Arbeit im sb solange nicht vorhanden sein kann, als die Bedingungen für eine solche Arbeit, nämlich Motivierbarkeit, Artikulations- und Durchsetzungsfähigkeit, Lösung aus autoritären Abhängigkeitsverhältnissen usw. nicht gegeben sind. Es wäre ein nicht wieder gut zu machender Fehler, wollte man die Vielzahl dieser Hemmnisse einfach ignorieren; es würde sich dann wieder das einspielen, was viele Gruppen leider auszeichnet: Die Zentralisierung der Arbeit in den Händen einiger weniger Persönlichkeiten und die sporadische Mitarbeit einer Vielzahl permanent frustrierter, jederzeit absprungbereiter Mitläufer.

Auf der Grundlage dieser Übereinstimmung wurde beschlossen, Unterarbeitsgruppen zu dem Thema: „Verhältnis individueller zu kollektiver Emanzipation" zu bilden. In diesen Gruppen sollte der Stellenwert des Emanzipationsproblems für sozialistische Arbeit geklärt werden ,indem Erfahrungen ausgetauscht werden sollten über Versuche, autoritäre Strukturen in den gemischten politischen Gruppen aufzubrechen und kollektive Lernprozesse darüber zu vermitteln, wie alternative Verkehrsformen mit inhaltlicher politischer Arbeit zu verknüpfen sind. Darüber hinaus fand sich ein Theoriearbeitskreis zusammen, in dem die spezifische Rolle der Frau im Reproduktionssektor diskutiert wurde. Dabei ging es darum, analytische Ansätze zu erarbeiten, mit Hilfe derer die besondere gesellschaftliche Produktionsfunktion der in das vermeintlich Private abgeschobenen Arbeiten in der Familie erfaßt werden kann.

Als Ergebnis der Arbeitstagung kann folgendes festgehalten werden: Die Teilnehmer schlagen übereinstimmend die Bildung lokaler, arbeitsfeldbezogener, aber diese übergreifende Gruppen (auch Männer erwünscht!) vor, in denen versucht werden soll, die Vermittlung individueller und kollektiver Emanzipation praktisch umzusetzen,

– zum einen über die Diskussion der erfahrenen Strukturen in den Berufs- und Arbeitsfeldern, der Vermittlung je individueller, aber verallgemeinerbarer Lernprozesse usw.

– Zum anderen über die theoretische Aufarbeitung von Problemen aus dem Themenkomplex Emanzipation und Frauenarbeit (gesellschaftliche Funktion der Kleinfamilie, Frauenbewegung usw.),

– sowie über die Aufnahme der Thesendiskussion.

Der überregionale Arbeitskreis „Emanzipation und Frauenarbeit" soll eine feste Einrichtung werden und Koordinationsfunktion für die auf lokaler und regionaler Ebene erarbeiteten Standpunkte und Einschätzungen erhalten. Mittelfristig soll über diesen Arbeitskreis ermöglicht werden, die angesprochene Thematik in „links" verstärkt aufzugreifen und Frauen in stärkerem Maße als bisher für eine Arbeit in den überregionalen Gremien des sb zu gewinnen.

Termin für ein zweites Treffen des Arbeitskreises ist der 11./12. Oktober, Tagungsort wird voraussichtlich Kassel sein.

Interessentinnen und Interessenten für eine Mitarbeit (eine stärkere Mitarbeit halten wir unbedingt für notwendig) mögen sich an Anna Burkert- Engelhard, 69 Heidelberg, Blumenstr. 15, wenden. Dies ist zugleich die Kontaktadresse für den Rundbrief des Arbeitskreises, dessen erste Nummer die Protokolle des Treffens in Dalle enthalten wird und der zwischen den überregionalen Treffen Ort der Kommunikation und Information sein soll.

HEIDE ERD-KÜCHLER
EVA SENGHAAS-KNOBLOCH

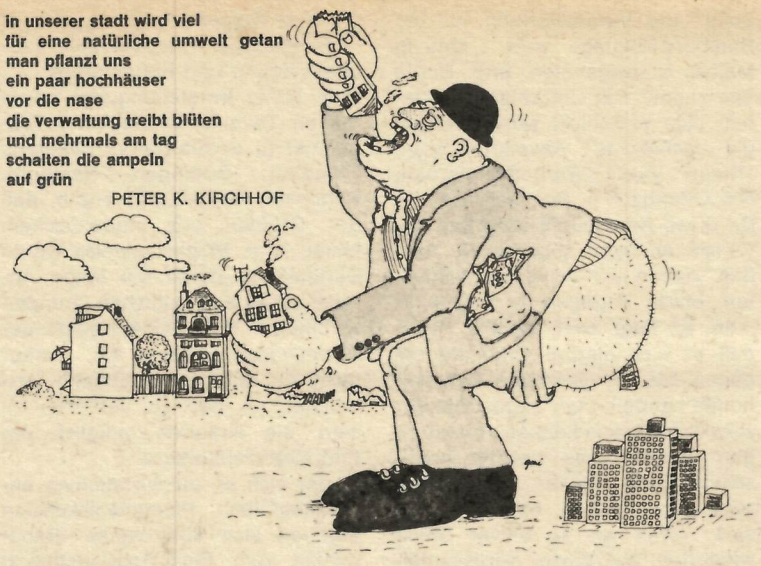
Stadtteilarbeit in Stuttgart

Das SZ Stuttgart hat nach gründlichen Diskussionen beschlossen, den Kommunalwahlkampf des „Parteifreien Bündnisses“ Eugen Eberles zu unterstützen. Eugen Eberle, früher Mitglied der KPD und Betriebsratsvorsitzender bei Bosch und Mitglied im Hauptvorstand der IG Metall, wird seit 26 Jahren von der Stuttgarter Bevölkerung immer wieder mit sehr hohen Stimmanteilen in den Gemeinderat gewählt. Das „Parteifreie Bündnis“ war der Versuch Eberles und seiner politischen Freunde, die linken und fortschrittlichen Kräfte der Stadt zumindest im kommunalen Bereich zu sammeln. An den früheren Bündnissen beteiligte sich z. B. die DFU ,die Sozialistische Linke, für kurze Zeit auch eine dem KABD nahestehende Gruppe. Mit der Gründung der DKP machten deren Profilierungsversuche die frühere Zusammenarbeit zunichte.
Zur Gemeinderatswahl am 20. 4. kandidierten neben den bürgerlichen Parteien CDU, SPD, FDP, NPD auch sogenannte „unabhängige“, jedoch bürgerliche Listen und außerdem im linken Spektrum neben dem „Bündnis“ die DKP und KPD. Zu wählen waren 60 Stadträte. Der Wähler konnte seine 60 Stimmen häufen, d. h., einem Kondidaten 1, 2 oder 3 Stimmen geben und darüberhinaus Kandidaten einer anderen Liste herüberholen, z. B. auf der SPD-Liste bestimmte Kandidaten streichen und durch Kandidaten einer anderen Liste ersetzen. Dieses System ist zwar kompliziert aber es wurde reichlich Gebrauch davon gemacht. Deshalb wollen es die Parteiapparate, vor allem auf Betreiben der SPD, abschaffen.
Das „Parteifreie Bündnis“ hat im Wahlkampf ein halbes Dutzend Stadtteilflugblätter bzw. -zeitungen herausgegeben und darüberhinaus in größerer Auflage zwei Zeitungen, die nach der Wahl weiter erscheinen sollen. Inhaltlich ging es vor allem darum, an den konkreten Erfahrungen der Bevölkerung und ihren Problemen anzusetzen, z. B. dadurch, daß für Bürgerinitiativen Artikulationsmöglichkeiten geschaffen wurden (durch Flugblätter und Zeitungen), durch Betonung außerparlamentarischer Aktivitäten (nicht irgendwelche Anliegen an die Parlamentarier delegieren, sondern selbst in die Hand nehmen) und durch Darstellung der Politik der großen Fraktionen und der Interessenverfilzung.
Das am Wahlkampfinteresse mobilisierte Potential soll für den Aufbau von zwei oder drei Stadtteilgruppen genutzt werden — einerseits, um ein „Abschneiden“ der gewählten Gemeinderäte von der Basis zu verhindern, andererseits, um im Reproduktionssektor tragfähige und bereichsorientierte Stützpunkte aufzubauen.
Das „Parteifreie Bündnis“ und der kommunale Arbeitskreis im SZ werden ihre Zusammenarbeit verstärken: vierteljährlich soll eine kommunale Zeitung erscheinen, die Öffentlichkeitsarbeit soll intensiviert werden, und in zwei oder drei Stadtteilen sollen bestehende Arbeitsansätze zu einer kontinuierlichen Stadtteilarbeit ausgebaut werden.

PETER GROHMANN

Ein Blick auf die Wahlergebnisse in Stuttgart

CDU 40,7, SPD 36,2, FDP 10,6, Bürgerliche 5,6, Parteifreies Bündnis 2,8, Umweltschutz 1,7, DKP 1,4, NPD 0,7, KPD 0,2 Prozent,
Das Parteifreie Bündnis erreichte in einigen Stadtteilen überdurchschnittliche Ergebnisse: so in den inneren Stadtbezirken Ost 3,1. Süd 3,4, West 3,3 und Mitte 3,6 Prozent, in den äußeren Stadtbezirken Feuerbach 4,1, Freiberg 4,1, Neugereut 4,4 und Weilimdorf 3,8 Prozent. Hier wurde der Wahlkampf mit Stadtteilarbeit verbunden. Das Ergebnis für das „Parteifreie Bündnis“ setzt sich aus 2,0 Prozent direkten tSimmen und 0,8 Prozent panaschierten Stimmen (Stimmanteile aus anderen Wahlvorschlägen) zusammen. Der Großteil der 0,8-Prozent-Stimmen kommt von SPD-Wählern.



Spendenaufruf des Merve-Kollektivs

Genossinnen und Genossen, Euch ist vielleicht aufgefallen, daß der Merve Verlag seit einigen Monaten nichts mehr produziert hat. Um auf die Frage eines Genossen „Seid Ihr krank, faul, oder ist was mit Euch los?“ zu antworten: Es ist was mit uns los. Wir haben nach fünf Jahren kollektiver Verlagsarbeit und einer Produktion von 69 Titeln immer noch Lust weiterzumachen! Allerdings haben wir auch einige Vorstellungen darüber, in welcher Weise sich künftig die inhaltlichen Schwerpunkte verschieben und die Vermittlungsebene ändern müßte. Als nächste Texte planen wir 1. eine Diskussion über die von den italienischen Metallgewerkschaften erkämpften 150 Stunden Bildungsurlaub — ein Text, der den Ansatz der Manifesto-Hochschul-Thesen über das Verhältnis von arbeiten und lernen weiterführt und für die aktuelle Gewerkschaftsarbeit in der BRD sehr wichtig ist; 2. einen II. Band über die Neue Linke in Ungarn, die ähnliche Positionen vertritt wie hier das SB; 3. einen Text von Rancière, der am Beispiel Althusser den auch hier grassierenden akademisierten Marxismus angreift; 4. einen Text von Lévy-Leblond über Ideologie der bzw. in den Naturwissenschaften. Aber was uns fehlt, um diese Pläne zu realisieren, ist Geld.
Wir haben den Verlag ohne Kredite oder andere finanzielle Unterstützung von außen gegründet und aufgebaut. Seit der Entstehung des Verlags 1970 hat sich die politische Situation verändert, nicht zu unserem Vorteil. Dogmatisierung und Provinzialisierung machen eine kritische internationale Diskussion schwieriger. Das hat auch ökonomische Konsequenzen für uns: Wir legen jeweils 2500—3000 Exemplare pro Titel auf (niedrigere Auflagen würden höhere Preise bedeuten, weil wir Autoren- und Übersetzungshonorare bezahlen müssen). Einige Autoren (Rossanda, Colletti, Godelier, Poulantzas, Della Volpe), die wir erstmalig ins Deutsche übersetzt haben, sind im Laufe der Jahre in ihrer Relevanz erkannt worden — jetzt profitieren davon bürgerliche Verlage.
Dazu kamen im letzten Jahr die enormen Papierpreissteigerungen und die wachsenden Druckkosten. Diese Schwierigkeiten haben uns jetzt an den Punkt gebracht, daß wir die gerade erschienene Broschüre zum Ausschluß der Verteidiger — Dokumente und Analysen zur politischen Strafjustiz in der BRD seit 1945 — nur mit Hilfe eines Kredits herausbringen konnten.
Wir brauchen: um den Kredit zurückzuzahlen DM 3000,—; um ein günstiges Papierangebot ausnutzen zu können, wodurch wir bei der Produktion der nächsten 4—5 Titel 2000,— DM einsparen würden, DM 4000,—; um ein fahrtüchtiges Auto zu kaufen (das Auto, mit dem wir jetzt die Pakete zur Post fahren, pfeift auf dem letzten Loch) DM 3000,—: Insgesamt brauchen wir also kurzfristig mindestens DM 10 000,— um weiter produzieren und den Vertrieb aufrechterhalten zu können.
Ein Spendenaufruf, den wir im Februar verschickt haben, hat bisher kein sonderlich großes Echo gefunden. Deshalb wenden wir uns mit diesem Brief an eine breitere Öffentlichkeit und bitten alle, die unsere Arbeit wichtig finden, durch eine einmalige Spende dazu beizutragen, daß das Merve-Projekt weiter bestehen kann.
Konten: Postscheckkonto bei PSA Berlin West Nr. 284517-100 oder Bank für Gemeinwirtschaft Niederlassung Berlin Nr. 10412452 beide Merve Verlag GmbH, 1 Berlin 62, Crellestr. 22.

VSA

Régis Debray, Max Gallo
Santiago Carillo

Spanien nach Franco

Interview mit dem Generalsekretär der KP Spaniens über die Perspektiven für Spanien sowie über Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung.
Aus dem Franz.; Deutsche Erstausgabe; ca. 250 Seiten; brosch.; ca. DM 14,80

„Ich dachte, daß ein kommunistischer Führer von heute sich nicht scheuen dürfe, sich dieser Art der Befragung ohne Deckung auszusetzen. Warum immer nur das Bild vom Führer verbreiten, der alles weiß, auf jedes eine Antwort hat, unverwundbar ist, und in einer Art Elfenbeinturm sitzt, weit entfernt von allem, was ketzerisch erscheinen könnte, in einem keimfreien Turm, von dem herunter er eine Art päpstlichen Segen verteilt.“
Santiago Carillo (Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens)
Nicht nur diese Offenheit eines kommunistischen Führers gegenüber den Problemen der revolutionären Entwicklung und der sozialistischen Länder wird die Leser in der BRD überraschen. Was zunächst als Feuilleton über Spanien erscheint, erweist sich als fundierte Analyse der spanischen Geschichte (Bürgerkrieg), Gegenwart und Zukunft (Demokratische Junta, Portugal etc.) und als grundsätzlicher Beitrag zu den offenen Fragen der sozialistischen und kommunistischen Bewegung (Verhältnis zu den soz. Ländern; VR China; Aktionseinheitspolitik).

Projekt Klassenanalyse

BRD
KLASSEN-ANALYSEN (DKP, SPD...)

Mit einer Kritik an Jochen Steffen: „Strukturelle Revolution“
226 Seiten; brosch.; DM 10,—

Fordern Sie auch unseren neuesten Katalog an! Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung GmbH (VSA); 1 Berlin (West) 36, Erkelenzdamm 7, Postfach 307; Tel. 030/614 60 10.

kleinanzeigen

(6/1) **Jugendzentrumsfilm — und -broschüre:** „Wir werden kämpfen, wir werden siegen, das Jugendzentrum werden wir kriegen!" Verleih/Bezug: Filmgruppe Mainz c/o Kurt Ohneck, 65 Mainz, Walpodenstr. 5

(6/2) **Indonesien-Korrespondenz** Nr. 2 April/Mai 1975 enthält aktuelle Beiträge u. a. Timor zwischen Portugal und Indonesien, Ethnische Minderheiten, Indonesien ein Gefängnisstaat. Gegen Vorauszahlung von DM 2,60 (incl. Porto) erhältlich über: AKI c/o M. Göbels, 5 Köln 1, Weißenburgstr. 55

(6/3) **„blätter des iz3w"** Nr. 43/44 enthält u. a. Chronik der abhängigen Welt; Vietnam: Entwicklung des Widerstandes, Bericht aus den befreiten Gebieten, Zur aktuellen Lage; Perspektiven der Entkolonialisierng in Angola; Zur Enteignung der peruanischen Tageszeitungen, Hinweise. Gegen 2,80 in Briefmarken zu bestellen bei: Informationszentrum Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328

(6/4) Tagungsbericht des Seminars: **„Lehrer an beruflichen Schulen"** v. 3.—5. 1. 75 in Bingen ist erschienen. Gegen DM 1,50 in Briefmarken zu beziehen über: G. Prüfer, 74 Tübingen 2, Tübinger Str. 11

(6/5) Wir versenden **„linke Literatur"** ins Gebiet der Postleitzahlen 78 (01—99). SB-Laden, Säckingen, 788 Säckingen, Friedrichstraße 77

(6/6) **Chile-Solidaritätsarbeit:** Wir bieten Luftballons an mit folgenden Texten: Chile si — Junta no; Gemeinde- und Kreisräte unterstützen Chile-Flüchtlinge; Keine Wirtschaftsbeihilfe für Junta-Chile u. a. Probepaket mit 9 Luftballons für DM 5,— (Vorauszahlung); 100 Stück (Text kann selbst bestimmt werden) für DM 20,—. Bezug: Chile-Komitee Hochrhein c/o Sozialistisches Büro, 788 Säckingen, Friedrichstraße 77

(6/7) Dokumentation des Frauenzentrums Heidelberg: **„Bagger, Bullen und Beamte"** über die Auseinandersetzung um die Einrichtung eines Frauenzentrums. 67 Seiten. Gegen Vorauszahlung von DM 3,50 + Porto zu bestellen bei: Frauenzentrum, 69 Heidelberg, Dreikönigstr. 10

(6/8) Dokumentation **Abenteuerspielplatz** über die pädagogische Arbeit im Rahmen einer Ferienaktion, sowie der Elternarbeit im Stadtteil. Gegen Vorauszahlung von DM 3,50 auf Konto: BfG Hagen Nr. 1005568100 Kennwort: Abenteuerspielplatz; Karin Schloten, 58 Hagen, Dahlenkampstr. 12, Telefon 27581.

(6/9) In der Materialienreihe des BDJ/BDP soeben erschienen: Nr. 14 **„Kinderarbeit im Stadtteil".** Bezug: Verlag Jugend & Politik, 6 Ffm., Emserstr. 29

(6/10) **„Und wir werden immer mehr"** — Berichte und Analysen zum Kampf der Kölner Jugendzentren — Wie verhandelt man mit den Behörden? — Vereinsgründung? Bezug: Kollektiv Jugendzentrum c/o Ben Bausch, 5 Köln 1, Friesenwall 32—36

(6/11) **SSK-Dokumentation** — Sammelband 1973—1975 —, 128 Seiten, DM 5,— + DM 1,— (Porto) und andere Broschüren. Bestellungen nur gegen Vorauszahlung auf Postscheck Köln 292339-509 (Genske). SSK e.V. 5 Köln 1, Salierring 34

(6/12) „das Fenster" Nr. 101 April 1975 bringt **Beiträge zu Jugend und Politik,** u. a. Berufsverbote und Grundgesetz, Bundeswehrhochschulen: Zuchtstätten der Militärelite, Das politische Lied, Nachrichten und Hinweise. Bezug: Horst Schinzel, 2448 Burg, Gorch-Fock-Str. 8

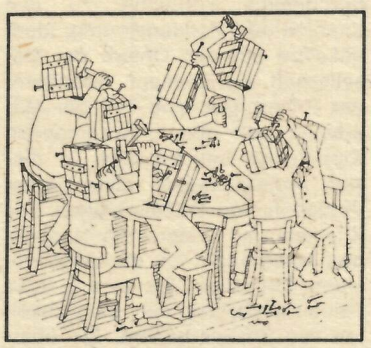
(6/13) Die Jungsozialisten Kaiserslautern haben ein neues **Jugendmagazin** herausgebracht. **„Rotkraut"** erscheint monatlich und wendet sich an die Schüler weiterführender Schulen. Bezug: Redaktion „Rotkraut" c/o Dieter Knieriemen, 675 Kaiserslautern, Weilerbacherstr. 71

(6/14) Der Funke-Informationsdienst für Jugendpublikationen — behandelt als Hauptthema: **„Jugendliche und ihre berufliche Zukunft".** Zu beziehen nur im Abonnement 1/2 Jahr: DM 9,50; 1 Jahr DM 18,50. Überweisungen an Joh. Iseken, 4791 Anreppen auf das PSCHKto. Hannover 41245-306. Bestellungen an J. Iseken, 479 Paderborn, Postfach 571

(6/15) „Rote Kehle" Nr. 1 — Zeitung der Sozialistischen Unabhängigen Studenten — Initiative Trier — **Schwerpunktthema: (Selbst-)organisation.** Gegen Voreinsendung von DM -,80 zu beziehen über: Klaus Blees, 5558 Schweich, Ludwig-Uhland-Str. 11

(6/16) **Portugal auf dem Weg zum Sozialismus?** Sonder-Info der Juso-Hsg Göttingen; gegen DM 1,— zu beziehen über: JUSO-HSG c/o AStA Uni, 34 Göttingen, Nikolausbergerweg 9

(6/17) **Heim u. Erzieher Zeitschrift** Nr. 4/75 bringt u. a. ÖTV-Berichte, Überfälle auf Wohngemeinschaften, Thesen zur Heimerziehung, Zur Situation in der JsA Plötzensee. Gegen Voreinsendung von DM 2,— zu bestellen bei: HEZ 1 Berlin 61, Urbanstr. 126



(6/18) Perlach-Aktuell Nr. 2/75 — **Stadtteilzeitung** — bringt u. a. Berichte zum Mietskandal in Neu-Perlach, Kündigungen im Jahr der Frau. Bezug: Redaktion „Perlach aktuell", 8 Mü 83, Karl-Marx-Ring 51

(6/19) **Erzieher-Zeitung** — Organ für Erzieher, Eltern und Fachschüler — Nr. 3/75 bringt Berichte aus den Fachschulen, Rollenspiel, Tagesmüttermodell. Gegen Voreinsendung von DM 2,— zu beziehen über: Erzieher-Zeitung, 69 Heidelberg, Humboldtstr. 17

(6/20) **„Montags-Notizen"** Nr. 13 mit Beiträgen zum Wohngemeinschaftstreff, Kritik an Humanes Wohnen u. a. Gegen Voreinsendng von DM 1,— (incl. Porto) zu bestellen bei: Redaktion HuWo, 2 Hamburg 53, Ackerstieg 3

(6/21) **Dokumentation Opel Bochum** 1972—1975 über die zahlreichen Auseinandersetzungen im Betrieb und in den Gewerkschaften — Eine Belegschaft sammelt Erfahrungen. Diese Dokumentation wurde von den Opel-Kollegen selbst finanziert, sie kostet DM 1,50+-,70 Porto; zur Unterstützung weitere Geldspenden auf das Kto. A. Schatkowski, 463 Bochum, Volksbank Kto. 51 30 21 800. Bestellungen an: Opel-Solidaritätskomitee c/o ESG, 463 Bo-Querenburg. Postfach 520229

(6/22) **„Friede den Hütten — Kampf den Palästen"** — Dokumentation des Kampfes der Juso gegen die Errichtung einer luxoriösen Landratsdienstwohnung. Nur gegen Voreinsendung von DM 2,50 (10 Ex. 10,—) auf PSCHKto. Ffm. 514693-600 Friedhelm Ende, 354 Korbach, Hannoversche Str. 10

(6/23) **Fluchblatt** Nr. 17 — Informationen f. Rheinische Theologiestudenten — bringt u. a. Antikommunismus in der Kirche, Südfrika, Vietnam. Bezug: Redaktion des Fluchblatt, 74 Tübingen, Madergasse 1—3

(6/24) **Kölner Volksblatt** — Bürgerinitiativen informieren — Nr. 5/75 bringt Beiträge zur Kölner Wirtschaft, Arbeitsrechts-Tips, Zur Wahl in NRW u. a. Gegen Voreinsendung von DM 1,— (incl. Porto) zu bestellen bei: Kölner Volksblatt, 5 Köln 1, Hohenzollernring 97

(6/25) **Bildungsreferent** gesucht zum 1. 7. 1975 oder später. Voraussetzungen: FHS- oder Uni-Sozialpädagogikstudium, praktische Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Bewerbungen an: SJD-Die Falken, 2 HH 1, Kurt-Schumacher-Allee 10

(6/26) Das Sozialtherapeutische Kinderzentrum Preungesheim in Frankfurt sucht **dringend** noch **einen Kinderarzt(ärztin)** oder Allgemeinarzt(ärztin) für das Team (Sozialpädagogen, Psychologen, 1 Kinderärztin). Es sollen neue Formen der Therapie mit Unterschichten praktiziert werden. Kontakt über: Dr. med. Ulrike Baubkus, 6 Ffm., Florastr. 10. T. 771352

(6/27) Das Abenteuerspielplatz-Team in Heerstr. Nord sucht wieder ganz dringend einen **Sozialarbeiter(in)** oder **Erzieher(in)** und Jahrespraktikanten. Bewerbungen an: Elterninitiative c/o Manfred Krüger, 1 Berlin 20, Pillnitzer Weg 22

(6/28) **Sozialarbeiter** / pädagogen(innen), Praktikanten für Jugendzentrum ab sofort gesucht. Bewerbungen an: Stadtjugendring, 89 Augsburg, Kanalstr. 15

(6/29) Das Jugendzentrum Ronneburg hat im Mai/Juni und August noch **Plätze** frei **für Seminare/Wochenendtagungen** etc. JZ Ronneburg, 6451 Ronneburg 2, Am Weißen Berg, T. 06048/230 und 408

(6/30) **Wohngemeinschaft** (2 Lehrerstudentinnen und ein Bildungreferent) suchen 4. Mitglied, der möglichst im pädagogischen Bereich tätig, sowie politisch und gewerkschaftlich engagiert sein soll. 5-Zimmerwohnung in Hannover-Oststadt-List, Tel. 0511/319130

(6/31) **Wohngemeinschaft** such noch 2 Genossinnen oder Genossen (undogmatisch) in Frankfurt. Wohnung vorhanden. Miete 183,— Kontakt: Log-Zeitung, 6234 Hattersheim, Lindenstr. 26 T. 06190/5413.

(6/32) Welche Genossinnen und Genossen haben Interesse im „schwarzen Süden" (Landkreis Waldshut und Lörrach) an der **Organisierung sozialistischer Arbeit** mitzuwirken. Gleicher Lebenszusammenhang erwünscht (SB-Betrieb, Teestube, Wohnkollektiv). Interessenten wenden sich an: Sozialistisches Büro Säckingen, 788 Säckingen, Friedrichstr. 77

(6/33) **Erzieherin und Erzieher** suchen zusammen für das Anerkennungsjahr ab Sept./Okt. 1975 Praktikantenstellen in Bayern oder Baden-Württemberg. Bevorzugt: Lehrlingswohngruppen, Behindertenpädagogik, Schulkindergärten. J. Gimpl, 8 München 2, Westendstr. 148

(6/34) **Sozialarbeiter-Studentin** sucht zum Herbst eine Blockpraktikumsstelle im Bereich Drogenarbeit/Knast/Therapeutische Wohngemeinschaften. Hinweis an: Uschi Kropp, 78 Freiburg/Br., Dreisamstr. 7

(6/35) **Gesucht werden Materialien, Hinweise, Erfahrungsberichte, Kontakte:**

- Suche „links" Jahrgang 1972 Nr. 29—31 und 35—38. Angebote an Otto Schütte, 3181 Rühen, Am Börnecken 5
- Material für eine sozio-ökonomische Analyse Perus; Bernd Goldberg, 355 Marburg/L., Frankfurter Str. 29
- Informationen/Kontakte zur Bundeswehrarbeit im Bereich IV. Chiffre 6/35 Bw
- Obdachlosenarbeit-Erfahrungsberichte von Projektgruppen. Joachim Merchel, 44 Münster, Bremer Str. 30
- Sozialarbeit in Jugendzentrum/„Selbstverwaltung" Hans-Diebold Maurer, 76 Offenburg, Eibenweg 1
- Jugendatrbeit mit weiblichen Lohnabhängigen" Barbara Fechner, 4 Münster, Diesterwegstr. 4
- Erzieherische Einwirkung des Sozialarbeiters bei der Arbeit mit körperbehinderten Kindern"; Material zur Geschichte d. Sozialarbeit, Qualifikation d. Sozialarbeiters/Ausbjldung/Behindertenarbeit. Barbara Stils, 45 Osnabrück, Saßnitzer Str. 4
- Rezensionen/Bibliographien etc. über Literatur zu den Gebieten: Antifaschistischer Widerstand im III. Reich (insbes. im musikalischen Bereich). F. Ch. Winkelmann, 6079 Sprendlingen, Hegelstr. 80
- Uns fehlen im Sozialarchiv die „links"-Nummern 1/2/4/17/39! Wer kann uns die genannten Hefte gegen Kostenerstattung zur Verfügung stellen? Schweizerisches Sozialarchiv, Neumarkt 28, CH-8001 Zürich, Schweiz.

Kippe kaputt

Modell einer Wohngemeinschaft für jugendliche Strafentlassen in Mannheim gescheitert

1. 1970/71 haben einige sozial engagierte Bürger in Mannheim angefangen, ehrenamtliche Bewährungshilfe im Knast zu machen. Sie halfen den Jugendlichen bei der Arbeitssuche, boten ihnen vorübergehend Unterkunft in ihren Privatwohnungen an. Bald zeigte sich, daß das Problem der strafentlassenen Jugendlichen in privatem Rahmen nicht zu bewältigen war. Man stand vor der Entscheidung, entweder aufzuhören, oder in einer Wohngemeinschaft einen angemesseneren Rahmen für die Arbeit zu finden. In dieser Situation entstand die Bürgerinitiative zur Kippegründung. Es wurde ein Verein gegründet — Kippe e.V. —, dem viele bekannte, „fortschrittliche" Bürger des öffentlichen Lebens beitraten: Stadträte, Richter, etc. (die sich in der Folgezeit höchstens verbal zu dem Modell bekannten, sich ansonsten aber vornehm zurückhielten.)
Ein Haus, das der Stadt gehörte, wurde gefunden, der Nutzungsvertrag mit der Stadt abgeschlossen.
Die Kippe hatte sich viel vorgenommen: Durch Hilfe zur Selbsthilfe sollte die Selbstorganisation der Jugendlichen erleichtert werden, sollte der Teufelskreis von Kriminalität und Knast durchbrochen werden. Kollektive Erfahrungen sollten den individuell kriminalisierten Protest aufheben und zu Verhaltensänderungen führen.
Die Kippe entstand in einer Zeit, in der die „Reformfreudigkeit" eine Arbeitsaufnahme erleichterte, weil das Versagen der bestehenden Institutionen zu offenkundig war.
2. Von Anfang an war die Unterstützung der Stadt zweideutig. Die Finanzierung reichte gerade aus, um das Haus in Selbsthilfe notdürftig renovieren zu können, und die notwendigsten Kosten für den laufenden Betrieb abzudecken. Immer wieder mußte die Existenz der Kippe gerechtfertigt, die Notwendigkeit einer „fortschrittlichen" Pädagogik begründet werden. Dieser Zwang spiegelt sich wider in der Papierproduktion von pädagogischen Modellen in der Anfangsphase. Diese konnten nie verwirklicht werden, weil die Arbeitskraft nur dazu ausreichte, diese Papiere zu produzieren, aber nicht sie umzusetzen. Eine ausreichende Finanzierung, um das für das geplante pädagogische Modell notwendige Personal einzustellen, war nie vorhanden.
Die Kippe kann in dieser Phase als bewußt institutionalisiertes Familienmodell angesehen werden: ein Betreuerehepaar wohnte mit Tochter im Kippehaus (Motto: Gemeinsam leben, gemeinsam arbeiten).
3. Der Auszug des Betreuerehepaares aus dem Kippehaus und die

SCHÜLERFRONT
ZENTRALORGAN DES VSM

INHALT NR. 3:

Dossier: Aktion Leben

Das russische Revo = lutionskino

Wiener Schülerver = tretung

Geschichte der chinesischen Revolu = tion (2.Teil)

u.v.a.

Einzelpreis 3.-, Abonnement (10 Nummern + Porto) 35.-. Bestellungen an: VSM, A-1070 Wien, Lindengasse 32. Tel.: 93 42 74
+ Probeexemplare gratis! +

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

DUBČEK-BRIEF

Demnächst werden wir als Mitherausgeber den Dubček - Brief in vollem Umfange veröffentlichen.

Das Heft wird weiterhin einen Kommentar zur politischen Bedeutung des Briefes enthalten, sowie eine Dokumentation über die Reaktion der Presse in west- und osteuropäischen Ländern.

Erscheinungsdatum Juni 1975

Preis: DM 2.- (zzgl. Porto)

für Abonnenten unseres Infos : DM 1,5o (zzgl. Porto)

Lieferung erfolgt nach Einzahlung des Betrages auf PschKt Hamburg 286696-2o1 (A.Brandt, 2 Hamburg 6o, Großheidestr.1)

POLITIKON

POLITIKON

Nr. 47 – April 75: Eckhard Dittrich, „Das geht sicher bald vorüber". Arbeiterbewußtsein und Gewerkschaftspolitik in der Wirtschaftskrise / Gerd Paul und Ali Wacker, Arbeitslose in der Krise / Psychologische Erfahrungsdimensionen der Arbeitslosigkeit / Formen der kollektiv-solidarischen Organisation von Arbeitslosen / Rezension zu Harasztis „Stücklohn" / Rezension zu Kurnitzky „Triebstruktur des Geldes" / E. Behrens, T. Jansses und J. Klein, Auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten oder „Haut den Lucas" – Kritik zu E. Lucas, Die ‚andere' Arbeiterbewegung aus Nr. 46

Nr. 46 – Februar 75: Beiträge über Politisierung von rechts, Wirtschaftskrise, RAF, Arbeiterbewegung u. a.

Nr. 45 – November 74: Beiträge über Zwischenmenschlichkeit, Feminismus und linke Unmittelbarkeitsideologien

Vertrieb: SPARTAKUS-Buchversand, 2 Hamburg 13, Postfach 132251 oder PRO LIT-Buchvertrieb, 63 Gießen, Postfach 2969 – Einzelpreis DM 2.– / Jahresabo (4 Hefte + Versand) DM 7,5o. Abo-Preis mit dem Vermerk: Politikon-Abo ab Nr. ... auf das Pschk Hamburg 2551 80-208

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ

zeitschrift
zu theorie und praxis
der entwicklungspolitik

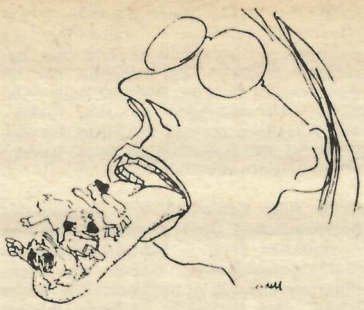
themen:

4+5+6/74	SOWJETUNION UND DRITTE WELT	
	Analysen-Materialien-Kritik Interviews-Selbstdarstellungen	
1/75	WELTERNÄHRUNGSKONFERENZ '74	
	Materialien und Dokumente	
2/75	INDIEN	INDIEN INDIEN
	Ökonomie, Kasten und Religion Politische Artikulation	

Abonnement 4 Einzel- und 1 Doppelheft im Jahr: 11,-DM; Einzelh.: 2,-DM; Doppelh.: 3,-DM

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ c/o Erfried Adam 2 Hamburg 19 Postfach 2846

Einstellung eines Sozialpädagogen war der Versuch, die Kippearbeit durch mehr Distanz zu den Betroffenen zu professionalisieren.
Die objektiv vorhandenen Positionsunterschiede, d. h. hier die Betroffenen, die versorgt bzw. behandelt werden müssen – dort die Mitarbeiter, wurden deutlicher.
Diese Phase war trotz häufiger Konflikte und starker Krisen eine Phase der Konsolidierung der Kippearbeit.
Konstitutive Elemente waren:
a) zwei wöchentliche Hausversammlungen, wo gemeinsam Schwierigkeiten besprochen wurden, wo Entscheidungen über Aufnahme und Ausschluß gefällt wurden, wo man gemeinsame Vorhaben plante, wo Organisatorisches geregelt wurde;
b) eine Knastgruppe im Mannheimer Knast;
c) Mitarbeiterbesprechungen und Supervision;
d) Einzelfallhilfe;
e) Club.
Die Kippe war zu keinem Zeitpunkt eine isolierte Resozialisierungsinsel. Im Kippeclub – im wesentlichen Diskobetrieb am Wochenende – trafen sich immer auch die Jugendlichen des Stadtteils Rheinau. Durch das unzureichende Angebot des städtischen Jugendfreizeitheimes (Nachbarschaftshaus Rheinau) und frühe Schließung sowie starke Repression, wurde der Club immer wieder zum Lückenbüßer für die Mängel der städtischen Jugendpolitik. Dies konnte und wollte das Kippeteam nicht leisten. Der Club mußte im Frühsommer 1974 wegen Personalmangel und aus Finanzschwierigkeiten schließen.
Ein weiterer wichtiger Bestandteil, die Arbeit im Mannheimer Knast, wurde gemacht von zwei Kippemitarbeitern und Leonie Ossowski, eine der Initiatoren der Kippearbeit und Mitglied des Gefängnisbeirates. Die Knastarbeit war eine Möglichkeit, schon im Knast mit den Jugendlichen zu reden, und sie für das Wohnen in der Kippe zu interessieren. Die Jugendlichen wußten, was sie dort erwartet, und konnten sich entscheiden, ob sie ein solches Modell akzeptieren und dort mitmachen wollten. Ein Ergebnis des Mannheimer Gefängnisskandals im Sommer 1974 war die verschärfte Situation im Knast. Die Gefängnisleitung stellte Bedingungen, die die Kippe nicht akzeptieren konnte, wenn sie nicht zum Helfeshelfer der Gefängnisleitung werden wollte. Ergebnis: Die Gruppe flog aus dem Knast. Der direkte Kontakt zu den Jugendlichen war abgeschnitten. Die Folge war, daß Jugendliche nur noch über Vermittlung von Ämtern in die Kippe kamen, was entscheidende Auswirkungen auf ihre Motivation hatte. Zudem waren die zuständigen Stellen immer skeptisch gegenüber der Kippe gewesen. So kamen immer weniger Jugendliche, was die Finanzsituation zunehmend aushöhlte, da die Abrechnung über den Pflegesatz erfolgte. Nur bei voller Belegung konnte die Existenz der Kippe gesichert werden. Wieder mal ging ein Großteil der Arbeitskraft für die Beschaffung finanzieller Mittel drauf.



4. Durch drei neue Mitarbeiter im Sommer 1974 entstand eine Fraktionsbildung im Mitarbeiterteam. Die neuen Mitarbeiter stellten die gewonnene Konsolidierung grundsätzlich in Frage. In den unterschiedlichen Positionen der Mitarbeiterfraktionen lebte ein typischer Kippekonflikt neu auf: Professionelles Verhältnis zu den Klienten oder Solidarisierung, Identifikation mit den Opfern der Gesellschaft als Element verändernder Praxis. Der eine Teil der Mitarbeiter sah den entscheidenden Kippefehler hauptsächlich in diesem professionellen, distanzierten Verhältnis von Sozialarbeitern und Klienten und lastete ihn denjenigen Mitarbeitern an, die diese Position vertraten. Dies ist u. E. eine Fehleinschätzung der Möglichkeiten von Sozialarbeitern. Sie übersieht die aus der Arbeitsorganisation im Sozialbereich resultierenden Zwänge, an denen die meisten ähnlichen Einrichtungen schon gescheitert sind. Sie schätzt Erfolgsaussichten falsch ein, die nicht annähernd dem politischen Anspruch gerecht werden, und sie verschleiert schließlich die reale Entfremdung von Sozialarbeitern und Klienten, die u. a. durch deren unterschiedlichen gesellschaftlichen Status bedingt ist. Die Mitarbeiter konnten sich nicht behaupten und gingen schließlich oder mußten gehen.
5. Im Winter 1974 zeigten sich erste Folgen des Rausschmisses aus dem Knast. Die Zahl der Bewohner verminderte sich ständig und die finanzielle Situation war dementsprechend schlecht. Die Stadt verschleppte immer wieder die Bewilligung der zur Renovierung dringend benötigten Gelder. Zudem begann sich die Jugendarbeitslosigkeit auszuwirken, es war fast aussichtslos, Arbeitsmöglichkeiten für die Bewohner zu finden. Auch im Stadtteil Rheinau war ein großer Teil der Jugendlichen arbeitslos, Ansteigen des Alkoholkonsums, der Kriminalität und der Aggressivität waren die Folge. Schon tagsüber kamen Rheinauer Jugendliche in die Kippe und suchten Unterhaltung. Acht Mitarbeiter – 2 Hauptamtliche, 2 Praktikanten, 2 Honorarkräfte, 2 Ersatzdienstleistende – mußten rund um die Uhr Dienst machen. Die pädagogische Arbeit bestand zum größten Teil aus wildem, unkoordinierten Reagieren von Notfall zu Notfall – auf suizidale Ausbrüche, Aggressionen, Diebstähle – verbunden mit dem Gefühl der Nutzlosigkeit, wenn die Apathie der Bewohner durch nichts zu erschüttern war. Durch den ständigen Zwang, auf Katastrophenfälle reagieren zu müssen, fanden wir trotz relativ hohem zeitlichen Aufwand an Mitarbeiterbesprechungen kaum Gelegenheit, Erfahrungen gemeinsam zu verwerten, konzeptionelle oder strategische Überlegungen zu entwickeln. Angestaute Aggressionen führten zu psychosomatischen Herz-, Kopf-, Darm- und Magenbeschwerden. Die beschriebenen Schwierigkeiten können aus der Entfremdung von Betreuern und Betreuten abgeleitet werden. Sie ist aber aus den bereits genannten Gründen nicht aufhebbar durch schlichte Identifikation. Unsere Absicht war, zu einer Verständigung mit den Jugendlichen zu kommen, ohne Verschleierung der unterschiedlichen Positionen, die Vermittlung unserer Handlungsmöglichkeiten, unserer Zwänge und Interessen.
6. Die städtische Jugendpolitik tat so, als gäbe es keine Konflikte. Im November 1974 wurde das Nachbarschaftshaus im Abendbetrieb geschlossen, angeblich wegen Personalmangels. Im Frühjahr 1974 hatte die Stadt vier Honorarkräften die Verträge nicht mehr verlängert. Die Betreuer hatten sich für die Interessen der Jugendlichen eingesetzt, anstatt die von der Stadt angestrebte „Beschäftigungstherapie" zu betreiben. Diese vier Honorarkräfte betreuten nach ihrer Kündigung weiterhin eine Gruppe von Jugendlichen, die im Nachbarschaftshaus Außenseiter waren, weil sie häufig in Schlägereien verwickelt waren und einen hohen Alkoholkonsum hatten. Zudem waren die meisten arbeitslos.
In der Folgezeit wurde die Kippe zum Lückenbüßer der städtischen Jugendpolitik. Das erklärte Ziel der Jugendlichen war die Wiedereröffnung des Kippeclubs. Dies war uns auf Grund finanzieller, arbeitstechnischer und versicherungsrechtlicher Schwierigkeiten nicht sofort möglich.
Die ehemaligen Mitarbeiter des Nachbarschaftshauses unterstützten die Jugendlichen voll in der „berechtigten" Forderung nach

dem Kippeclub. Unser Zögern bezeichneten sie als Hinhalten, den Hinweis auf unsere Abhängigkeit von der Stadt als Opportunismus. Sie isolierten uns von den Jugendlichen, indem sie uns als Bürokratievertreter denunzierten, und uns dadurch hinderten, unsere Ernsthaftigkeit und unsere Absichten den Jugendlichen zu vermitteln.

Die Jugendlichen kamen jeden Tag ins Haus, und es kam immer häufiger zu Demolierungen, Diebstählen und Bedrohungen. Unsere Handlungsmöglichkeiten wurden mit den sich zuspitzenden Ereignissen zunehmend geringer, und wir entschlossen uns zu einer Klausurtagung, bei der strategische und konzeptionelle Neuorientierungen entwickelt und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden sollte. Die Motivation für diese Bewohnungsaktion war ,die Existenz der Kippe als unsere Aktionsbasis und als unser Arbeitsfeld zu sichern, und die nicht mögliche Aufklärung über unsere Ziele und Möglichkeiten praktisch zu dokumentieren. Die erwartete Wirkung der Bewohnungsaktion blieb jedoch aus. Unsere Öffentlichkeitsarbeit blieb wirkungslos bis auf spärliche Solidaritätsbekundungen und Unterstützungszusagen. In der Verständigung mit den Rheinauer Jugendlichen gab es keinen Fortschritt. Sie empfanden unsere Aktion eher als Provokation. In der anschließenden Woche war bei den Mitarbeitern die Angst und der Psychoterror so stark, daß schließlich niemand mehr bereit war, unter diesen Bedingungen weiter Dienst zu machen.

Da die Zahl der Bewohner inzwischen auf drei geschrumpft war, beschlossen wir, sie in Privatwohnungen der Mitarbeiter unterzubringen und die Kippe für einige Zeit zu schließen, um folgende Forderungen bei der Stadt durchzusetzen:

a) Bewilligung ausreichender Mittel für Renovierung und erträgliche Arbeitsbedingungen;

b) Wiedereröffnung des Nachbarschaftshauses, um Entlastung vom Ansturm der Jugendlichen auf die Kippe zu erreichen;

c) Wiederaufnahme der Knastarbeit unter akzeptablen Bedingungen.

7. Am Tag nach der Schließung fand mit Rheinauer Jugendlichen eine Vorbesprechung zur geplanten Cluberöffnung statt. Wir wurden dabei von ihnen so massiv bedroht, daß wir die einzige Möglichkeit noch ungeschoren davonzukommen darin sahen, den Jugendlichen das Haus zu überlassen.

Am nächsten Tag erklärten die Jugendlichen in einem Flugblatt, die Kippe sei ihnen „freiwillig" übergeben worden und werde jetzt zum Aufbau eines Jugendhauses genutzt. Unsere „Freiwilligkeit" konnten wir angesichts unserer Angst vor Prügel an diesem Abend nicht ganz nachvollziehen.

Problematischer erscheint uns die Funktion und die Beteiligung der ehemaligen Mitarbeiter des Nachbarschaftshauses bei der gesamten Entwicklung. Diese kannten unseren Handlungsspielraum und unsere Stellung als Sozialarbeiter in einer abhängigen Institution und wußten daher, daß es keine Entscheidungswillkür war, den Club nicht sofort zu eröffnen.

Unsere Gründe dafür waren:

a) fehlende Finanzen für notwendige Vorarbeiten;

b) fehlende versicherungsrechtliche Absicherung des Clubs;

c) absehbare Mehrbelastung der Mitarbeiter.

Unser Angebot war, gemeinsam eine offensive Strategie für die sofortige Wiedereröffnung des Nachbarschaftshauses zu entwickeln und gleichzeitig die Cluberöffnung vorzubereiten, was ohnehin nie einen Ersatz für den Nachbarschaftshausbetrieb hätte bilden können. Sie lehnten unser Angebot ab mit der Begründung, sie unterstützten lediglich die Ziele der Jugendlichen, wie sie es auch schon im Nachbarschaftshaus getan hatten und damit ihre Entlassung in Kauf genommen hatten. Sie warfen uns stattdessen opportunistisches Verhalten vor.

Nicht-opportunistisches Verhalten im Sinne dieser Kollegen heißt, die Jugendlichen voll zu unterstützen. Dies hätte in unserer Situation bedeutet:

a) Eine weitere Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen (z. B. Mehrarbeit durch allabendlichen Clubbetrieb), d. h. die Bedürfnisse der eigenen Person zugunsten der bedingungslosen Unterstützung der Jugendlichen aufzugeben – also sich karitativ zu verhalten. Gerade ein solches Verhalten aber hindert die meisten Sozialarbeiter am Bewußtsein ihrer eigenen Lohnabhängigkeit – ein gesellschaftlich erwünschtes, konformes Verhalten also. Wir hielten eine „Einheitsfront" auch taktisch für falsch, gerade weil sie die verschiedenen Positionen und Interessen von lohnabhängigen Sozialarbeitern und Klienten ignoriert. Unsere Absicht war ein den uns gegebenen Möglichkeiten angemessenes, also begrenztes Angebot, den Jugendlichen selbst erkämpft werden. Wir handelten uns durch die Haltung, in dieser Konfliktsituation auf unseren Rechten zu beharren, auch die Ablehnung und die Kritik von uns politisch nahestehenden Genossen ein, die für das emotionale Gewicht, das eine Einheitsfront von Sozialarbeitern und Klienten darstellt, ziemlich empfänglich sind.

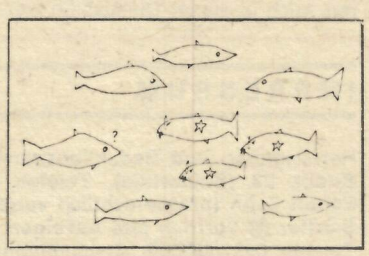
b) Ebenfalls eine Kündigung zu riskieren, denn eine Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes von Resozialisierungs- auf Jugendfreizeitarbeit setzt die Bereitschaft der Bürokratie, des Kippevereins und des gesamten Kippeteams voraus, die zumindest für die Bürokratie angesichts der Tatsache, daß das gegenüberliegende Nachbarschaftshaus, das eben für diesen Zweck bestimmt ist, leer steht, nicht gegeben war. Uns erscheint es unter den gegebenen Umständen sinnvoller, sich institutionellen Zwängen begrenzt zu beugen, und damit das Aktionsfeld und die Möglichkeit zu langfristiger politischer Arbeit zu erhalten, als durch eine kurzschlüssige Aktion auf die Straße gesetzt zu werden.

Das Jugendhaus in der Kippe hat sich in der Folge als „Windei" entpuppt. Der Erfahrungsmangel der Jugendlichen in politischen Auseinandersetzungen und ihr noch zu geringer Organisationsgrad verhinderten einen über die kurzfristige Besetzungsaktion hinausgehenden Kampf für ihre Interessen.

Die Haltung der ehemaligen Mitarbeiter des Nachbarschaftshauses und ihr Einfluß bei den Jugendlichen verstärkte die Konfrontation mit uns. Sie zeigten viel Verständnis für die „Wut" der Jugendlichen über unser „Hinhalten", die sich in täglichen Terroraktionen äußerte. Die Aussichten für eine Verständigung mit den Jugendlichen wurden immer geringer. Der lachende Dritte war die Stadt, die ihren Aggressionsfänger in der Kippe hatte, und die die Liquidierung der Kippe nicht mehr selbst betreiben mußte.

Die Renovierungskosten für das Haus werden inzwischen auf DM 250 000,– geschätzt. Was bleibt: die Stadt wird das Haus abreißen, also kein Jugendhaus und eine Einrichtung für fortschrittlichere Resozialisierungsarbeit weniger.

DAS KIPPETEAM
AK SOZIALARBEIT/MANNHEIM



Aktionen zum Ärztetag

Nach der im vergangenen Jahr spontanen Aktion einer Gruppe von Medizinern beim Deutschen Ärztetag in Westberlin gründete sich die „Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte (AuA)" und zog im März dieses Jahres aus, um ihre Massenbasis zu vergrößern und den Ärztetag, den 78. Deutschen, wirkungsvoller und nachhaltiger zu attackieren.

Gedacht: eine Einheitsfront liberaler, demokratischer, sozialistischer, ja, kommunistischer Mediziner, die am längst von der liberalen Presse gezückten Dolch auf den gemeinsamen Rechtsaußen-Feind, die ärztlichen Standesführer, mitstoßen sollten, gemäß dem AuA-Selbstverständnis: „Die Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte versteht sich als Opposition innerhalb der Ärzteschaft gegenüber den Standesorganisationen ... Hauptpunkt ihrer Ziele ... Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft in den Ärztekammern ... Langfristig können die in der AuA beteiligten Ärzte Reformen nur durch ihre Mitarbeit in den Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen verwirklichen ... „Die Zwangsmitgliedschaft ... ist formal und abstrakt mit den Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar: Zumindest muß jedem Arzt freigestellt sein, ob er seine beruflichen Interessen durch eine Gewerkschaft, etwa die ÖTV, oder eine Kammer oder überhaupt nicht vertreten sehen will. Auf jeden Fall ist die derzeitige Konstruktion, in der undemokratisch zur Macht gekommene Funktionäre mit teilweise absurder Ämterhäufung zur angeblichen Vertretung unserer Berufsbelange mit erheblichen Geldmitteln und staatlichen Hoheitsrechten ausgestattet sind, unerträglich. Sie ist es um so mehr, als wir uns nicht mit den Stellungnahmen der Kammern, die in unser aller Namen abgegeben werden, identifizieren können: Wir müssen es ablehnen, daß in unserem Namen das Behandlungsmonopol der niedergelassenen Ärzte (Sicherstellungsauftrag) sowie das Chefarztprinzip wider alle Vernunft verteidigt werden. Wir müssen es ablehnen, daß in unser aller Namen die Reklame der Pharmaindustrie als wissenschaftliche Aufklärung abgesegnet wird und auch die Stellungnahmen „der deutschen Ärzte", von unseren Kammerherren formuliert, zum § 218, zum Arzneimittelgesetz und zu fast allen brennenden Fragen des Gesundheitswesens können wir nicht als in unserem Namen abgegeben akzeptieren ..."

D-205 Hamburg 80, Hassestr.22

MaD Verlag

Neuerscheinungen Frühjahr 75

FLUGSCHRIFTEN:

ORGANISATION DER KLEINEN HORDEN
DIE GROSSE HUNGERSNOT IN IRLAND
MaD Flugschrift No.8
Irland im Wandel des modernen Kapitalismus, das von den Strategen des Kapitalismus in den sechziger Jahren ins Zentrum der Profitmaximierung investiiert wurde. Über den Widerstand der Arbeiter und die Rolle der IRA. 48 Seiten/3.00 DM

PIERRE GALLISSAIRES
DIE STRASSEN, DIE MAUERN, DIE COMMUNE. 22 Gedichte eines Mai-Kommunarden. Französisch/deutsch
MaD Flugschrift N0.10
Wut und nicht Resignation aus der Position eines Radikalen der in der Kollektivität des Aufstands den Schein der Worte seziert. 74 Seiten/5.00 DM

RATGEB
VOM WILDEN STREIK ZUR GENERALISIERTEN SELBSTVERWALTUNG
Entwurf zur Strategie und Utopie der proletarischen Revolution.
MaD Flugschrift N0.11
Fragebogen an die revolutionären Arbeiter sowie Überlegungen zu deren Strategie und Taktik. Den schluss des Buches bildet die Skizze einer zukunftigen Gesellschaft. Ein Buch für den alltäglichen Gebrauch.
98 Seiten / 6.00 DM

MaD reprint
THEODOR SCHWARZ
IRRATIONALISMUS UND HUMANISMUS
Marxistische Kritik einer imperialistischen Ideologie.
Auseinandersetzung mit Klages, Jüngler, Sprengler, Baeumler u.a. Über Idee, Geist, Klasse, Persönlichkeit in der Klassengesellschaft. 98 Seiten / 6.50 DM

Mitstreiter darüberhinaus sollten die Massenmedien sein, denen mittels einer spektakulären Form der Aktion („Fly in", weiße Kittel) die Rolle des Übersetzers in die Massen – speziell die der Sozialversicherten – zugedacht war. Mitmachen konnte also jeder, der sich an die demokratischen Spielregeln halten wollte: „Diskussion, kein Krawall, keine Formverletzung".

Und viele Kollegen kamen nach Hamburg, verkleideten sich Weiß und wurden von der AuA gegen das Kongreß-Centrum geführt. Obwohl, wie man hörte, bereits vor der „Führung" klar war, daß es keinen Einlaß geben würde: ein entsprechender Antrag wurde bereits am Morgen des Fly-in-Tags von der deutschen Ärzteschaft abgelehnt – und eben dies wurde den fliegenden Demonstranten, wahrscheinlich, um Ruhe und Ordnung zu wahren, nicht mitgeteilt. Festgelegt wars freilich schon zuvor: auf keinen Fall eine unmittelbare Auseinandersetzung mit der Standesorganisation. Dies gleichzusetzen mit Krawall und Formverletzungen ist ängstlicher, kleinbürgerlicher Opportunismus und übersieht, daß jede wirksame Bekämpfung reaktionärer Positionen immer Formverletzungen zur Bedingung hat – dies zumindest hätten die Strategen der AuA noch aus der Studentenbewegung in Erinnerung haben können – und gerade darin bestand ja auch der Erfolg auf dem vorangegangenen Berliner Ärztetag.

Dies wurde offenbar auch instinktiv von vielen Arztgenossen richtig erfaßt: der monolithische Block „unabhängiger" Mediziner spaltete sich optisch sichtbar unmittelbar nach der durch Polizeimegaphon verstärkten Ermahnung der Kollegin Morgenstern, die Standesfürsten unter sich zu lassen und als „anständige junge Leute" (Kommentar eines Polizisten) zur eigenen Veranstaltung ins Audimax der Hamburger Universität zurückzugehen.

Die Genossen folgten zögernd. Der „geschlossene Besuch beim Ärztetag" fand nicht statt, obwohl er ein geeignetes Mittel hätte sein können, der „Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Ärzteschaft (insgesamt) kein monolithischer Block ist". Hier hätte die bürgerliche Presse nicht umhin gekonnt, die Differenz zwischen uns und den reaktionären Ärzten deutlicher darzustellen als in der Berichterstattung geschehen. Hamburg wurde an diesem zentralen Punkt ein Mißerfolg, und konsequenterweise mußten auch alle übrigen Anstrengungen der AuA mißverständlich, moralistisch und zum Teil standespolitisch bleiben.

Fly in: Die unbedingte kurze Anwesenheit von fertigen Ärzten zur Verstärkung der Massenbasis auf dem Ärztetag war nachträglich überflüssig. Die Kollegen hätten Geld sparen können, denn für d i e Demonstration auf der Straße hätte auch die medizinische Fakultät Hamburg genügt. Die Presse konnte die Motivation der Anreiseform nicht begründen.

Weiße Kittel: Sie waren ursprünglich beabsichtigt als Kontrast zu den schwarzbefrackten Standesfürsten. Stattdessen Stimme eines Zuschauers bei der Demonstration: „Was, streiken jetzt auch schon die Frisöre?"

Demonstrationsparolen: Die Parolen waren zum großen Teil auf den unmittelbaren Gegner und die Konfrontation mit den Standespolitikern zugeschnitten und begrenzt: „Ärzte sagen den Standesfunktionären: kein Geschäft mehr mit der Krankheit" – „Weg mit dem Monopol der niedergelassenen Ärzte – Ambulatorien und Polikliniken!" „Krankheit darf nicht länger Geschäft sein" – „Sprechstunden in allen Krankenhäusern" – „An der Gesundheit darf nicht gespart werden – keine Schließung von Krankenhäusern, keine Bettenstreichung" – „Die BRD ist führend in Mütter- und Säuglingssterblichkeit" – „Für Reynolds wird die Kasse leer – an der Gesundheit spart man schwer" – „Preiskontrolle für alle Arzneimittel" –

Podiumsdiskussion: Ziel war einerseits die Diskussion der 15 Thesen der AuA mit Medizinern, andererseits die Diskussion um die einzelnen Mißstände in der Krankenversorgung mit den „Patienten", die über ein Flugblatt eingeladen waren. Auch in dieser Diskussion wurde weitgehend darauf verzichtet, zu erklären, daß und wie die Mißstände im Gesundheitswesen bedingt werden durch kapitalistische Produktionsweise und den bürgerlichen Staat. Im Resultat mußten die Zuhörer den Eindruck gewinnen, daß automatisch alle Mißstände verschwinden, wenn es gelingt, das Monopol der niedergelassenen Ärzte zu brechen und die Standesfürsten abzuschaffen.

Insgesamt kam bei der Diskussion der Eindruck auf, als wollten sich nun die „unabhängigen" Mediziner in einen Freiraum retten und die Illusion, als könnten sie unabhängig von jeder gesellschaftlichen Form und losgelöst von den kapitalistischen Zwangsgesetzen ihre Medizin ausüben, um endlich den Patienten die wahre, richtige Heilkunst zu bringen. Wie schon auf dem Marburger Kongreß wäre es dringend notwendig gewesen, bei der Erläuterung der Forderungen jeweils die Bedingungen ihrer Durchsetzung darzulegen.

Zur Bekämpfung der reaktionären Standesorganisationen ist gegenwärtig noch eine AuA notwendig, nicht jedoch diese AuA – und nicht nur die AuA. Sowenig wie die liberalen Mediziner das Ärzteparlament nicht den reaktionären Standesfürsten überlassen werden, sowenig dürfen Sozialisten die Initiative demokratischer Aktionen liberalen und opportunistischen Medizinern überlassen und sich ihnen anhängen.

(Gekürzter Vorabdruck aus dem Informationsdienst Gesundheitswesen 4/75)

Mediziner, Medizinstudenten, Kollegen und Genossen im Bereich Gesundheitswesen: Kontakte zu und Informationen über Gruppen im Arbeitsfeld Gesundheitswesen erhaltet Ihr vom Arbeitsfeld Gesundheitswesen, c/o Sozialistisches Regionalbüro, 7 Stuttgart 1, Neckarstraße 178

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche, Egbert Jahn (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch, Gert Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain) Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041–604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Verlagsprospekt des Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospektkarte „links" + „express" Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; „links"-Extrablatt; vsa-Prospekt Frühjahr/Sommer 1975

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 7. 1975 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das restliche Jahr 1975 DM 10,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift